Dienstag, 8. Oktober 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 234 - 41. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

Die Steuerlast der Unternehmen

in Prozent

39.0 · 45.0 · 48.0 · 53.9 · 57.4 · 60.3 · 64.0 · 69.7

DIE WELT

Die Bundesrepublik ist Spitze: In einem Vergleich mit sieben anderen Industrieländern hat das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft ermittelt, daß deutsche Unternehmen fast 70 Prozent ihrer Gewinne beim Finanzamt abliefern müssen. Schlußlicht ist derzeit noch die Schweiz mit nur 39 Prozent. Doch von April 1986 an wird die Steuerbelastung britischer Unternehmen auf einen Schlag von 45 auf 35 Prozent des Gewinns zurückgehen – also praktisch auf die Hälfte des deutschen Satzes.

Seite 13

POLITIK

Papst-Reise: Johannes Paul II. wird nach Angaben des polnischen Primas Glemp 1987 zum dritten Mal nach Polen reisen. Außer Warschau wolle er Danzig und andere Städte an der Ostsee-Küste besuchen.

Rückkehr: Der Bauingenieur aus Coburg, der sich Mitte September in die „DDR" abgesetzt hatte, ist in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Die Bundesanwaltschaft hatte gegen ihn ein Verfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit eingeleitet.

Schloß Bellevue: Für 20 Millionen Mark wird der Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten um- und ausgebaut. Er soll nach Abschluß der Arbeiten der Öffentlichkeit für besondere Veranstaltungen zugänglich gemacht werden. (S. 4)

Abrüstung: Die Annahme des jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschlags würde die USA außerstande setzen, Europa bei einem Atomangriff zu verteidigen, erklärte Reagans Sicherheitsberater McFarlane. (S. 12)

Druck auf Börner: Als Konsequenz aus den Frankfurter Krawallen hat nach der CDU jetzt auch die FDP Ministerpräsident Börner (SPD) aufgefordert, die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen abzubrechen. Falls die SPD zur Aufkündigung ihrer Zusammenarbeit mit den Grünen nicht bereit sei, müsse ein neuer Landtag gewählt werden.

Zuwachs: Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich konnte die Volkspartei, die auf Bundesebene in der Opposition steht, ihre absolute Mehrheit ausbauen. (S. 12)

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Eine überdurchschnittliche Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten stellt die OECD fest. Der Babyboom von Ende der 50er bis Mitte der 60er Jahre habe eine „Hochrisikogeneration" hervorgebracht. (S. 14)

Investitionen: Großbritannien ist nach den USA das beliebteste Land für deutsche Auslandsinvestitionen. (S. 14)

IWF-Tagung: Größere eigene Anstrengungen für mehr Stabilität forderte Bundesfinanzminister Stoltenberg von den Entwicklungsländern. Hohe Inflation und politische Unsicherheiten führten zur Abwanderung von Kapital ins Ausland. (S. 2 und 13)

Börse: Die Kaufneigung hielt an. WELT-Aktienindex 227,00 (225,11). Am Rentenmarkt gab es einige Kurseinbußen. BHF-Rentenindex 105,415 (105,460). Performance-Index 108,299 (108,315). Dollar-Mittelkurs 2,6360 (2,6080) Mark. Goldpreis je Feinunze 325,75 (328,00) Dollar.

KULTUR

Oper: Mit Wagners „Götterdämmerung" ging in Berlin Götz Friedrichs „Ring"-Inszenierung zu Ende. Es gab rauschenden Beifall für Sänger, Chor und Orchester, aber auch Widerspruch zu Friedrichs Einstudierung. (S. 21)

Wolfgang Kieling: Der Schauspieler starb im Alter von 61 Jahren an einem Krebsleiden. Kieling hatte in mehr als hundert Filmen mitgewirkt und war unter anderem mit der „Goldenen Kamera" ausgezeichnet worden. (S. 3)

SPORT

Tennis: Die Heidelbergerin Steffi Graf unterlag im Endspiel eines Grand-Prix-Turniers in Fort Lauderdale (Florida) Martina Navratilova mit 3:6, 1:6. (S. 8)

Daviscup: Noch diese Woche wird der Deutsche Tennis-Verband mit München und Dortmund über die Austragung des Finales verhandeln. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Bohrinsel: Durch eine Gasexplosion in 500 Meter Tiefe geriet vor der norwegischen Nordküste eine Bohrinsel in Brand. 79 Arbeiter konnten gerettet werden, einer wird noch vermißt. (S. 22)

Lindbergh: Die seit einem halben Jahrhundert verschwundenen Untersuchungsakten des legendären Entführungsfalls Lindbergh sind wiederaufgetaucht. Offen ist noch, ob sie neue Aufschlüsse über den Prozeß gegen den angeblichen Täter Richard Hauptmann bringen. (S. 22)

Wetter: Bewölkt. Bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Die Saudis verhandeln über Waffenfabrik aus Deutschland

Rheinmetall als Ansprechpartner / Ost: „Strenge Maßstäbe" bei Rüstungsexport

GÜNTHER BADING, Bonn

Saudi-Arabien ist an der Errichtung eines Werkes für Panzer- und Artilleriemunition durch ein deutsches Firmenkonsortium interessiert und verhandelt seit einiger Zeit darüber mit der Düsseldorfer Firma Rheinmetall. Regierungssprecher Friedhelm Ost bestätigte gestern in Bonn, daß das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft – nachdem sich die zuständigen Ressorts damit befaßt hatten – die Genehmigung erteilt habe, daß Rheinmetall Konstruktions- und Fertigungsunterlagen für eine solche Munitionsfabrik an Saudi-Arabien liefert. Diese Unterlagen dienten ausschließlich der Qualitätsprüfung eines eventuellen deutschen Angebots. Die Genehmigung sei schon am 14. Mai dieses Jahres erteilt worden. Der „Papierwert" der Unterlagen belaufe sich nur auf 1500 Mark.

Weder Ost noch Sprecher des zuständigen Wirtschaftsministeriums wollten die Größenordnung des eventuellen Geschäfts mit den Saudis bestätigen, die von Experten auf sieben bis acht Milliarden Mark geschätzt wird. Ost verwies darauf, daß in der Genehmigung für die Weitergabe der Angebotsunterlagen ausdrücklich festgehalten worden sei, daraus könne keinerlei Recht auf eine Entscheidung für den eventuellen Export der Munitionsfabrik selber hergeleitet werden. Die Bundesregierung halte sich unverändert und strikt an die Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, wie sie im Bundessicherheitsrat am 28. April 1982 – also noch unter der Regierung Schmidt – formuliert worden seien, Dies betonte Ost im Hinblick auf Pressemeldungen, wonach die Regierung eine „Lockerung" der Exportbestimmungen im Sinn habe. Danach seien bei Genehmigungen „strenge Maßstäbe" anzulegen; unter anderem darf nicht in Spannungsgebiete geliefert werden.

Regierungskreise verwiesen darauf, daß der Exportwert deutscher Rüstungsgüter in den Jahren von 1981 bis 1984 durchschnittlich 2,3 Milliarden Mark im Jahr betragen habe. Dies seien gerade 0,54 Prozent der gesamten Warenausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Im ersten Halbjahr 1985 seien Waffen für ca. 460 Millionen Mark – 0,17 Prozent der gesamten Warenausfuhr in diesem Zeitraum – exportiert worden. Der deutsche Anteil am weltweiten Waffenhandel betrage nur vier Prozent.

Bei der Munitionsfabrik, die, sollte es zu einem konkreten Auftrag kommen, von Rheinmetall in einem Konsortium mit Thyssen Rheinstahl Technik errichtet werden soll, geht es um die Herstellung von Panzer- und Artilleriemunition der Kaliber 105 mm und 155 mm, aber auch um Geschosse vom Kaliber 120 mm. Diese Munition ist für den amerikanischen Panzer M1A1 und den französischen Tank AMX 40 zu verwenden, die beide mit der deutschen 120-mm-Glattrohrkanone des deutschen Panzers Leopard II ausgerüstet sind. Nachdem die Bundesregierung auf die saudischen Wünsche nach Export dieses deutschen Kampfpanzers nicht eingegangen war, hatte sich die Regierung in Riad für den M1A1 und den AMX 40 entschieden.

Rheinmetall als eventueller Konsortialführer rechnet nach Angaben eines Firmensprechers nicht mit konkreten Vertragsverhandlungen vor 1987. Er wies darauf hin, daß Saudi-Arabien zeitgleich auch mit anderen ausländischen Unternehmensgruppen verhandele. Noch könne man nicht von einem sicheren Geschäft sprechen. Die zur Zeit vorliegende Genehmigung umfasse auch nur die Planungsphase.

DER KOMMENTAR

Neue Kraft

ROLF GÖRTZ

Portugals Wahlen entwirrten nicht den Knoten. Die gemäßigten Sozialisten unter Mario Soares treten von der Regierungsbühne ab. Aber Alvaro Cunhal irrte, als er den Sprung seiner KP nach vorne prophezeite; vielmehr gab es eine Absage an die revolutionäre Bewegung, mit der Kommunisten und Militärsozialisten den von allen Demokraten begrüßten Sturz der Diktatur verfälschen wollten.

Auch ein Rechtsruck läßt sich nicht herauslesen. „Nicht nach rechts und nicht nach links; wir gehen rückwärts und nach unten," lautete eine fatalistische Selbstkritik. Das klingt überzogen, aber breite Kreise Portugals sehen der neuen Kraft tatsächlich mit Sorge entgegen.

Der Gewinner der Wahlen, Cavaco da Silva von der Sozialdemokratischen Partei, ist nämlich nicht der Sieger. Mit nur 30 Prozent muß er sich an der Erneuerungspartei des Staatschefs Antonio Ramalho Eanes orientieren, nachdem er den Bruch mit den Soares-Sozialisten selbst herbeiführte. Der eigentliche Sieger heißt Ramalho Eanes – ein General. Er erreichte aus dem Stand heraus, drei Monate nach Gründung seiner Partei, 19 Prozent.

So steht denn Portugal wie damals unter General Spinola am Anfang eines Gaullismus eigener Prägung. Eanes' „Demokratische Erneuerungspartei" ist eine Bewegung, die eher den Systemen der Dritten Welt als den Parteien Europas entspricht. Sie vereint Kommunisten und Linkssozialisten, darunter den Revolutions-Major Melo Antunes; dazu liberale und konservative Kräfte.

Was dieses Konglomerat zum Aufbau Portugals beiträgt, wird man sehen. Die Skepsis ist groß.

Politische Häftlinge in Polen mißhandelt

Ein Bericht der „Solidarität" / Der Tod des orthodoxen Priesters Piotr Poplawski

DW. Warschau

Ein westlichen Korrespondenten zugespieltes Schreiben aus dem „Solidarität"-Untergrund gibt einen Hinweis auf menschenunwürdige Behandlung inhaftierter Gewerkschafter. Acht Anhänger der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" seien in der vergangenen Woche im Leczya-Gefängnis bei Lodz schwer mißhandelt worden. Zwei von ihnen seien derart zugerichtet worden, daß sie vorübergehend im Krankenhaus hätten behandelt werden müssen.

Zbigniew Romaszewski, ein „Solidarität"-Gewerkschafter, teilte westlichen Korrespondenten in Warschau ferner mit, der inhaftierte Breslauer Arbeiterführer Wladyslaw Frasyniuk leide an Atembeschwerden, möglicherweise seien ihm Rippen gebrochen worden. Frasyniuk, der zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sei am vergangenen Donnerstag eröffnet worden, daß er 14 Tage lang auf einem harten Lager schlafen müsse; außerdem würden ihm Besuche und Korrespondenz für die Dauer von drei Monaten verweigert.

Nach Darstellung Romaszewskis ist ein weiterer Häftling, Jozef Sreniowski, seit dem 24. September im Hungerstreik; er will damit gegen die brutale Behandlung protestieren.

Die Schikanen und Mißhandlungen hätten am 24. September begonnen, berichtete Romaszewski. Die Gefängnisleitung habe die Fenster der Haftzellen mit einer zusätzlichen Vergitterung und Verglasung versehen. Damit seien die Zellen „noch stickiger" geworden. Die Häftlinge, die sich geweigert hätten, während der Arbeiten ihre Zellen zu verlassen, seien gewaltsam herausgeführt und später zusammengeschlagen worden. Anfang Oktober seien weitere vier Häftlinge mißhandelt worden: Andrzey Filipczuk, Jerzy Kajak, Krzysztof Gos und Miroslaw Andrzejewski. Der Gefängnisdirektor habe den Gewalttaten des Wachpersonals zugesehen.

Aus Polen sind auch weitere Einzelheiten über den gewaltsamen Tod des orthodoxen Priesters Piotr Poplawski bekanntgeworden. Danach hatte Poplawski Kenntnis davon erhalten, daß in die aktiven „Solidarität"-Gruppen im Bezirk Bialystok Agenten des polnischen Geheimdienstes eingeschmuggelt werden sollten. Er warnte daraufhin in einer Predigt die Gläubigen vor diesen Provokateuren. Damit war die polnische Geheimpolizei in die Enge getrieben wie seinerzeit bei Popieluszko, der die „Solidarität" in seinen Predigten unterstützt hatte.

Aber zu einem zweiten Prozeß gegen Geheimdienstler wird es vermutlich nicht kommen, da die orthodoxe Kirche nach den Aussagen ihres Sprechers offenbar nicht dazu bereit ist, gegen den Geheimdienst aufzutreten. Hinzu kommt: Die Geheimpolizei hat sofort nach Auffinden der Leiche die Frau des Priesters und seine halbwüchsigen Kinder eingeschüchtert. Auch von dort her wird also eine weitere Verfolgung der Spuren nicht gefordert werden. Und die Polizei – so die Nachrichten – hat bisher die Untersuchungen nur widerwillig und lasch aufgenommen.

Mitterrand ehrt die Opfer an der Mauer

hrk. Berlin

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand ehrt bei seinem achtstündigen Berlin-Besuch am Donnerstag auch die von „DDR"-Grenzposten erschossenen oder bei Fluchtversuchen tödlich verunglückten Opfer der Mauer in Berlin. Wie sein Vorgänger Giscard d'Estaing, der 1979 als bisher letzter Staatspräsident Frankreichs Berlin besuchte, begibt sich Mitterrand zu einem Gedenkkreuz an der Bernauer Straße im französischen Sektor der Stadt. Mitterrands Visite in Begleitung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher – die erste in seiner vierjährigen Amtszeit – geht auf eine Zusage zurück, die er dem damaligen Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker 1983 bei einem Paris-Besuch machte. Die Sondermaschine des Präsidenten wird zunächst in Bonn landen. Auf dem Flughafen trifft sich Mitterrand zu einem etwa halbstündigen Gespräch mit Kohl. Dann fliegen Mitterrand, Kohl und Genscher gemeinsam nach Berlin.

Isarel hofft auf stärkere Unterstützung

DW. Jerusalem

Israel wünscht „angesichts der drohenden Gefahren für den jüdischen Staat" eine stärkere Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Auseinandersetzung. Dies betonte Ministerpräsident Shimon Peres in einem Gespräch mit dpa in Jerusalem angesichts des Staatsbesuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Israel, der heute beginnt. Unter Hinweis auf die internationale Kritik – auch aus Bonn – an Israels Angriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis sagte Peres, „wünschten wir uns, daß die Bundesrepublik eine Haltung entsprechend der Besonderheit der Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik zum Ausdruck bringt, und daß die Deutschen uns stärker unterstützten." Peres sieht allerdings in der Kritik aus Bonn „keinen Grund" für eine Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses. „Unser Recht auf Sicherheit ist auch durch moralische Verpflichtungen verankert", sagte Peres.

Seite 12: Warnung an Jordanien

Wahlschlappe für Portugals Sozialisten

Politische Landschaft in Lissabon verändert / Eanes eindeutiger Wahlsieger

Gö. Lissabon

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Portugal brachten den erwarteten Erdrutsch. Die Sozialistische Partei, seit den ersten freien Wahlen vor knapp zehn Jahren mit kurzer Unterbrechung an der Macht, büßte fast die Hälfte ihrer Stimmen ein. Sie sank von 36 Prozent auf 21 Prozent und verlor mindestens 45 ihrer ursprünglich 100 von insgesamt 250 Parlamentssitzen. Der Gewinner der Wahlen, der liberal-konservative Chef der Sozialdemokratischen Koalitionspartei, Ex-Finanzminister Cavaco da Silva, blieb jedoch hinter seinen Erwartungen zurück. Siegesgewiß hatte er nach langem Wühlen den Bruch der Koalition mit den Sozialisten geschafft. Aber mit 30 Prozent der Stimmen und nach Auszählung aller Distrikte mit vielleicht 89 Sitzen kann er keine Mehrheit bilden. Denn mit 9,7 Prozent Stimmenanteil erreichte der geplante Koalitionspartner (CDS), die Christdemokratische Partei, nicht die notwendige Zahl, um das Parlament zu beherrschen.

So bleibt denn die Sozialdemokratische Partei von dem Willen der „demokratischen Erneuerungspartei" (PRD) des Staatspräsidenten General Antonio Ramalho Eanes abhängig. Wie diese bereits verkündete, will sie keine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen. Bestenfalls werden sie die Sozialdemokraten parlamentarisch unterstützen.

Der eigentliche Sieger der Wahlen heißt also Antonio Ramalho Eanes, dessen Partei nur drei Monate nach ihrer offiziellen Gründung aus dem Stand heraus 19 Prozent erringen konnte. Eanes darf nicht ein drittes Mal für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren. Ebensowenig aber konnte er sich vor seinem Abtritt im Januar selbst am Wahlkampf beteiligen. Der von seiner Frau, Dr. Manuela Eanes schwungvoll geführte Wahlkampf im Namen ihres Mannes läßt denn auch erwarten, daß er beim nächsten Mal noch wesentlich weiterkommen kann.

Ruhig kann die Eanes-Partei im Januar 1986 die Präsidentschaftswahlen zweier schon jetzt geschwächter Hauptkandidaten abwarten: Weder der Sozialist Mario Soares noch der Christdemokrat Freitas do Amaral werden bis dahin die Schlappe ihrer Parteien überwunden haben. Die Präsidentschaftswahlen werden also das derzeitige Patt nicht verändern. Es kommt noch einmal zu Neuwahlen.

Mario Soares hatte sich zwar von Anfang an gegen Verstaatlichung und Bürokratisierung eines sowjetisch-sozialistischen Systems gestemmt, das die Verfälscher der Revolution der Roten Nelken ihrem Lande verordnen wollten. Allein – auch er zögerte bei der ersten möglichen Verfassungsreform die lähmenden „Errungenschaften" dieser Revolution konsequent abzubauen.

Von Weizsäckers Besuch in Sudan

DW. Bonn

Neue Wege zur Selbsthilfe müssen die „Hungerhilfe" für Krisenregionen in aller Welt ergänzen. Das Bewußtsein für dieses Thema schärfen zu helfen, war der Hintergrund des Informationsbesuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in die Elendsgebiete Sudans. Weizsäckers Sprecher, Friedbert Pflüger, der zu der kleinen Begleitung des Bundespräsidenten gehörte, berichtet für die WELT über die Reise. Das Staatsoberhaupt hatte großen Wert darauf gelegt, daß seine Visite nicht zu einem Staatsbesuch aufgewertet würde.

Seite 4: Deutsche Hilfe

Für die WELT nach Paris: Peter Ruge

DW. Bonn

Der frühere Leiter des ZDF-Büros in Polen, Peter Ruge (48), geht als neuer WELT-Korrespondent nach Paris. Der Wechsel ist zum Jahresende vorgesehen. Sein Vorgänger, August Graf Kageneck, berichtete 16 Jahre lang für die WELT aus Frankreich. Für Peter Ruge ist es eine Rückkehr an die Seine: 1966 bis 1970 war er für das ZDF in Paris akkreditiert. Zwischen 1978 und 1982 erlebte er in Warschau den Aufstieg und die Knebelung der „Solidarität". Zusammen mit seiner Frau Elisabeth, der früheren Polen-Korrespondentin der WELT, entstand das Buch „Nicht nur die Steine sprechen deutsch".

Neue Dimension der Gewalt in London

Erstmals ein Polizist getötet / Randalierer „lastwagenweise" nach Tottenham gebracht?

REINER GATERMANN, London

Zum ersten Mal ist jetzt bei den Tumulten im Nordlondoner Stadtteil Tottenham ein Polizist getötet worden, und die Randalierer griffen zur Schußwaffe. Damit haben die Straßenschlachten in den britischen Großstädten eine neue Dimension erreicht. Die Polizei verzichtete auf den Einsatz von Tränengas und Gummikugeln, obwohl er von höchster Stelle genehmigt und vorbereitet war.

Der Auslöser war – wie schon vor einer Woche im Südlondoner Brixton – ein Polizeieinsatz: Am Samstag nachmittag wollten Beamte die Wohnung der Karibien-Schwarzen Cynthia Jarrett (49) durchsuchen, deren zuvor festgenommener Sohn dort Diebesgut versteckt haben sollte. Die Anklage erwies sich später als haltlos. Aber die knapp 130 Kilogramm schwere Frau erlitt, so behauptet die Polizei, einen Herzanfall und starb. Ihre 23jährige Tochter dagegen erklärte, die Beamten hätten ihre Mutter beiseite geschoben, wobei sie das Gleichgewicht verloren habe.

Nach Einbruch der Dunkelheit brach die Woge der Gewalt los: Auf die Polizei hagelten Ziegelsteine, Flaschenbomben und Lebensmitteldosen nieder. Überall brannten Autos. Die Polizei mußte sich mehrmals zurückziehen, bis sie die tobende Menge in einen Hochhauskomplex zurückdrängte. Von dort kamen kurz nach 21 Uhr die aus einer Schrotflinte abgegebenen Schüsse. Erst nach neunstündiger Belagerung, wagten sich die Beamten gestern morgen in die bis zu 15 Stockwerke hohen Wohnblöcke. Ihnen bot sich ein Bild „wie nach einem Bombenangriff".

Der 40jährige Polizist Keith Brakelock, Vater von drei Kindern, wurde hinterrücks brutal erstochen, zwei seiner Kollegen und drei Journalisten erlitten Schußwunden. 220 Verletzte wurden gezählt, gestern mittag lagen noch 21 Polizisten im Krankenhaus.

Tottenham gehört zu Haringey, an dessen Spitze der erste schwarze Bürgermeister Großbritanniens, Bernie Grant, steht. Er erhebt schwere Vorwürfe gegen die Polizei: „Dies ist das zweite Mal in einer Woche, daß eine schwarze Frau von Staatsbeamten getötet wird. Das Auftreten der Polizei ist völlig außer Kontrolle. Soll das Vertrauen wieder aufgebaut werden, müssen die lokalen Polizeichefs unmittelbar abberufen werden." Die Polizei will dagegen Beweise dafür haben, daß, wie schon bei anderen Gelegenheiten, Krawallmacher „lastwagenweise" in den Stadtteil gebracht wurden.

Der Militärrat in Khartum läßt Dörfer niederbrennen

Sudanesische Befreiungsbewegung erbittet humanitäre Hilfe

ACHIM REMDE, Bonn

Eine Delegation der südsudanesischen Befreiungsbewegung (Southern Sudanese Liberation Movement = SPLM) und deren militärischer Flügel, die südsudanesische Befreiungsarmee (Southern Sudanese Liberation Army = SPLA) haben in der Bundesrepublik Deutschland Gespräche über Möglichkeiten deutscher Unterstützung geführt. Der Leiter der Delegation, Dhol Acuil Aleu, früherer Vizepräsident des Sudan, der unter Numeiri inhaftiert worden war, erklärte im Gespräch mit der WELT, die Delegation stehe in Verhandlungen mit Vertretern der Parteien und Kirchen in der Bundesrepublik über humanitäre Hilfe. Da sie unfähig seien, die SPLA militärisch zu bezwingen, gingen die Regierungstruppen in grausamer Weise gegen die Zivilbevölkerung des Südsudan vor, deren Dörfer sie niederbrennten.

Er bestätigte, daß Libyen nach Abschluß eines Militärabkommens mit der neuen sudanesischen Regierung seine Unterstützung für die SPLA eingestellt habe. Die SPLA habe jedoch keine Nachschubprobleme. Sie sei mit Waffen ausreichend versorgt und fülle ihre Bestände mit Beutegut und der Ausrüstung von Überläufern auf, die in Scharen die Regierungsarmee verließen. Ziel des Kampfes der SPLA sei nicht der militärische Sieg. Vielmehr solle der in Khartum regierende Militärrat zum Rücktritt gezwungen und durch eine Regierung ersetzt werden, in der alle Bevölkerungsgruppen ihrem Gewicht entsprechend vertreten sind.

SPLA/SPLM vertreten nach eigener Darstellung nicht nur den nicht islamisierten Süden, sondern auch Teile der Provinzen Darfur, Kordofan und Blauer Nil. Es handele sich daher nicht um einen Kampf von Christen oder Animisten gegen den Islam, sondern um den Kampf der unterentwickelten Regionen des Landes gegen die Diskriminierung durch die Zentralregierung. Die Mehrheit der 20 Millionen Einwohner des Sudan sind Muslime. Doch stellt die arabisierte Gruppe, die seit der Unabhängigkeit des Landes die Regierung kontrolliert, eine Minderheit dar.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wandel am Bau

Von Peter Gillies

Konrad Carl, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, meinte gestern in Hamburg, die Bundesregierung habe eine so wichtige Branche wie die Bauwirtschaft im „freien Fall" in die Krise purzeln lassen und überlasse sie dem Schicksal des Strukturwandels und Arbeitsplatzverlustes. Der Vorwurf ist nicht nur unberechtigt, er fordert vielmehr zu viel weitergehenden Schlußfolgerungen heraus.

Die Bauwirtschaft ist eine Schlüsselbranche der Volkswirtschaft. Von dieser Funktion haben sich alle Bundesregierungen – nicht nur diese – verführen lassen. Wenn die Konjunktur kränkelte, benutzten sie diese Branche wegen ihres großen Gewichts an öffentlichen Aufträgen zum Gegensteuern; zum Dämpfen im Boom, zur Belebung in der Rezession.

In der Praxis jedoch wurde selten der optimale Zeitpunkt gefunden. Die Mitnahmeeffekte waren hoch, statt der erwünschten Stetigkeit geriet die Branche unter das ärgerliche Kommando „Stop and Go". Hinzu kam, daß die auf Kredit entzündeten Strohfeuer nur kurz wärmten, aber langfristige Schulden hinterließen.

So hat der öffentliche Interventionismus die Bauwirtschaft mit falschen Marktsignalen versorgt. Der unvermeidliche Strukturwandel, also die Anpassung der Kapazitäten an die kaufkräftige Nachfrage, muß durchgestanden werden. Der Staat vermag ihn etwas abzufedern, verhindern kann und darf er ihn nicht. Diese Bundesregierung ist bereits zweimal mit Programmen hervorgetreten, die erinnerungsbewußte Wirtschaftler schon für zu stark halten. Sie hat die Grenzen finanzieller Solidität ausgereizt. Mehr wäre von Übel.

Konrad Carl hat bewiesen, daß er tarifpolitisch Augenmaß besitzt und Lohnforderungen zurückzuschrauben weiß, wenn die Arbeitslosigkeit steigt. Das ist mehr, als manche Kollegen aus anderen Gewerkschaften bisher boten. Aber er müßte auch sehen, daß seinen Mitgliedern auf Dauer nur geholfen sein wird, wenn die Branche aus eigener Kraft Wachstums- und Investitionszeichen setzt. Stabile Preise, ein klares Steuerrecht und niedrige Zinsen sind hervorragende Wegmarken. Neue staatliche Interventionen sind es nicht.

Zum Thema Minderheiten

Von Carl Gustaf Ströhm

Von den deutschen Volksgruppen im östlichen Europa ist nach dem Zweiten Weltkrieg nicht viel übriggeblieben. Jene, die nicht vertrieben wurden, führen heute oft ein schweres Dasein. In manchen Ländern, wie etwa in Polen, wird ihnen sogar der Gebrauch der Muttersprache verweigert. Den Deutschen in der Sowjetunion bereitet man endlose Schwierigkeiten, wenn sie in die Bundesrepublik ausreisen wollen. Auch die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Rumänien leben unter schwerem Druck.

Um so erfreulicher ist es, daß das kommunistische Ungarn seine deutsche Minderheit – die etwa 220 000 Donauschwaben – bei der Erhaltung und Pflege ihres Deutschtums ermutigt. Anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung des „Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen" erklärte der Generalsekretär der Ungarischen Volksfront, Politbüro-Mitglied Imre Pozsgay, in Pecs (Fünfkirchen): „Wir wollen, daß die nationale Identität der Ungarndeutschen nicht nur bewahrt, sondern gestärkt wird." Der ungarische Politiker betonte, Ungarn lasse sich in seiner Nationalitätenpolitik nicht von „konjunkturellen Gesichtspunkten" leiten.

Als Wink mit dem Zaunpfahl konnte seine Aussage verstanden werden, daß „Nationalitätenexistenz in Ungarn nicht Abkapselung, sondern Offenheit der Heimat gegenüber bedeute". Hier muß man daran erinnern, daß die Ungarn jene europäische Nation sind, die prozentual und in absoluten Zahlen die stärksten Minderheiten außerhalb der eigenen Grenzen aufweist: Etwa drei Millionen Ungarn leben in den Nachbarstaaten – in der Sowjetunion, der CSSR, Jugoslawien und vor allem Rumänien. Die ungarischen Kommunisten betreiben im eigenen Lande eine positive Nationalitätenpolitik, weil sie hoffen, daß auch die Ungarn außerhalb der ungarischen Grenzen in den Genuß ähnlicher Rechte kommen.

Für die Ungarndeutschen, die schwere Zeiten durchmachen mußten, ist aber entscheidend, daß die Budapester Regierung sie leben und die Früchte ihrer Arbeit einigermaßen genießen läßt. Viele Deutsche in anderen Ländern des Ostens wären froh, wenn sie nur annähernd ähnliche Bedingungen erhielten.

Vorbild Sorge

Von Werner Kahl

Ein gehenkter Spion wird geehrt. Die Ostberliner Medien, von der Gewerkschaftszeitung bis zum Organ der Staatsjugend, feierten den 90. Geburtstag von Richard Sorge. Die Sozialistische Einheitspartei nahm diesen Tag in ihrem Zentralorgan zum Anlaß, herauszustellen, daß Spionage ein höchst ehrenwertes Handwerk ist – solange es im Auftrag der Partei ausgeübt wird.

„Sein Name ist uns Verpflichtung", zitiert die Einheitspartei einen Geraer jungen Brigadier des Werkzeugmaschinenbaues. Die Brigade habe sich in den letzten Jahren „angewöhnt", die Arbeit an Sorges Auftreten zu messen. Irgendwo hat das einen fürchterlich selbstironischen Unterton, wenn auch zweifellos ungewollt.

Richard Sorge hat gute Arbeit für Stalin geleistet, er war ein Mann, der an seine Sache glaubte. Aber seine Arbeit war zum größten Teil umsonst. Er hatte schon 1929 nach seiner Abberufung aus England Grund, über die Moskauer Zentrale zu klagen („diese Hunde! Wie ich sie hasse! Eine solche Mißachtung menschlicher Nöte, menschlicher Gefühle!"); alles, was er erbracht hatte, war liegengeblieben, weil es an Bucharin gegangen und Bucharin in Ungnade gefallen war. Dann ging er doch nach Japan; seine sorgfältig belegten Warnungen vor dem Angriff Hitlers (noch Anfang Juni: Hitler werde in wenigen Wochen marschieren) wurden von Stalin aus Voreingenommenheit ignoriert. Der junge Brigadier weiß kaum alles über sein totes Idol, aber er weiß gewiß auch schon aus eigener Erfahrung, wie Leistung und Einfallsreichtum im real existierenden Sozialismus ersticken oder erstickt werden.

Man redet nicht mehr darüber, daß Sorge hingerichtet wurde, weil Stalin ihn nach der Enttarnung verleugnen ließ und jeden Versuch, ihn zu retten, verbot. Heute ist es anders; Oberst Guillaume hat eine unangenehme Zeit durchgemacht, aber jetzt verzehrt er seine Pension. Bleibt die Frage, warum gerade jetzt das Spionen-Vorbild hervorgehoben und betont wird, daß selbst Maschinenbauer sich am Spitzeltum orientieren. Eine spezielle Adresse an Bonn zum Stichwort Entspannungspartnerschaft?



Die Axt erspart's dem Zimmermann KLAUS BÖHLE

Des Kanzlers Bilanz

Von Manfred Schell

Die CDU hat zu ihrer eigenen Überraschung ein Phänomen erlebt: Die Sozialausschüsse, jener so kritische, aber auch so schnell nervös werdende Teil der Partei, feierte den Bundeskanzler mit minutenlangem Applaus. Beifall für Helmut Kohl? Ja, so war es, auch wenn dieses Ereignis nicht zu dem Klischee eines Kanzlers paßt, an dem die eigenen Truppen verzweifeln.

Die Begeisterung stand am Ende einer langen, vom Kanzler geduldig durchgestandenen Diskussion, in der es Kohl gelungen war, Kritiker und Zweifler für sich und seine Sachpolitik zu gewinnnen. Das Stehvermögen Kohls, das ihm immer wieder in schwierigen Phasen geholfen hat, ist offensichtlich ungebrochen. Es ist auch nur erklärlich aus dem Bewußtsein heraus, daß diesem Mann nie etwas zugefallen ist. Er hat immer um die Macht kämpfen müssen. Das hat ihn geprägt.

Parteifreunde Kohls, die ab und zu auch laut, meist aber hinter vorgehaltener Hand Gedanken über einen Kanzlerwechsel anstellen, tun gut daran, sich an diese markante Eigenschaft zu erinnern. Kohls Art ist es nicht, aufzugeben, die Zügel einfach hinzuwerfen. Wer deshalb die Idee verfolgt, einen neuen Mann an die Spitze zu bringen, der muß die Folgen abwägen.

Vor allem muß er die Frage beantworten, wer anstelle Kohls die Regierung und die CDU führen könnte. Stoltenberg? Oder Späth? Würden die Koalitionsparteien FDP und CSU eine solche Operation, ein gutes Jahr vor der Bundestagswahl, überhaupt wollen? Dies alles ist ziemlich unrealistisch. Auch die CSU und die FDP, die sich in ihrem Gezänk in Bereiche des Irrationalen gesteigert haben, sind keine politischen Selbstmörder. Sogar Strauß hat gesagt, daß er zu Kohl und der Koalition keine Alternative sieht; wenn er auch voraussetzte, daß keine weiteren schweren Fehler mehr passieren. Auch Kohl ist bewußt, daß ihm die Bundestagwahl 1987 nur gelingen kann, wenn jetzt in Bonn reibungslos, also pannenfrei, regiert wird.

Soviel zu dem, was sich im Bereich des Gefühls und der Stimmung bewegt. Aber irgendwann muß auch die Frage gestellt werden, ob ein Kanzlerwechsel von der Sache her gerechtfertigt wäre. Ein guter Kanzler kann ein schlechter Selbstdarsteller sein. Dieses Bild hat Kohl entstehen lassen; wieviel Mühe er sich auch gibt, seine Reden sind eben kein fulminanter Einstieg in das Reich der Poesie. Aber letztlich dürften doch nur die politischen Leistungen dieses Kanzlers zählen. Was nützt den Deutschen ein Gefälligkeitskanzler, der sie mit Rhetorik und Konfektion mitreißt, der aber das Land herunterwirtschaftet?

Die Bilanz Helmut Kohls sieht jedenfalls so aus, daß die Staatsfinanzen erst einmal wieder in Ordnung gebracht worden sind. Die Geldwertstabilität ist hergestellt. Die Wirtschaft befindet sich in einer stabilen Aufschwungphase, die auch erste positive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zeigt. Außerdem wird die Struktur der Arbeitslosigkeit jetzt differenzierter gesehen. Die Aktionswochen des DGB gegen die angeblich „unsoziale" Politik der Bundesregierung sind angesichts dieser Ausgangslage unverständlich, zumindest in den Köpfen derer, die Fakten richtig gewichten können.

In der Außen- und Sicherheitspolitik hat die Regierung Kohl klar Linie gehalten, sie hat nicht gewankt, sie hat sich nicht angebiedert. Auch in der Deutschlandpolitik, für die Sozialdemokraten beim Regierungwechsel eine „Eiszeit" prophezeit hatten, war die Entwicklung, gemessen an den tatsächlichen Möglichkeiten, so ungünstig nicht. Es gibt Hoffnungen, daß nach dem Gipfel zwischen Reagan und Gorbatschow weitere Erleichterungen für die Menschen zustandekommen werden.


Ovationen der Sozialausschüsse: Kohl FOTO: LOTHAR KUCHARZ

So ist die Ausgangsbasis der Bundesregierung für die kommende Wahlauseinandersetzung, insgesamt gesehen, nicht schlecht. Die Erfahrung zeigt, daß eine Regierung, die einen Wirtschaftsaufschwung vollbracht hat und ihn am Leben erhalten kann, nicht zu kippen ist. Helmut Kohl hat sich vorgenommen, das Jahr 1986, wenn die Gesetzgebungsarbeit abgeschlossen ist, ausschließlich für die Selbstdarstellung seiner Politik zu nutzen. Die Konfrontation mit Johannes Rau, dem Kandidaten der SPD, wird dann unausweichlich sein. Nicht persönlich, sondern in der Sachpolitik. In diese Auseinandersetzung wird Rau gezwungen werden. Er wird sich auch zu Widersprüchen innerhalb der SPD Fragen stellen lassen müssen. Kohl hat die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in Fahrt gebracht. Seine wie selbstverständlich wiederholt gemachte Aussage, „uns geht es doch gut", wird von immer weniger Bürgern als Anmaßung empfunden.

Was hat Johannes Rau, der sich zweifellos geschickter als Kohl präsentieren kann, der politischen Bilanz des Kanzlers entgegenzusetzen? Sein Finanzminister Posser hat kürzlich einen alarmierenden Brief an seine Kabinettskollegen in Düsseldorf geschrieben. Posser verweist auf die katastrophale Finanzlage in Nordrhein-Westfalen: „Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und Saarland) zu studieren ist."

An dieser Aussage muß Rau sich messen lassen, wenn er sich nun anschickt, die Bürger für seine Politik gewinnen zu wollen. Ein Modell für Deutschland ist das, was Posser da beschrieben hat, wohl kaum.

IM GESPRÄCH Robert Satanowski

Kapitän als General

Von Joachim G. Görlich

Zum ersten Mal in der Geschichte Volkspolens kandidiert für die KP zum Sejm ein herausragender Musiker des Landes: Der 66jährige Dirigent Robert Satanowski, auch hierzulande gut bekannt. Die Auszeichnung kommt nicht von ungefähr: Satanowski ist Chef der neuen Musikgewerkschaft, gehört dem Musikbeirat beim ZK an und ist – wie sein KP- und Regierungschef Jaruzelski – Zögling sowjetischer Offiziersschulen.


Jaruzelskis Helfer auf dem Gebiet der Musik: Satanowski FOTO: DPA

Der in Lodz Geborene emigrierte in die UdSSR und kam als rotpolnischer Marineoffizier zurück. Er brachte es bis zum politischen Kommandeur der ersten rotpolnischen Kriegsmarineoffiziersschule, zum Rang eines Kapitäns zur See.

An der Musikhochschule Lodz studierte er Orchesterleitung und Kompositionslehre; er trug die Offiziersmontur nicht nur während der Studienzeit, sondern auch als Musikdozent an der Hochschule Posen. Später studierte er in Ost-Berlin bei Felsenstein Regieführung und bekam seinen letzten Dirigentenschliff in West-Berlin bei Herbert von Karajan. Seine Dirigentenkarriere startete er in Lublin. Dann ging er als musikalischer Leiter an die Philharmonie Bromberg. 1954 erhielt er eine Berufung als Generalmusikdirektor an die Städtischen Bühnen in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), dann ging er als „General" an die Posener Oper. Von 1962 bis 1969 war er ständiger Gastdirigent in Zürich, hielt sich seit 1968 ständig im Westen, vornehmlich in der Bundesrepublik, auf, während in Polen die Musikkader von Künstlern jüdischer Provenienz gesäubert wurden und Artur Rubinstein entrüstet seinen Diplomatenpaß der polnischen Regierung zurückgab. 1969 wurde er Generalmusikdirektor der Niederrheinischen Symphoniker und der Oper Krefeld.

Polnische Vokalisten, die in der Bundesrepublik unter Vertrag standen, schilderten Robert Zdzislaw Satanowski als linientreuen Kommunisten, der keine Versammlung der KP-Ortsgruppe an der Kölner Polen-Botschaft ausließ. 1976 wurde sein Vertrag mit Krefeld nicht mehr erneuert. Ein Jahr zuvor war Satanowski Generalmusikdirektor der Breslauer Oper geworden. Doch die regen Kontakte zu den Musikhochburgen in der Bundesrepublik blieben erhalten. Satanowski konnte sogar für TV-Aufnahmen der westdeutschen Fernsehanstalten das Ensemble der Breslauer Oper einspannen. Dann ging er als Generalmusikdirektor an das Große Theater in Warschau, wurde auch Präses der „Vereinigung Polnischer Tonkünstler". Zu den polnischen, sowjetischen und tschechischen Orden aus der Kriegszeit kamen höchste Orden der polnischen Volksrepublik.

Zur „*Solidarność*"-Gewerkschaft, der die meisten Musikerkollegen beitraten, ging Satanowski sofort auf Distanz. Beim neuen Premier in Generalsuniform – den er vermutlich noch aus der UdSSR kennt – ging er ein und aus. Als dieser seinem Volk den Krieg erklärte, stellte sich Satanowski ihm zur Seite. Er wurde in die Ersatznationalfront, die „Patriotische Bewegung", und in diverse Parteigremien berufen; seine Aufgabe ist es, die aufmüpfigen Musiker auf den Weg der sozialistischen Tugend zurückzuführen. Daß rund 2000 Spitzenmusiker emigrierten, konnte er jedoch nicht verhindern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchner Merkur

Er schreibt über die Gewerkschaften:

Geplagt von Mitgliederschwund, Unsicherheit und Vertrauensverlust, flüchten Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften in verbale Maßlosigkeiten und Verteufelungen der Bundesregierung. Dabei bedienen sie sich eines Vokabulars, das aus den finstersten Zeiten deutscher Geschichte stammt: „Kriegserklärung", „Dauerkrieg", „Grabenkampf" und „Es wird zurückgeschossen". Im Vorfeld der DGB-Protestwoche wird das alte Feindbild wieder aufgebaut. Was bringt das schon, wenn das Recht auf Arbeit beschworen wird? Mit diesem Recht fängt der Beschäftigungslose nichts an. Er braucht Arbeit. Die kann ihm aber nicht die Gewerkschaft geben, sondern nur der Staat und der Unternehmer. Außer den „Dauerbrennern" 35-Stunden-Woche und Beschäftigungsprogrammen fällt den Gewerkschaften nichts ein.

Hamburger Abendblatt

Es fordert konsequentes Eingreifen gegen Gewalttäter:

Das Gewaltmonopol des Staates ist keinen Pfifferling wert, wenn es nicht dort durchgesetzt wird, wo Gut und Leben vieler Bürger durch das Dreinschlagen weniger Chaoten gefährdet werden. Zu lange haben Führungskräfte in Polizeiverwaltungen und Politiker taktiert ... Wo gegen Recht und Gesetz verstoßen wird, wo unter dem Deckmantel einer Demonstration Mordversuche an Polizeibeamten begangen werden, wo Chaoten Brände legen und plündern, da müssen die Ordnungskräfte ohne langes Abwägen die Täter stellen. Denn die Täter sind keine Demonstranten, sondern Verbrecher.

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung spekuliert über den Honecker-Besuch:

Kaum einen Zweifel kann es geben, daß eine Honecker-Visite vor der Begegnung zwischen Gorbatschow und Reagan Mitte November ausgeschlossen ist. Auch der größte Teil des Jahres 1986 fällt für eine deutsch-deutsche Begegnung aus. Im Frühjahr finden die Parteitage der KPdSU (Februar) und der SED (April) statt, danach beginnt hierzulande das Wahlkampfgetöse in Niedersachsen und Bayern und gleich darauf der Bundestagswahlkampf. Bliebe also nur als Termin Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres.

WIESBADENER TAGBLATT

Es kommentiert nach den Schüssen auf Sinai-Besucher:

Das Blutvergießen auf dem Sinai hat bei den Massen in Kairo Zustimmung, in gemäßigten Kreisen jedoch tiefe Betroffenheit ausgelöst. Dies um so mehr, als Präsident Mubarak unmittelbar zuvor die endlich vom Fleck gekommenen Verhandlungen über den noch immer zwischen Ägypten und Israel strittigen Taba-Streifen am östlichen Ende der Halbinsel Sinai eingestellt hatte. So klein das Grenzland von Taba ist, so große psychologische Bedeutung hat es für die Ägypter. Im radikalen Lager, von Kommunisten und Alt-Nasseristen bis zu den neuesten islamischen Gruppierungen, ist Taba das Symbol, daß es immer noch ein Stück Sinai zu befreien gelte.

Der Baker-Plan: Was tragen die USA selbst bei?

Unverständlich ist die verärgerte Reaktion westlicher Banken nicht / Von Claus Dertinger

An der internationalen Schuldenfront hat sich der Horizont verdüstert. Das spürt man auf Schritt und Tritt in den Wandelgängen des Hilton-Hotels in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, wo heute die 40. Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank beginnt.

Die Schuldenkrise, die Optimisten noch zu Beginn dieses Jahres für überwunden, wenn auch noch nicht für endgültig bewältigt hielten, droht in einigen lateinamerikanischen Schwellenländern wieder aufzubrechen. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA, dem bedeutendsten Exportmarkt der Region, der Rückgang der Rohstoffpreise und der sich ausbreitende Protektionismus hinterlassen ihre Spuren. Die Exporterlöse sinken. Damit wird es noch schwerer, die Auslandsschulden, die sich allein für Mexiko und Brasilien auf jeweils rund 100 Milliarden Dollar summieren, zu bedienen, ohne daß der Bevölkerung neue Opfer abverlangt werden. Die zunehmenden sozialen Spannungen werden politisch und wirtschaftlich bedrohlich.

Vor diesem Hintergrund muß man den Plan des amerikanischen Finanzministers Baker für eine „neue integrierte Schuldenstrategie" sehen, dessen Einzelheiten zwar erst heute offiziell verkündet werden sollen, von denen aber bereits einiges durchgesickert ist. Der Baker-Plan läuft darauf hinaus, die Weltbank zu einer verstärkten Kreditvergabe an die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas zu drängen und so die internationalen privaten Banken zu animieren, nach einem Jahr des Rückgangs der Neukredite ebenfalls wieder mehr Kapital in die bedrohte Region zu pumpen.

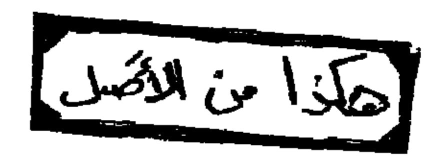
Mit dieser Strategie glaubt Washington offenbar gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Das Zukleistern sozialer Wunden mit Auslandsgeld könnte das Abdriften schuldengeplagter Länder in eine unliebsame politische Richtung verhindern. Zugleich würde den amerikanischen Banken, die in Lateinamerika besonders stark mit eingefrorenen Krediten engagiert sind, aus der Patsche geholfen. Denn ihre Bonität geriete ins Wanken, wenn die lateinamerikanischen Großschuldner die Zinszahlungen einstellen würden – eine Bedrohung, die immer ernster genommen wird.

Dieser US-Bankenaspekt steht in Seoul im Mittelpunkt vieler Gespräche über den Baker-Plan. Diejenigen Banken, die (wie die deutschen und schweizerischen) von einem Zinszahlungsstopp der Lateinamerikaner dank ausreichender Risikovorsorge weitaus weniger tangiert würden, gehen bereits auf die Barrikaden. Sie sehen nicht ein, warum sie mit neuen Krediten für die amerikanischen Banken die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Denn darauf liefe es schließlich hinaus, wenn sie, wie es nach bisheriger Kenntnis des Baker-Plans aussieht, verpflichtet werden sollen, für einige Jahre zusätzlich jährlich drei Prozent ihrer gesamten bisherigen Ausleihungen an Lateinamerika als neue Kredite zur Verfügung zu stellen.

Einige Bankiers haben denn auch schon kategorisch erklärt, sie dächten nicht daran, bei einer solchen Nothilfe für ihre amerikanischen Kollegen mitzuwirken. Auch Bundesfinanzminister Stoltenberg und Bundesbankpräsident Pöhl machen (wenn auch mit Rücksicht auf ihre amerikanischen Kollegen nur sehr vorsichtig) keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegen diesen Plan. Regierung und Bundesbank können die privaten Banken ja nicht zwingen, gutes Geld dem schlechten nachzuwerfen.

Wenn eine neuerliche Eskalation der Schuldenkrise vermieden werden soll, werden die privaten Banken allerdings nicht umhinkönnen, die offiziellen mit Sanierungsauflagen verbundenen Hilfen von Währungsfonds und Weltbank mit eigenen Neukrediten zu begleiten. Zu einer längerfristigen Strategie gehört freilich mehr. Einmal, daß die Entwicklungsländer für ein attraktives Klima sorgen, das Auslandsinvestitionen anlockt und das zugleich der Kapitalflucht entgegenwirkt. Noch wichtiger ist eine Lösung der amerikanischen Haushaltsprobleme, deren Folgen, nämlich hohe Zinsen, hoher Dollarkurs und Ungleichgewichte im Welthandel, eine Bedrohung für die Weltwirtschaft sind, von deren Gedeihen auch die Zukunft der Entwicklungsländer abhängt.

Den Absichtserklärungen der amerikanischen Regierung beim Fünfertreffen der Finanzminister in New York müssen nun bald Taten folgen. Wenn der Baker-Plan von dieser Notwendigkeit etwa nur ablenken soll, stünde es schlecht um die Weltwirtschaft. Und das tangierte nicht nur die Dritte Welt, sondern alle Industrieländer, besonders ein so exportabhängiges Land wie die Bundesrepublik.



Die „Pille danach“, keine Notbremse für alle Fälle

Zur Verhütung einer Schwangerschaft gibt es jetzt – rezeptpflichtig – die sogenannte „Pille danach“. Juristisch unbedenklich, moralisch umstritten, ist dieses Präparat medizinisch alles andere als ein problemfreies Verhütungsmittel.

Von DIETER THIERBACH

Die Beschreibung des Anwendungsgebietes lautet lapidar: „Verhütung einer Schwangerschaft innerhalb 48 Stunden nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr oder nach dem erkennbaren Versagen mechnischer oder chemischer Mittel.“ Gemeint ist, was als „postkoitale Kontrazeption“, auch „morning after pill“ oder „Pille danach“ genannt, ab sofort gegen Rezept in den Apotheken erhältlich ist.

Das Präparat, bestehend aus vier Hormon-Dragees, wurde bereits im Februar dieses Jahres vom Berliner Bundesgesundheitsamt (BGA) zugelassen. Das verschreibungspflichtige Mittel mit dem Namen „Tetragynon“ ist eine Kombination aus je 0,25 Milligramm des Gestagens Levonorgestrel und 0,05 Milligramm des Östrogens Ethinylestradiol. Kostenpunkt für die vier Dragees: 9,30 Mark. Das „orale Kontrazeptivum“ ist eine alte Bekannte in neuen Kleidern. Denn für einen möglichen „Verhütungs-Versager“ besteht schon seit einigen Jahren die Möglichkeit, am „Morgen danach“ das Versäumnis wiedergutzumachen.

Bisher setzen Ärzte die vier Tabletten als „Hormonstoß“ ein, um die Einnistung eines möglicherweise befruchteten Eis in die Gebärmutter zu verhindern. Gerade diese Indikation hatte der Hersteller, die Berliner Schering AG, jedoch seinerzeit nicht beantragt, wodurch die juristische Verantwortung für die Folgen dieser Maßnahme beim Arzt lag.

Auf Drängen der Mediziner, so ist nachzulesen, trat Schering den Gang zum BGA an. Die Zulassung ist somit nach Ansicht von Experten lediglich als eine amtliche Bestätigung einer von Ärzten seit Jahren geübten Praxis zu werten. Mit der jetzigen Einführung, so kommentierte jüngst ein Medizin-Fachblatt, werde gewissermaßen das vereinfacht, „was viele Frauen seit langem selbst praktizieren, nämlich die Einnahme vieler Antibabypillen gleichzeitig, wenn einmal vergessen wurde, sich rechtzeitig vor einer Schwangerschaft zu schützen.“

Vor über zehn Jahren, am 7. März 1975, wurde in den USA bereits die erste Verhütungspille für den „Morgen danach“ zugelassen. Ein „hormoneller Schuß“, bei dem fünf Tage lang zweimal täglich zwei 25-Milligramm-Tabletten eingenommen werden mußten. Diese „Droge“, seit Jahren auch als Wachstumspräparat in der Rindermast verwendet, hatte Nebenwirkungen: Starke Übelkeit und Kopfschmerzen waren die harmlosesten. Ärzte warnten eindringlich vor der Gefahr der Bildung von Blutgerinnseln. Diesen „Hormonhammer“ gibt es jetzt nicht mehr. Das neue Präparat enthält nur ein Hundertstel der früheren Wirkstoffmenge.

Die „Pille danach“ stellt keine Alternative zur Empfängnisverhütung dar. Dieser Eindruck – so betonen es Ärzte immer wieder – sei bei vielen Frauen *entstanden. Ausdrücklich* wird darauf hingewiesen, daß „Tetragynon“ nur zur Anwendung im Notfall diene. Es sei als Routinemethode völlig ungeeignet und stelle keinen Ersatz für die niedrig dosierte „Pille“ dar. Und gerade hier sehen Gynäkologen Gefahr und Risiko: Frauen können dazu verleitet werden, keine Verhütungsmittel mehr zu nehmen, um sich ganz auf die hormonelle Notbremse zu verlassen.

Dazu muß man wissen: Die eigentliche Befruchtung – die Verschmelzung von weiblicher Eizelle und männlicher Samenzelle – findet kurze Zeit nach dem Verkehr im Eileiter statt. Der Transport durch den Eileiter dauert vier bis fünf Tage. Dann erst hat sich das inzwischen durch Teilungen zu einem Zellhaufen entwickelte Gebilde in die Gebärmutter eingenistet, wo es sich zum Embryo weiterentwickeln kann. Diese Transportphase ist sehr verletzlich und kann durch einen Hormonstoß so beeinflußt werden, daß es trotz Befruchtung nicht zur Einnistung kommt. Spätestens 48 Stunden nach einem ungeschützten Geschlechtsverkehr müssen dann die beiden ersten Dragees zusammen eingenommen werden, die restlichen zwei Pillen nach weiteren zwölf Stunden.

Diese Methode, und das wird ausdrücklich betont, darf nur einmal pro Zyklus angewendet werden. Die Versagerquote der „Pille danach“ liegt bei etwa einem Prozent.

Vor jeder Verordnung durch den Arzt soll, so der Hersteller, „eine gründliche Befragung der Frau über ihre ‚Krankheitsgeschichte‘ erfolgen“. Etwa drei Wochen nach der „Behandlung“ wird eine Nachuntersuchung unbedingt empfohlen, um eine eventuell bestehende Schwangerschaft zu erkennen. Die Hersteller betonen ausdrücklich, daß es auf diese Art und Weise nicht möglich sei, eine Frühschwangerschaft abzubrechen, auch nicht durch die Einnahme einer mehrfach überhöhten Dosis.

Eine Einnahme der „Pille danach“ ist keine Abtreibung im Sinne des Paragraphen 218. 1976 stellten hierzulande die Verfassungsrichter fest, daß alle Methoden der Schwangerschaftsverhütung, „die vor Abschluß der Implantation des Eis benutzt werden, nicht als Schwangerschaftsabbruch zu bezeichnen sind“.

Doch dies wird nicht von denen akzeptiert, für die das menschliche Leben mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle beginnt. So hat die katholische Deutsche Bischofskonferenz vor einer Woche die Verwendung der „Pille danach“ ebenso eindeutig wie die Abtreibung abgelehnt. Dieser Vorgang sei – so ihre Definition – „ethisch ein Schwangerschaftsabbruch zum frühestmöglichen Zeitpunkt“, auch wenn die Verwendung des Präparats rechtlich nicht den Tatbestand eines Schwangerschaftsabbruches im Sinne des Strafgesetzbuches erfülle.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, betonte, daß es für die deutschen Bischöfe unter moralischen Gesichtspunkten keinen Unterschied zwischen dieser Form eines „privaten Schwangerschaftsabbruches“ und einer Abtreibung aufgrund einer Indikationsfeststellung gebe.



Tagesordnungspunkt Weltpolitik: Franz Josef Strauß zu Gast beim Pekinger Führungspolitiker Deng FOTO: AP

Bayern knüpft die Bande zu den Chinesen noch enger

In Qingdao eröffnete gestern Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Industrie-Ausstellung „Wirtschaftspartner Bayern“. München geht damit weiter voran beim Brückenschlag zu China, wo die bayerischen Gäste auch heute noch auf die deutsche Vergangenheit stoßen.

Von JOCHEN HEHN

Die Vergangenheit ist in Qingdao (Tsingtao) allgegenwärtig. Sie begegnet auf Schritt und Tritt auch den rund 500 Vertretern bayerischer Firmen, die für einige Tage in der Metropole der ehemals deutschen Kolonie Jiaozhou (Kiaotschou) und größten Stadt der Provinz Shandong ihre Produkte zeigen. Bei ihren Streifzügen durch die Altstadt nehmen sie die Stimmung vermeintlich deutscher Straßenzüge in sich auf und fragen sich überrascht, wenn der Duft von frischem Bratfisch aus einer der *zahllosen chinesischen* Garküchen herüberweht: Ist's Freitag?

In der Wartehalle des Hauptbahnhofs, eines um die Jahrhundertwende im spätgotischen Stil errichteten Backsteingebäudes, drängeln sich Männer, Frauen und Kinder mit geschnürten Bündeln und Tragetaschen. In den Villen, den mit roten Ziegeln gedeckten Fachwerk- und Bürgerhäusern, residieren die Chefs von Administration, Partei und Armee, oder aber es haben sich gleich mehrere Familien häuslich darin eingerichtet.

Bei den Wahrsagern herrscht großer Andrang

Auf den steil ansteigenden Straßen und Steintreppen, die vom Hafen zur Kathedrale führen, herrscht Markttreiben. Bauern, die frühmorgens von ihren Dörfern in die Stadt gezogen sind, bieten Obst, Gemüse, Süßkartoffeln und getrockneten Fisch feil. Um die Wahrsager, die für gutes Geld die Zukunft aus der Hand lesen, bilden sich Menschenschlangen.

Heute, 70 Jahre nach dem nicht ganz freiwilligen Verzicht des deutschen Reiches auf seine Privilegien in Shandong und 40 Jahre nach der japanischen Okkupation, gehört Qingdao wieder ganz den Chinesen. Kaiser Wilhelm II. hatte im November 1897 in der Ermordung von zwei Missionaren den willkommenen Anlaß gefunden, um als „Wiedergutmachung“ die Besetzung von Jiaozhou anzuordnen.

Die Besetzung hatte die in China damals schon vorherrschende fremdenfeindliche Stimmung noch verstärkt. Jedoch beruhigte sich die Lage in der Provinz Shandong bald, als die deutschen Besatzer darangingen, mit ihren administrativen Fähigkeiten und ihrem Sinn für Ordnung das Gebiet um die Meeresbucht Jiaozhou zu einer Kolonie aufzubauen.

Die Gründe für den Erfolg lagen vor allem in der damals praktizierten Politik der Gleichberechtigung, die die chinesische Souveränität anerkannte, aber auch im Geschick und in der Umgänglichkeit der deutschen Kaufleute, die in dem Ruf standen, für das chinesische Wesen Verständnis aufzubringen. Zur Verschönerung des chinesischen Bildes vom Deutschen, das auch die Zukunft bestimmte, hat nicht zuletzt der Umstand beigetragen, daß auf die maßvolle deutsche Zeit die von einer Maßlosigkeit beherrschte Okkupation durch die Japaner folgte.

Die nur 18 Jahre dauernde Kolonialpolitik in China hat bleibende Spuren hinterlassen – negative wie positive – und wirkt bis heute nach. Auch für die Chinesen ist diese Vergangenheit lebendig geblieben. Sie ist greifbar an der in Jiaozhou geleisteten deutschen Arbeit, die sich über achtzig Jahre lang weitgehend erhalten und bewährt hat, ob es sich nun um Kohlegruben, Eisenbahnstrecken, Hafen- und Befestigungsanlagen oder etwa um die von den Deutschen im Jahre 1903 gegründete Brauerei handelt, die noch heute den bekanntesten Exportartikel Shandongs, das Qingdao-Bier, herstellt.

Und so brauchte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß zu keiner großen Werberede ansetzen, um die Chinesen von der Qualität deutscher Produkte zu überzeugen, als er gestern in Qingdao gemeinsam mit dem Gouverneur der Provinz Shandong, Li Changan, die Industrie-Ausstellung „Wirtschaftspartner Bayern“ eröffnete. Strauß erwähnte in seiner Ansprache, daß Deutsche und Chinesen „schon immer ein starkes Interesse aneinander gezeigt“ und „große Sympathie füreinander“ empfunden hätten. Die Ausstellung, mit 154 Firmen bislang die größte ihrer Art, solle vor allem auch kleineren und mittleren Unternehmen die Chance bieten, auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen, sagte der bayerische Ministerpräsident. Schwerpunkte der Industrieschau sind die Bereiche Maschinen- und Werkzeugbau, Elektronik und Fahrzeugindustrie.

Konkrete Pläne für gemeinsame Projekte

Es ist der Auftakt zu einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bayern und der Provinz Shandong, die im März 1983 aufgenommen wurde. Und der Münchner Wirtschaftsminister Anton Jaumann teilte vor der Presse auch bereits mit, wie das in nächster Zukunft konkret aussehen soll. So ist vereinbart, verstärkt chinesische Nachwuchskräfte in Bayern auszubilden, bei der Verkehrserschließung und -planung in Shandong bayerische Firmen zu beteiligen, weitere Ausstellungen hüben wie drüben für die Bereiche Metallverarbeitung, Werkzeugbau, Elektronik und Chemie zu organisieren und für Ende 1986/1987 eine neue Leistungsschau der bayerischen *Industrie zu planen.*

Die ständige Erinnerung an die nicht immer ungetrübte gemeinsame Vergangenheit – auch wenn sie schon lange zurückliegt – würde Verstimmungen verständlich erscheinen lassen. Doch Chinesen sind nicht nur feinfühlige, intelligente und geschichtsbewußte Menschen, sie sind auch höfliche Gastgeber. Und dies gilt für die Menschen in Qingdao ganz besonders.

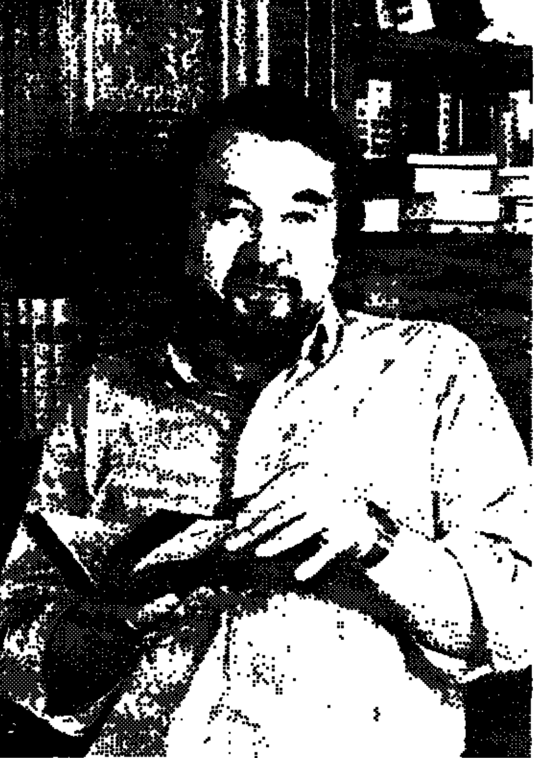
Ein Zweifler und Rebell – als Mensch wie als Darsteller

Er hat auf der Bühne und im Film Menschen gestaltet, Charaktere, die seinen unverwechselbaren Stempel trugen. Er erregte Aufsehen, als er sich – vorübergehend – für ein Leben in der „DDR“ entschied: Wolfgang Kieling starb gestern in Hamburg an Krebs.

Von WALTER DEPPISCH

Kaum einer hätte es für möglich gehalten, mit welcher Geduld, ja mit welchem Vertrauen in die Kunst der Ärzte er seinen verschiedenen schweren Krankheiten standhalten würde – Wolfgang Kieling, ein Mensch voller Ungeduld und Auflehnung, ein Rebell wider den Ungeist und das Unmenschliche, in deren Netzen er sich gefangen geglaubt hatte.

Vier Augenoperationen und, noch im Juli dieses Jahres, ein schwerer Eingriff in die von Krebs befallenen Teile des Magens, der Bauchspeicheldrüse und des Dickdarms. Und dann der Rückfall, der den 61jährigen Ende September erneut in die Klinik zwang. Wolfgang Kieling starb gestern in Hamburg, wohin er sich in ländlicher Umgebung zurückgezogen hatte. Aber ans Aufgeben seiner darstellerischen Laufbahn hat er bis zuletzt nicht gedacht.



Wolfgang Kieling starb im Alter von 61 Jahren FOTO: DPA

Seine Kunst der Menschengestaltung, so schien es, war auf dunklem Grund gewachsen. Ein gutes Stück Introvertiertheit, grüblerische Neigung haftete vielen seiner Rollen an – er hatte etwas von Faust und Peer Gynt an sich, wenn auch auf seine eigene Weise. Und seine Bestimmung zur Schauspielerei, in die er dann immer neue Eigenschaften einbrachte, wies ihm schon früh die Richtung.

Der Sohn eines Schneidermeisters wurde bei Albert Florath in seiner Heimatstadt Berlin ausgebildet, nachdem er eine höhere Schule absolviert und sechs Jahre als Kinderstar bei Rundfunk, Film und Theater mitgewirkt hatte. Das war der Anfang einer langen, wandlungsreichen Karriere, die namentlich über das Medium Fernsehen bei weit mehr als 100 Rollen in die Breite strahlte. Noch während des Krieges begann er seine Theaterlaufbahn, er wurde Soldat und kehrte 1949 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück.

In West-Berlin ging es zunächst mit dem Theaterspielen weiter – am Hebbel-Theater, an der „Tribüne“ und am Schiller-Theater –, Basel folgte mit einer Spielzeit. Die DEFA holte Kieling dann vor die Ostberliner Kameras. Auch hier, in den Filmen der „DDR“, machte der profilierte Darsteller auf sich aufmerksam. Dann kehrte er, 1958, an die Bühne des Westens zurück. Stuttgart, München, Köln, Essen und wieder Berlin waren die nächsten Stationen, und hier entfaltete Kieling seine großen Möglichkeiten in Rollen wie „König Richard III.“, „Don Juan“ von Max Frisch, Tschitschikow in Adamovs „Toten Seelen“, „Bacchus“ von Cocteau.

Und es kam der Film, der ihm ein breit gefächertes Rollenangebot lieferte. Er spielte in Kriminal- und St.-Pauli-Filmen („Polizeirevier Davidwache“), Action-Filmen („Die Banditen vom Rio Grande“) und anderen. Er blieb im Geschäft. Aber er wurde uneins mit sich, mit der Gesellschaft, in der er lebte, mit der großen Weltpolitik, der er sich und die Menschheit ausgeliefert sah – auf Gedeih und Verderb, wie er meinte, und mehr wohl auf Verderb –, und so ging er 1968 in die „DDR“, wo er ja schon einen gewissen Namen hatte.

Nach zwei Jahren, 1970, kehrte er in die Bundesrepublik zurück. Seine Zweifel waren nicht beseitigt, doch er bekannte freimütig: „Ich bin zu alt, um mich einer neuen Gesellschaft anzupassen.“ Aber was er von drüben mitbrachte, war die Angst, immer wieder nach dem Warum, nach dem Was-nun gefragt zu werden. Und er wurde gefragt. Es gab viele Kollegen, die ihn schnitten, Fernsehanstalten, die ihn nicht beschäftigten. Für sie war er ein Renegat, ein Opportunist auch wohl. Er hat das Paradies nicht gefunden, nicht drüben, nicht hier. Kieling blieb der Zweifler, der Frager und der ewig Antwortlose. Das war keine Unehre, auch wenn manche es bis zuletzt so angesehen haben mögen. Seine Zweifel, sein Zögern, seine Ohnmacht, sich als Bürger einer einzigen Welt, der Welt der Menschen zu sehen, haben ganz sicher zur Ausformung seiner künstlerischen Persönlichkeit entscheidend beigetragen.

Der ungetreue Buchhalter, zusammengepfercht mit vier anderen Personen im steckengebliebenen Lift des Films „Abwärts“ – das war eine Rolle, die niemand überzeugender hätte darstellen können. Der Tod hat den Zweifeln und Ängsten eines großen Schauspielers ein Ende gesetzt.



„Ende der Talfahrt" in der Bauwirtschaft

GISELA REINERS, Hamburg

„Die Bauwirtschaft ist derzeit die Krisenbranche Nummer eins: Früher war sie Konjunkturlokomotive, jetzt wird sie dem freien Fall überlassen." Bei der Eröffnung des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg sparte ihr Vorsitzender Konrad Carl nicht mit Kritik an der Bundesregierung. Vor 345 Delegierten, die 517 000 Mitglieder repräsentieren, beklagte Carl, daß die Regierung der Arbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe nicht energisch genug entgegentrete. Dabei seien zwischen 1981 und 1984 allein im Bauhauptgewerbe 120 000 Arbeitsplätze verloren gegangen.

Carl kritisierte, daß es die von der CDU nach der Regierungsübernahme angekündigte Senkung der Arbeitslosenzahl um eine Million nicht gegeben habe. „Wir brauchen deshalb eine aktive Beschäftigungspolitik." Er verwies auf das Programm „Bauen und Umwelt", nach dem Bund, Länder und Gemeinden verstärkt in Maßnahmen zur Luftverbesserung, Wasserreinigung, Verkehrsberuhigung und Stadtsanierung investieren sollten. Es sei eine „gigantische Verschwendung", jährlich 55 Milliarden Mark für die Arbeitslosigkeit auszugeben, während „mit unserem Programm für 15 Milliarden 400 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden können."

Den Sozialstaat werde man „mit Klauen und Zähnen" verteidigen, sagte Carl, der sich vom „Dreier-Gipfel" in Bonn Anfang September wegen der „mageren Beratungsergebnisse" enttäuscht zeigte. Es müsse endlich gehandelt werden. Damit rief er zur Teilnahme an der DGB-Aktionswoche auf. „Wir sind kompromißfähig, aber kampfbereit."

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) verwies dagegen auf die Erfolge der Regierung bei der Eindämmung der Inflationsrate und der Senkung des Zinsniveaus. Für 1986 seien drei Prozent Wachstum zu erwarten. Am Bau zeichne sich ein „Ende der Talfahrt" ab. Häufig wurde er von Zwischenrufen und Gelächter unterbrochen, so, als er von den Impulsen durch Abschreibungserleichterungen sprach: „Und was schreiben wir ab?" Er habe nicht erwartet, sagte Schneider, daß man ihm hier Kränze winde, aber er sei optimistisch, daß die Beschlüsse der Regierung ihre positive Wirkung auf die Bauwirtschaft nicht verfehlten.

DGB-Chef Ernst Breit sagte, er verhehle zwar nicht, daß es einen gemäßigten Wirtschaftsaufschwung gebe, doch reiche er nicht aus, die Arbeitslosenzahl zu senken. Er forderte deshalb die Förderung von qualitativem Wachstum und weitere Arbeitszeitverkürzungen. Er rief ebenfalls zur Teilnahme an der Aktionswoche auf: „Wir brauchen eine neue Politik."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Niedersachsen-FDP auf dem Weg zu neuer Schulpolitik

Fraktionschef Hirche: Im Zielgrundsatz mit CDU einig

MICHAEL JACH, Hannover

Für die Schulpolitik einer nach 1986 denkbaren CDU/FDP-Koalition in Niedersachsen zeichnet sich Erstaunliches ab. Die Freien Demokraten im hannoverschen Landtag, in Person ihres Fraktions- und stellvertretenden Landesvorsitzenden Walter Hirche, machen neue Wortführerschaft geltend in der zuletzt nicht eben lebhaften, eher untergründig schwelenden Schuldebatte des Landes.

Wortführerschaft im Sinne klassisch-liberaler Wert- und Ordungsvorstellungen: forcierte Förderung des individuellen Leistungsvermögens in den verschiedenen Schulstufen und -arten; Wiederbelebung der Pädagogik zum Zweck „freiheitlicher statt antiautoritärer" Erziehung und Persönlichkeitsbildung; „verbindlicher Kanon von Wissen und Fähigkeiten" zugunsten solider Allgemeinbildung; Rückkehr zur gültigen Grammatik und Rechtschreibung der deutschen Hochsprache, wenn anders künftige elektronische Alltagstechnik nicht tatsächlich Kulturverfall heraufbeschwören soll.

Mit solchen Grundtönen eines Programmvortrags „Bildungspolitik für eine freiheitliche Demokratie" überraschte Hirche jetzt anwesende Eltern- und Lehrervertreter, Wirtschafts-, Handwerks- und Gewerkschaftssprecher bei einer Veranstaltung der landesparteinahen Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung. Im Gespräch mit der WELT gab er freimütig Auskunft über seine Beweggründe, die Akzente, gemessen an freidemokratischer Bildungspolitik zurückliegender Zeit, derart auffällig zu verschieben.

Konkurrenz der Parteien

Die FDP in Niedersachsen verstehe sich, erklärt der für das gymnasiale Lehramt (Fächer Französisch, Geschichte, politische Wissenschaft) ausgebildete Fraktionschef, als Anwalt konsequent gesteigerter Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des Landes. Alle Struktur- und Technologieförderung müsse aber zu kurz greifen, wenn in Bildung und Ausbildung der Arbeitsbevölkerung die Voraussetzungen nicht stimmten. Da sei man mit der CDU im Zielgrundsatz gern einig.

Nur lasse die Union eben Ideenfreude und gestalterische Phantasie vermissen, wo sie allzusehr mit ordentlicher Verwaltung des 1976 vorgefundenen Schulwesens befaßt sei. (Auf die eingetretene „Ruhe an der Schulfront" sind CDU-Kultuspolitiker nach den wildbewegten siebziger Jahren erklärtermaßen stolz.) Hirche will gar nicht verheimlichen, welche Marktlücken-Strategie hier auf welche Wählerschichten zielt. Der Schule, meint er uneigennützig, könne die Konkurrenz der Parteien jedenfalls nur gut tun.

Langlebiger Ärger

Das schulpolitische Objekt für den parteientaktischen Vergleichstest drängt sich geradezu auf: die als eigenständige Schulform zwischen Grund- und weiterführenden Schulen eingeschobene Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6). Nach wie vor scheidet sie die Geister, seit der vormalige CDU-Kultusminister Werner Remmers (mit voller Rückendeckung seines Ministerpräsidenten Ernst Albrecht) nach 1976 zum Vollstrecker dieser bildungsplanerischen SPD-Hinterlassenschaft wurde. Die Sozialdemokraten sahen in ihr den Vorläufer der Integrierten Gesamtschule; ins CDU-Landesprogramm von 1970 hatte sie Eingang gefunden als nicht eben originelle Konzession an den „Reform"-Geist der Zeit.

Nach dem Regierungswechsel 1976 gab sich die Union treuherzig: Sie müssen doch ihrem Programm folgen. Verärgerung unter Elternschafts-Stammwählern war die Folge. Der Ärger ist langlebig. Im Mai 1985 brachte der Oldenburger CDU-Landesparteitag das Thema mit Mühe vom Tisch: Vertagung auf Februar 1986.

Bis dahin will Kultusminister Georg-Berndt Oschatz eine Bestandsaufnahme der Orientierungsstufe vorlegen. Sicher ist, daß städtisches Bürgertum nach wie vor große Vorbehalte geltend macht, während die ländliche Bevölkerung ihre verbesserten Zugänge zu höheren Schulen tatsächlich der umstrittenen Zwischenstufe zuschreibt.

Der Wettstreit der bildungspolitischen Vor-Koalition um die besten Struktur- und Lehrpläne ist jedenfalls eröffnet. Am kommenden Wochenende hat der FDP-Landesparteitag das Wort.

Gemeinsamer Gottesdienst-Text in Ost und West

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik und der Bund der acht „DDR"-Landeskirchen haben erneut einen gemeinsamen Text für einen „Bittgottesdienst für den Frieden in der Welt" vorgelegt. Derartige übereinstimmende Texte für Friedensgottesdienste in beiden deutschen Staaten waren zum erstenmal 1980 benutzt worden. Die einheitliche Gottesdienstordnung ist besonders für die „Friedensdekade" gedacht, in der vom 10. bis 20. November vor allem in vielen mitteldeutschen Gemeinden „Friedensarbeit" geleistet wird.

Das diesjährige Motto der „DDR"-Kirchen zielt auf den Geist von Helsinki und lautet „Frieden wächst aus Gerechtigkeit". Im Vorspruch zu den einheitlichen Texten wird auf das „Wort zum Frieden" der beiden Kirchen in Deutschland vom Frühjahr 1985 verwiesen und die Passage zitiert: „Bezeugen Sie durch Ihr Leben, wie Konflikte mit anderen Menschen friedlich überwunden werden können. Helfen Sie mit, unsere Jugend zum Frieden und nicht zum Haß zu erziehen. Wehren Sie dem Aufbau von Feindbildern."

In den Texten selbst heißt es, auf die Lage in Deutschland bezogen: „Seit 40 Jahren ruhen die Waffen in unserem Land. Vieles ist zur Versöhnung geschehen. Aber Angst und Mißtrauen trennen uns. Wir sind durch mehr Waffen bedroht als je zuvor und beten um Frieden." Auszüge aus dem gemeinsamen Fürbittegebet lauten: „Wir bringen vor Dich die Nöte all derer, die auf ihr (der Erde, d. Red.) keine Ruhe und Heimat finden, denen das Nötigste zum Leben fehlt oder die krank werden an einer kranken Welt."

Der auch politisch gemeinte Gedanke der Versöhnung und Gerechtigkeit kommt in folgenden Zitaten zum Ausdruck: „... deshalb stehen wir immer wieder mit Zorn und Tränen vor aller Grausamkeit und Gewalt, Lieblosigkeit und Unterdrükkung, denen wir ausgeliefert sind, die wir mitansehen müssen und in die wir verstrickt sind. Lehre uns so miteinander leben, daß der Nächste neben uns und in der Ferne nicht um sein Recht betrogen wird. Laß uns nicht nur auf das Unsere sehen und so schuldig werden an ihm. Lehre uns die Gerechtigkeit, aus der Frieden wächst."

„Rundfunk auf Expansionskurs"

Die Befürchtungen der Verleger / Länder sollen einheitliche Mediengesetze schaffen

I. STORSBERG, Bonn

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDVZ) hat die Ministerpräsidenten der Länder aufgefordert, sich auf ihrer nächsten Konferenz endlich auf Rahmenrichtlinien für künftige Mediengesetze zu verständigen. Sie müßten die Interessen der Presse berücksichtigen.

BDVZ-Vizepräsident Eberhard Ebner sprach vor Journalisten in Bonn von Sorgen der Zeitungsverleger um die finanzielle Sicherung der Zeitung. Eine akute Gefahr wird dabei gerade auf regionaler Ebene in dem „offensiven Expansionskurs" der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Bereich der Werbung gesehen. So würden unter dem „Deckmantel der Bestands- und Entwicklungsgarantie" die Werbegrenzen überschritten, zu Lasten der Zeitungen.

Gefordert wird deshalb eine bevorzugte Beteiligung gerade der lokalen Zeitungsverlage an Funk und Fernsehen. Dem gegen eine solche Beteiligung vorgebrachten Argument des „Doppelmonopols" tritt der BDZV mit den rechtlich bestehenden Sicherungsmöglichkeiten entgegen. So bestehe die Pflicht zur neutralen und umfassenden Information. Bei Zuwiderhandlungen kämen Sanktionen wie etwa Lizenzentzug in Betracht.

Der BDVZ wendet sich gegen die auf Videotext übermittelten regionalen Nachrichten. Diese „schnellere und kostenlose Verbreitung pressespezifischer Inhalte" gefährde die lokalen Zeitungen ganz erheblich.

Die übrigen Forderungen betreffen den Zeitungsverleger in seiner Rolle als privater Rundfunkanbieter und damit als Konkurrent der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die Vereinheitlichung der Mediengesetze sei nötig, um überregionale Sendungen zu ermöglichen. So lange jedes Bundesland in wichtigen Punkten unterschiedliche Bestimmungen vorsehe, werde man diesem Ziel nicht näherkommen. Das momentan bestehende medienpolitische Patt zwischen unions- und SPD-regierten Ländern, die Uneinheitlichkeit der Zielvorstellungen im Lager der CDU/CSU sowie die Verhinderungsstrategie „starker" Kräfte in der SPD bewirkten, daß sich die öffentlich-rechtlichen Monopole verfestigten und der für private Initiativen verbleibende Raum zunehmend durch ausländische Anbieter oder große Oligopole besetzt werde. In dem Memorandum heißt es: „Trotz der grundsätzlichen Entscheidung der Ministerpräsidenten für den privaten Rundfunk bei ihrer Bremerhavener Konferenz im Oktober 1984 verzögern einige Länder die Mediengesetzgebung. In Nordrhein-Westfalen und Bremen verfolgen die Staatskanzleien eine Verschleppungstaktik. Die Regierung des Saarlandes wendet das bestehende Landesmediengesetz in wesentlichen Teilen nicht an und verweist auf eine spätere Novelle. Die hessische Landesregierung verharrt in Untätigkeit. Auch nur einigermaßen einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen für das Ländergrenzen überschreitende Medienrundfunk sind in der Bundesrepublik nicht in Sicht."

Gefordert wird weiter, die Finanzierung der für den privaten Rundfunk nötigen Aufsichtsorgane nicht dem privaten Veranstalter aufzubürden. Als Alternative wird etwa die Verlängerung des „Kabelgroschens" vorgeschlagen, der bis Ende 1986 der Finanzierung von Pilotprojekten dient.

Der BDZV weist auch auf die nach seiner Meinng ungünstige „Einspeisungsreihenfolge" hin. Er wendet sich gegen die Praxis, private Fernsehangebote auf bisher lokal begrenzte Sonderkanäle „abzuschieben".

Weizsäcker öffnet das Schloß Bellevue

Umbau für 20 Millionen Mark / Veranstaltungen von Bund, Ländern und Senat

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker „schenkt" Berlin ein neues Kleinod für Kunst und Kultur, politische Repräsentanz und dem Miteinander von Bürgern mit dem Bundespräsidenten: Für 20 Millionen Mark wird von Weizsäckers Berliner Amtssitz, das Schloß Bellevue im Tiergarten, um- und ausgebaut: „Das Haus soll künftig auch für herausragende Veranstaltungen des Bundes, der Länder und des Senats von Berlin zur Verfügung stehen", lautet von Weizsäckers Wunsch.

Inzwischen bewilligte der Haushaltsausschuß des Bundestages im Ressort von Bundesbauminister Oscar Schneider die ersten neun Millionen Mark für 1986. Sie sind gesperrt, bis – wie mit dem Bundespräsidialamt verabredet – die konkrete Bauplanung auf dem Tisch liegt. Die Arbeiten beginnen im Januar 1986. „Grundsätzlich ist alles klar: Denn es geht erstens um den Bundespräsidenten und zweitens um Berlin", sagte Ausschußvorsitzender Rudi Walther (SPD) zur WELT.

Weizsäckers Schritt hilft Berlin auf dem Wege, wieder in weltstädtischen Dimensionen zu denken, beträchtlich weiter. Denn bis auf das Hohenzollern-Schloß Charlottenburg verfügt der Westteil der Stadt über keinerlei Räumlichkeiten mit Glanz und ein wenig Glorie.

Weizsäcker stimmte deshalb Anfang September die Mitglieder des Haushaltsausschusses auch bei einem regelrechten Ortstermin in „seinem" Schloß ein. Er wies auf die „geringere historische Substanz" hin, die West-Berlin gegenüber Ost-Berlin aufweise. „Deswegen sollten wir Bellevue für das Leben in Berlin erschließen."

In der offiziellen Vorlage der Bundesbauverwaltung für die Abgeordneten heißt es deshalb: „Bundespräsident von Weizsäcker hat sich entschlossen, das Schloß für repräsentative Veranstaltungen des Senats von Berlin und der Verfassungsorgane des Bundes sowie für kulturelle Ereignisse zu öffnen. Dies soll dazu beitragen, das Schloß Bellevue und damit die Präsenz des Bundespräsidenten in Berlin stärker im Bewußtsein der Berliner Öffentlichkeit sowie der Gäste aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland zu verankern."

Der Bau am Spreeweg Nr. 1 inmitten eines weitläufigen Parks blickt auf eine bewegte Geschichte: Der jüngste Bruder des Alten Fritz, Ferdinand, ließ es sich 1785 vor den Toren der Stadt „in einfachem Styl" errichten. Bis 1918 von blaublütigen Berlinern genutzt, bot es später Raum für ein Volkskundemuseum. Die Nazis nutzten es als „Reichsgästehaus". Hier begannen die großen Aufmärsche durch das Brandenburger Tor. Im Krieg trug das Schloß beträchtliche Schäden davon. 1959 übernahm es Bundespräsident Theodor Heuss als Berliner Amtssitz. Seit dem Viermächte-Abkommen von 1971 darf das Staatsoberhaupt dort keine Amtsakte mehr vornehmen.

„In diesem Jahr hat uns Allah die Deutschen geschickt"

Zur „Woche der Welthungerhilfe" hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Bundesbürger gebeten, „das tägliche Brot zu teilen" und weiter gegen den Hunger in der Welt zu spenden. Gelegentlichen Zweifeln an einer wirksamen Verwendung der Mittel kann von Weizsäcker aus eigener Anschauung entgegentreten. Von einer kürzlichen Informationsreise in die Elendsgebiete Sudans brachte er die Erkenntnis mit: Ohne unsere Spenden wären in den letzten Monaten allein dort Tausende von Menschen einen furchtbaren Hungertod gestorben. Weizsäckers Sprecher, Friedbert Pflüger, der zu der kleinen Begleitung des Bundespräsidenten gehörte, berichtet für die WELT über die Sudan-Reise:

Von FRIEDBERT PFLÜGER

Fast 30 000 Menschen leben zusammengepfercht in notdürftigen Strohhütten, die oft aus nicht mehr bestehen, als aus vier meterhohen Stöckchen mit einem Strohdach; groß genug, daß gerade ein Mensch darunter liegen kann. Täglich sterben zehn bis fünfzehn Menschen, vier bis fünf Kinder. Überall trifft man auf Rinder- und Eselskadaver, aber niemand hat die Kraft, sie wegzuschleppen. Tierleichen schwimmen auch in einem kleinen, von Pinien umgebenen Tümpel, aus dem die Menschen das verseuchte Wasser schöpfen, um trinken zu können. Amöbenruhr, Typhus und Bilharziose drohen; über allem aber steht die beißende Qual des Hungers, welcher die ausgemergelten Körper peinigt. Hungermale und aufgedunsene Bäuche zeugen von der Not der Kinder, deren Gesichter merkwürdig greisenhaft wirken. So sah es zu Beginn dieses Jahres im Lager Assarnie aus, 25 km von El Geneina entfernt in der Provinz Darfur, ganz im Westen des Sudan. Damals begannen die Helfer des Komitees Deutscher Notärzte und der Welthungerhilfe mit ihrer Arbeit. Die Aufmerksamkeit der Welt lag damals auf der Hungersnot in Äthiopien, bei uns sammelten die Hilfsorganisationen Spenden, vor allem am „Tag für Afrika", dem 23. Januar. Von der himmelschreienden Not in Sudan wußte zu dieser Zeit kaum jemand.

Wenige Monate später besucht Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Lager. Er war in einer Bundeswehrmaschine, die Hilfsgüter nach Sudan transportierte, zu einer Informationsreise in das Elendsgbiet geflogen, um sich vor Ort ein Bild von der Wirksamkeit der Verwendung deutscher Spendenmittel zu machen. Richard von Weizsäcker hatte großen Wert darauf gelegt, daß sein Besuch in Sudan nicht zu einem Staatsbesuch aufgewertet würde, auf großen protokollarischen Aufwand sollte verzichtet werden, die Begleitung sollte auf das Minimum beschränkt bleiben, große Essen und Empfänge müßten unter allen Umständen vermieden werden und überhaupt sollte niemand sich größere Umstände machen.

In Assarnie bietet sich dem Präsidenten ein wesentlich anderes Bild als den Hungerhelfern im Frühjahr. Die Zahl der Lagerinsassen hat sich um mehr als die Hälfte verringert, viele Bewohner sind nach den Regenfällen im Juni/Juli – angeleitet von deutschen Helfern – wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt, in der Hoffnung, auf ihren Feldern nach Jahren der Dürre endlich wieder ernten zu können.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker FOTO: WERNER SCHÜRING

Die meisten verbliebenen Lagerinsassen sehen inzwischen wieder gesund aus, fröhlich lachend und winkend begrüßen sie die Jeeps, die den „Rais-al-Almania" nach zweieinhalbstündiger Fahrt über Wüstenpisten in das Lager brachten. Im ersten Zelt ist die Krankenstation von Assarnie untergebracht. Hier liegen die Kranken auf Notbetten, hundert Patienten müssen täglich versorgt werden. Die deutschen Notärzte müssen viel improvisieren, aber mittlerweile gibt es immerhin die wichtigsten Instrumente und Medikamente.

Im benachbarten Zelt befindet sich ein sogenanntes „feeding-center". Hier versammeln sich die Menschen zur Nahrungsausgabe. Viele sind erst vor kurzem aus Tschad, wo ein grausiger Bürgerkrieg tobt, in dieses Lager geflohen. Sie sind noch merklich vom Hunger gezeichnet. Aber hier erhalten sie nun fünfmal am Tag Milch und nahrhaften Hirsebrei. Immer wieder bittet der Bundespräsident darum, mit einzelnen Familien allein sprechen zu können, ohne Begleiter, Journalisten und Fotographen. Nur manchmal gelingt es wirklich.

Daß die Menschen in Assarnie noch leben und weiter leben können, das verdanken sie der Hilfe aus Europa, nicht zuletzt den vielen Spendern in der Bundesrepublik, die es möglich machten, daß Nahrungsmittel nach Sudan kamen. Von Khartum, der Hauptstadt des Landes, fliegt die Luftwaffe der Bundeswehr täglich 36 Tonnen Weizen, Sojabohnen, Milchpulver, Medikamente und andere Hilfsgüter nach El Geneina. Voll beladene Lastwagen kommen nach tagelangen Fahrten über staubige Wüstenpisten aus Port Sudan und Kamerun in das Elendsgebiet. In El Geneina wird das Gut von Jeeps und Unimogs, aber auch auf Kamelen bis in die abgelegensten Ortschaften transportiert, auch in das Lager Assarnie.

Zwar hat die Hilfe aus Europa die materielle Grundlage der Hilfe gelegt, aber ohne das Engagement der zumeist jungen Freiwilligen der Hilfswerke wäre hier gar nichts möglich gewesen. Mit wenig Mitteln und zumeist wenig Erfahrung haben sie in wenigen Monaten eine beeindruckende Infrastruktur der Hungerhilfe aufgebaut. Weizsäcker äußert sich immer wieder tief beeindruckt von den jungen Leuten, die soviel leisten.

Am Abend laden sie Richard von Weizsäcker zu sich ein. Und dann erzählen die freiwilligen Helfer dem Präsidenten von ihrer Arbeit und den Alltagsproblemen. Nie könne man „linear planen", immer gebe es neue Entwicklungen und neue Probleme, die man mit neuen Methoden bewältigen müsse. Jeder sei auf sich gestellt und müsse ständig improvisiere. Als man sich gegen zwölf Uhr trennt, ist sich Weizsäcker darüber im klaren: Er will die Deuschen bitten, die Arbeit dieser „fabelhaften" jungen Leute weiter zu unterstützen. Auf der Autofahrt in unser einfaches Nachtquartier sagt er zu mir: „Die Eindrücke dieses Tags werde ich nie vergessen."

Es ist dringend nötig, daß seine Botschaft bei uns verstanden wird, und die Hilfsleistungen fortgesetzt werden können. Zwar hat es im Juni und Juli in der Gegend geregnet, immerhin 340 mm (Vorjahre: 90 mm), aber die Ernte wird doch nur ca. 30 Prozent dessen betragen, was in guten Jahren möglich und in diesen Monaten bitter nötig wäre. Ganze Hirsefelder sind von Schädlingen befallen: Raupen vernichten die Frucht, ehe geerntet werden kann.

Das Grün in der Gegend von El Geneina ist trügerisch, schon bald werden die Felder wieder ausgedörrt in der Hitze stehen, wird die braungelbe Einöde der Wüste weiter vordringen und die Erntehoffnungen als Illusion entlarven. Das Elend ist noch nicht gebannt. 70 km südlich von Assarnie gibt es bereits heute ein neues Notlager: Beida, in das täglich hunderte von Flüchtlingen aus Tschad eintreffen. Ohne Begleitung besuchte es der Bundespräsident und kehrte erschüttert zurück. In Beida herrschen Hunger, Seuchen und Tod, die Hilfe ist erst angelaufen.

Mit der Katastrophenhilfe aber muß die „Hilfe zur Selbsthilfe" verbunden werden. Auch hier hat die Welthungerhilfe, unterstützt vom Land Niedersachsen, bereits wichtige Grundsteine gelegt. Im „Projektgebiet Sileah" nördlich von El Geneina an der Grenze zu Tschad sind in mehreren Orten Nahrungsmittel-Verteilerstellen errichtet worden, die z. B. in Koulbous 22 000 Menschen, in Sirba 12 000 Menschen versorgen. Das Ziel dieser dezentralen Maßnahme: die Menschen sollen in ihren Dörfern bleiben und nicht ihre Felder verlassen, um die Hungerlager zu überfüllen. Brunnenbohrungen vor Ort und die Organisation der Nahrungsverteilung durch örtliche „Komitees" von Einheimischen sollen nach und nach die Verantwortung für die Versorgung in die Hände der Sudanesen selbst legen. Noch aber ist dieses Ziel – vor allem wegen der schlechten Ernteaussichten – in weiter Ferne.

Dennoch werben die Helfer gegenüber von Weizsäcker immer wieder für die Durchführung von „gemeindeorientierten Kleinprojekten". Warum können nicht Bundesländer, Städte und Gemeinden unter fachlicher Anleitung „Patenschaften" zu Dörfern und Regionen in der Dritten Welt eingehen, ähnlich wie dies das Land Niedersachsen im Sudan getan hat?

Die Hilfe hat positiv gewirkt. Sie darf nicht abreißen. Neue Wege zur Selbsthilfe müssen die Hungerhilfe ergänzen. Das Bewußtsein für diese Themen schärfen zu helfen, war der politische Grund des Informationsbesuches des Bundespräsidenten. „Allah hat uns wieder nicht genug Regen geschenkt, dafür aber in diesem Jahr die Deutschen", erklärt ein Sudanese. Und im nächsten Jahr?



„Eine Brücke zwischen den Armen und Reichen“

US-Bischöfe legen neuen Wirtschafts-Hirtenbrief vor

FRITZ WIRTH, Washington

Seit fünf Jahren quält sich die katholische Kirche der USA mit einem Hirtenbrief über die „Katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“ herum. Das Unternehmen gedieh zu einem Problemfall. Der erste Entwurf, der im letzten November vorgelegt wurde, stieß auf harte Kritik innerhalb der Kirche und in konservativen Kreisen. Einige Kritiker interpretierten ihn als einen „Frontalangriff gegen den Kapitalismus“.

Ursprünglich war geplant, diesen Entwurf ein Jahr lang zu diskutieren und ihn dann auf der jährlichen Bischofskonferenz im kommenden Monat von den 280 katholischen Bischöfen verabschieden zu lassen. Würden dabei 80 Prozent der Bischöfe diesen Entwurf billigen, würde er zur offiziellen Lehrmeinung der katholischen Kirche in den USA.

Indes, die Kritik und das Unbehagen an diesem Entwurf waren so groß, daß man beschloß, einen zweiten Entwurf vorzulegen. Das ist in dieser Woche geschehen. Die endgültige Entscheidung darüber wird spätestens im November 1986 fallen. Der Hauptunterschied zum ersten Entwurf liegt im formalen Bereich. Selbst den Bischöfen wohlgesonnene Kritiker fanden ihn zu gesprächig, verschwommen und überladen mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachdidaktik. Die Folge: Der Hirtenbrief war den meisten katholischen Laien unverständlich und fand praktisch kein Echo. Die von den Bischöfen erhoffte öffentliche Debatte blieb aus.

Die neue Fassung wurde folglich von 60 000 auf 40 000 Wörter gekürzt. Außerdem bedienen sich ihre Verfasser weniger wirtschaftstheoretischer Argumente und nehmen stärker Bezug auf Bibelworte denn auf Wall-Street-Jargon und wirtschaftstheoretische Lehrmeinungen. In der Sache bemühte man sich vor allem um sozialpolitische Gleichgewichtigkeit. Dem ersten Entwurf war angelastet worden, daß die Autoren bei ihrem Bemühen, die Sache der Armen und Unterprivilegierten zu vertreten, Schuldgefühle beim amerikanischen Mittelstand geweckt haben und damit Betroffenheit bei einem großen Teil der Gläubigen der katholischen Kirche ausgelöst hätten, die mit 50 Millionen Mitgliedern die größte Glaubensgemeinschaft der USA ist.

Der zweite Entwurf versucht, diesem Vorwurf zu begegnen. Bischof Weakland, der für die Abfassung des Hirtenbriefes verantwortlich ist, erklärte: „Wir versuchen in diesem zweiten Entwurf eine Brücke der Verantwortlichkeit zwischen den Armen, der Mittelklasse und den Reichen zu bauen.“ In seiner Grundhaltung aber ist der zweite Entwurf mit seiner Kritik am amerikanischen Wirtschafts- und Sozialsystem kaum weniger aggressiv als der erste.

Die Bischöfe bezeichnen den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit in den USA als „moralisch unakzeptabel“, obwohl er mit sieben Prozent deutlich unterhalb des Standes einiger westeuropäischer Industrieländer liegt. „Wir dürfen uns nicht mit dieser Arbeitslosenrate abfinden und resignierend feststellen, das sei das Beste, was unsere Gesellschaft für die Armen und Unbeschäftigten tun könne“, warnen die Bischöfe.

Nach einer amtlichen Statistik der Reagan-Administration lebten im Jahre 1984 33,7 Millionen amerikanische Bürger, das sind 14,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, die von einem Jahreseinkommen von 10 609 Dollar bestimmt wird. Die Zahl von 14,4 Prozent stellt einen Rückgang von 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr dar.

Die Bischöfe fordern die Reagan-Administration auf, „größere Anstrengungen zu unternehmen, Vollbeschäftigung in den USA zu erreichen“. Zugleich kritisieren sie den Einfluß der Verteidigungsausgaben auf die Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wird eine neue Ordnung gefordert, die garantieren soll, „daß im wirtschaftlichen Bereich Minimalbedingungen der menschlichen Würde für jedermann eingehalten werden“.

Die Bischöfe stellen ferner das Recht am Eigentum heraus, fügen jedoch hinzu, daß dies kein absolutes Recht sei. Bischof Weakland betonte mit Nachdruck: „Wir fordern nicht die Abschaffung und Überwindung des Kapitalismus, wie uns von Kritikern unterstellt worden ist, wir kämpfen für die Verbesserung dieses Systems und für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“. Die Reagan-Administration hat den neuen Entwurf des Hirtenbriefes bisher ebenso kommentarlos zur Kenntnis genommen wie die Urfassung.

Zum Parteitag weht der Führung der Tories scharfer Wind ins Gesicht

Von REINER GATERMANN

Der heute in Blackpool beginnende Jahreskongreß der Konservativen Partei sieht sich nicht nur mit den für sie negativen Ergebnissen der Meinungsumfragen, dem Problem der hohen Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Unruhe im Fußvolk der Partei konfrontiert. Zeitlich perfekt abgepaßt veröffentlicht ab heute der „Mirror“ auch die „Memoiren“ der Sara Keays und droht mit Enthüllungen, die für Margaret Thatcher, Regierungschefin und Führerin der Konservativen, „sehr unangenehm“ sein sollen.

Der Eintags-Verleger Graham Lea – er wird nach eigener Aussage nach der Veröffentlichung des über 300 Seiten starken Keays-Buches „Eine Frage der Beurteilung“ diese Branche wieder verlassen – erklärte frank und frei, für Miss Keays (37) sei der Zeitpunkt der Veröffentlichung wichtiger gewesen als der Preis. „Sie bestand darauf, daß die Zeitungsserie genau vor oder während des Tory-Kongresses beginnt.“ Am Sonntag unterschrieb sie den Vertrag mit dem „Mirror“ über – so heißt es in Gerüchten – gut 400 000 Mark.



Plauderte Cecil Parkinson (l.) Geheimnisse des Falkland-Kriegs aus? Sara Keays (r.) droht wieder mit Enthüllungen FOTOS: DPA

Sara Keays ist für die Konservativen und vor allem für deren früheren Parteivorsitzenden und Industrieminister Cecil Parkinson seit langem keine Unbekannte mehr. Zwölf Jahre lang war sie nicht nur Parkinsons Sekretärin, sondern auch seine Geliebte. Vor genau zwei Jahren erzählte sie der „Times“, daß sie ein Kind von Parkinson erwarte, dieser sein Versprechen, sich scheiden zu lassen um sie zu heiraten, aber nicht einhalten wolle. Parkinson sah auf dem Kongreß 1983 keinen Ausweg mehr, als seinen Rücktritt zu erklären.

Nachträglich muß man jetzt auch sagen, daß Frau Thatcher vor ein paar Wochen gut beraten war, als sie – eigentlich gegen ihren Wunsch – von einer Wiederberufung Parkinsons ins Kabinett absah. Denn gleichgültig, was Sara Keays nun zu enthüllen gedenkt, er wäre erneut zu einer Belastung für die Regierung geworden. Auch ohne dies macht die rachsüchtige Frau es der Konservativen Partei schon schwer genug, falls die derzeit kursierenden Gerüchte zutreffen, wonach sie behauptet, Frau Thatcher habe die Abtreibung des Kindes empfohlen und Parkinson habe ihr auch Kabinettinternas aus der Zeit des Falkland-Krieges anvertraut, was ein Bruch der Geheimhaltungs-Bestimmungen wäre.

Die Tories stehen auf ihrem diesjährigen Kongreß auch aus anderen Gründen auf schwierigem Posten. Das Arbeitslosenproblem, das ohne Zweifel zur Schlüsselfrage des nächsten Wahlkampfes wird, wächst weiter, die Wirtschaftskonjunktur nähert sich schnell ihrem Gipfel, und im Fußvolk der Partei nimmt die Unzufriedenheit mit der Spitze zu, weil diese den Kontakt zur Basis verloren habe. Hinzu kommen die negativen Ergebnisse der Meinungsumfragen, die Frau Thatcher derzeit allerdings nicht allzu sehr beunruhigen sollten, denn sie springen auf und ab wie ein Jo-Jo, stark beeinflußt von den jeweiligen Parteitagen.

Noch vor einer Woche lag Labour-Führer Neil Kinnock in der Beliebtheitsskala an letzter Stelle. Jetzt, nach seinen beiden imponierenden Kongreßreden, führt er haushoch. Die sozialdemokratisch-liberale Allianz, vor gut einer Woche weit an der Spitze, soll inzwischen wieder auf Platz drei zurückgefallen sein.

Beunruhigen sollte Frau Thatcher dagegen die Tatsache, daß sowohl die beiden Allianz-Partner als auch Labour außerordentlich erfolgreiche Parteitage hinter sich haben, und auf ihr nun die Erwartung ruht, ihren Delegierten und der großen Masse vor dem Bildschirm zumindest Gleichwertiges bieten zu müssen. Ihre Erklärung, die schlechte Präsentation der Kabinettsarbeit sei hauptsächlich für das negative Image verantwortlich, zieht kaum mehr. Ihr konservativer Vorgänger an der Parteispitze und in 10 Downing Street, Edward Heath, betonte gestern vormittag im Fernsehen, die Regierung mache es sich zu einfach, alles mit der mangelnden Selbstdarstellung zu begründen, sie müsse einsehen, daß es tiefere Gründe gibt und die Probleme mit anderen Mitteln gelöst werden müßten. Die Sache der Selbstdarstellung wird zudem nicht besser durch die Tatsache, daß die beiden seit kurzem dafür Hauptverantwortlichen, Parteivorsitzender Norman Tebbit und sein Stellvertreter, Bestseller-Autor Jeffrey Archer, gleich bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt in einer Sachfrage, Arbeitslosigkeit, konträre Auffassungen verkündeten.

Es ist genau ein Jahr her, daß die irischen IRA-Terroristen ihr Konferenzhotel in Brighton in die Luft sprengten. Fünf Personen, darunter enge Mitarbeiter der Premierministerin, kamen ums Leben. Als Folge dieses Attentats erlebt Großbritannien jetzt in Blackpool die schärfsten Sicherheitsvorkehrungen in Friedenszeit. Frau Thatcher wohnt an geheimem Ort auf dem Land, sie wird mit dem Hubschrauber ein- und ausgeflogen. Kein Hotelmanager weiß, welche Prominenz bei ihm einzieht, zudem wird sie ständig Zimmer und Hotel wechseln. Auf dem Wasser zwischen der Stadt und dem gegenüberliegenden Irland hat die Küstenwacht ihre Aufsicht erheblich ausgebaut. Den Konferenzort erreicht niemand, ohne mehrfach überprüft worden zu sein. Über Blackpool liegt der Schatten von Brighton.

Albanien verstärkt die Kontakte zur Außenwelt

Signale für „Todfeind“ Jugoslawien / Besuche aus dem Westen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wenige Monate nach dem Tode des langjährigen Parteichefs Enver Hodscha beginnen seine Nachfolger eine vorsichtige Politik der Öffnung nicht nur gegenüber Westeuropa, sondern offenbar auch gegenüber dem bisherigen „Todfeind“ Jugoslawien.

So erhielt erstmals seit langer Zeit wieder ein jugoslawischer Journalist ein Einreisevisum nach Albanien. Die populäre serbische Wochenzeitschrift „Nin“ druckte seine kritischen, aber keineswegs böswilligen Berichte über das geheimnisvolle Land. Gleichzeitig gab es von albanischer Seite eine Geste, die als sensationell und ebenfalls folgenschwer bezeichnet werden kann: Tirana lieferte zwei politische Flüchtlinge – es handelte sich um jugoslawische Staatsbürger albanischer Nationalität – an die jugoslawischen Behörden aus. Die beiden Kosovo-Albaner waren wegen versuchter Sprengstoffanschläge in Pristina von einem jugoslawischen Gericht zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Mit Hilfe ihrer Kosovo-Landsleute gelang ihnen die Flucht aus einem jugoslawischen Gefängnis nach Albanien. Daß sie nun von ihren Brüdern „drüben“ nicht als Märtyrer begrüßt, sondern den „Titoisten“ und „Revisionisten“ prompt zurückgestellt wurden, läßt zweierlei Schlüsse zu: Erstens ist den Nachfolgern Hodschas offenbar nicht daran gelegen, daß durch eine Massenflucht von Kosovo-Albanern ins „albanische Albanien“ sich rebellischer Geist im Lande ausbreitet – denn der könnte sich schließlich auch gegen das Regime in Tirana richten. Zum anderen scheint sich zu bestätigen, daß die Nachfolger Hodschas – die anders als der verstorbene Parteichef nicht mit persönlichen Ressentiments gegenüber Tito und den Jugoslawen belastet sind – den bitteren ideologischen Streit mit Belgrad zwar nicht ganz beilegen, aber auf „kleiner Flamme“ halten wollten.

Denn wenn sich Albanien gegenüber Westeuropa wirklich öffnen will, genügt nicht der Kontakt zum geographisch eher abseits gelegenen Griechenland. Der Weg nach Westeuropa führt nun einmal für Tirana geographisch über Jugoslawien. Von großer Bedeutung ist in dieser Hinsicht der in nächster Zukunft bevorstehende Anschluß Albaniens an das europäische Eisenbahnnetz. Albanien, das bisher nur über eine einzige Bahnstrecke vom Adria-Hafen Durres (Durazzo) nach Tirana verfügte, hat den Bau der Bahnlinie von Tirana über Shkoder (Skutari) bis zur jugoslawischen Grenze bereits fertiggestellt. Zur Zeit arbeiten die Jugoslawen an den letzten fünf Kilometern zwischen Titograd und Bozaj, dem künftigen jugoslawischen Grenzbahnhof. Auf jugoslawischer Seite werden bereits die Signalanlagen montiert.

Ramiz Alia, der neue albanische KP-Chef, sieht die Notwendigkeit, seiner Industrie den Anschluß an die technologische Revolution zu ermöglichen. So wurde im September der Staatssekretär im Pariser Außenministerium, Jean-Michel Baylet, in Tirana sehr freundlich empfangen. Albanien unterhält zu Frankreich, Italien, Österreich und anderen westeuropäischen Staaten diplomatische Beziehungen. Zur Bundesrepublik bestehen keine offiziellen Beziehungen. Immerhin aber war jüngst der Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, Georg von Waldenfels, in Albanien zu Gast und konferierte dort mit dem Chef der Westeuropa-Abteilung des albanischen Außenamts sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Manush Myftiu. Noch zu Hodschas Lebzeiten war der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß als politischer Tourist einige Tage lang in Tirana.

Die albanischen Kommunisten wollen sich offenbar von der Sowjetunion möglichst fernhalten. Auch von den USA wollen sie nichts wissen. Aber auf die westliche – in diesem Falle westeuropäische und vor allem deutsche Technologie können sie nicht verzichten, wenn sie ihren Staat konkurrenz- und lebensfähig erhalten wollen. Hodscha hatte geglaubt, durch Reparationsforderungen an Bonn an das „große Geld“ und die dringend benötigten Technologien heranzukommen. Als das nicht funktionierte, weil Bonn nicht den Albanern zuliebe das Londoner Schuldenabkommen über den Haufen werfen kann, war der alte Parteichef nicht mehr flexibel genug, um in Verhandlungen eine Formel zu finden, die sowohl den albanischen wie den deutschen Interessen Rechnung trägt. Es sieht so aus, als ob sein Nachfolger Alia hier flexibler reagiert.

Reformpläne der Regierung zum Scheidungsrecht stehen auf dem Prüfstand des Familiengerichtstags

Engelhard: Ängste werden ausgeräumt

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Um größere Verständlichkeit seiner Reformkonzeption des Scheidungsfolgenrechtes will sich Bundesjustizminister Hans Engelhard bemühen. In einem Gespräch mit der WELT kündigte er „klarstellende Umformulierungen" in der Gesetzesvorlage der Bundesregierung zum Unterhaltsrecht an, wies aber mit Blick auf den morgen beginnenden Familiengerichtstag zugleich darauf hin, daß es in der Sache trotz teilweise massiver Kritik von Seiten der juristischen Fachverbände keine substantielle Änderung der christlich-liberalen Pläne geben werde.

Darüber hinaus werde die Härtenovelle zum Versorgungsausgleich, die bis 1986 befristet ist, bis 1994 verlängert und in „wichtigen Punkten deutlich verbessert." Das „Provisorium" habe sich bewährt und auch nicht die befürchteten Kosten gezeitigt. „Daher macht der Arbeitsminister mit". Verbesserungen werde es insbesondere beim schuldrechtlichen Versorgungsausgleich geben: Nach dem Tode des Verpflichteten solle der Berechtigte in der Regel Leistungen vom Versorgungsträger erhalten. Dadurch werde vor allem der Ausgleich von Betriebsrenten verbessert. Auch sei vorgesehen, daß gerichtliche Entscheidungen über den Versorgungsausgleich unter bestimmten Voraussetzungen geändert werden können.

Hinsichtlich der Streitpunkte des Unterhaltsrechts vertrat Engelhard gegenüber der WELT die Auffassung, bei den Verbänden – vom Deutschen Anwaltverein über den Juristinnenbund bis zum Deutschen Richterbund – sei wohl nicht klar angekommen, was er eigentlich beabsichtige, es gäbe eine „ganze Landschaft von Mißverständnissen". Daher gehe es jetzt „weniger darum, in der Sache große Veränderungen vorzunehmen, sondern man muß das, was man nach wie vor für richtig hält, anders ausdrücken, um falsche Interpretationen zu vermeiden". Als einen der Punkte des Mißverständnisses nannte der Minister die vorgesehene Möglichkeit, den Unterhaltsanspruch aus Gründen der Billigkeit generell zu reduzieren. Diese Befürchtungen „des weiblichen Teils der Bevölkerung" seien unbegründet.

Einschränkungen gegenüber dem geltenden Recht seien ohnehin nur beim Unterhalt wegen Arbeitslosigkeit und bei der Bemessung der Höhe des Unterhalts nach den ehelichen Lebensverhältnissen vorgesehen. Um aber auch insoweit „Ängste auszuräumen", trete er dafür ein, im Gesetzestext anders zu formulieren: Nicht mehr Unterhaltsreduzierung oder -befristung, wenn dies „billig" sei, sondern nur wenn die Fortzahlung „unbillig" sei. Hierbei (§§ 1573, 1578 BGB) spielten Verfehlungstatbestände keine Rolle. Die gegenteilige Annahme sei ein Mißverständnis.

Bei Fehlverhalten bleibe es bei der geltenden Regelung (des § 1579 BGB) „und damit Schluß". Auch die von vielen geforderte „Konkubinatsklausel" werde es nicht geben.

Neu geregelt werde dagegen die Schutzklausel für die Frauen, die Kinder zu erziehen haben. Hier gebe es eine klare Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts, nicht jede Unterhaltsreduzierung auszuschließen. „Hier müssen wir eine Formulierung finden." Mindest- oder Höchstsätze werde es allerdings nicht geben. Er lehnte auch die Forderung ab, die zweite Frau gegenüber der geschiedenen, jedenfalls wenn sie Kinder bekommt, stärker zu schützen.

Trotz des Widerspruches vieler Verbände werde es eine Übergangsregelung geben. „Wir werden uns aber bemühen, die Schleusen für eine Wiederaufnahme von Scheidungsverfahren nicht zu weit zu öffnen."

Der Minister rechnet mit einer „raschen abschließenden Formulierung" der Reform, die in jedem Fall „noch in dieser Legislaturperiode" Gesetz werden soll.

Richter: Frauen droht Absturz in die Fürsorge

hhh, Brühl

„Sicherlich keine hohen Wellen wird auf dem Familiengerichtstag die Begeisterung über die Reformpläne des Bundesjustizministers schlagen." Dies erklärte der Vorsitzende des Deutschen Familiengerichtstages, der Brühler Amtsgerichtsdirektor Siegfried Willutzki in einem Gespräch mit der WELT. Nach seiner Auffassung ist das Anliegen, die Eherechtsreform des Jahres 1977 zu „korrigieren, berechtigt". Was aber bislang an Plänen vorliege, sei eher eine „Verschlimmbesserung" als eine „Befriedigung des Anliegens".

Ab morgen werden in Brühl Familienrechtler aus der Bundesrepublik nach Lösungsmöglichkeiten für die Problemfälle des geltenden Rechts suchen. Grund für das Unbehagen am heute gültigen Scheidungsfolgenrecht ist nach Willutzkis Auffassung, daß der als Regelfall gedachte Tatbestand der wirtschaftlichen Eigenverantwortung die Ausnahme ist. Das hänge damit zusammen, daß man bei der 77er Reform immer von einem Arbeitsmarkt ausgegangen sei, der in der Lage sein würde, „Frauen auch nach einer längeren Hausfrauenehe ohne weiteres wieder in das Berufsleben integrieren zu können". Diese Erwartung habe sich überhaupt nicht erfüllt. Die Belastung geschiedener Männer mit Unterhaltsverpflichtungen sei ein „arbeitsmarktpolitisches Ventil", das zu Recht kritisiert würde.

Daher sei der Ansatzpunkt, Unterhaltsansprüche orientiert an der Dauer der Ehe zeitlich zu beschränken, „durchaus sinnvoll und vernünftig". Die Frage sei jedoch, so Willutzki, „ob es sich ein verantwortungsbewußter Gesetzgeber leisten kann, diese familienrechtich sinnvolle Lösung durchzusetzen, ohne sich vorher Gedanken zu machen über ihre sozialpolitischen Auswirkungen". Es sei bedenklich, daß die Frau aus der Unterhaltsberechtigung in die Fürsorge der Sozialhilfe abstürze oder ihrer „Herkunftsfamilie" zur Last falle.

Willutzki kritisierte in dem Gespräch mit der WELT entschieden „die sehr weit gefaßten Billigkeitsklauseln" für eine Reduzierung des Unterhalts im jetzigen Entwurf.

Der Richter empfahl dem Gesetzgeber, künftigen Eheleuten nicht nur ein „Fallmuster" hinsichtlich ihrer Rechtsbeziehungen anzubieten. „Man muß die Frage stellen, ob der Gesetzgeber nicht gut daran täte, hier stärker zu differenzieren." Deutlich werde der Nachteil der bestehenden Regelung beim Aufstockungsunterhalt.

„Es ist halt ein Unterschied, ob während der Ehe nur einer Hausfrau gespielt hat und der andere der Alleinverdiener war, oder ob die sogenannte Zuverdienerehe geführt worden ist, oder ob es sich um eine Doppelverdienerehe gehandelt hat, bei der beide sich die Lasten des Haushalts geteilt haben und beide von ihren ursprünglichen Berufsvorstellungen in der Ehe überhaupt nicht abgewichen sind und kein Karriereknick durch die Ehe eingetreten ist." In diesen Fällen sei „der Aufstockungsunterhalt mit der Beteiligung des geringer Verdienenden am höheren Verdienst des anderen Ehepartners völlig unangebracht".

Der Vorsitzende des Famliengerichtstages plädierte für eine grundlegende Diskussion des ganzen Unterhaltsrechts. Die gegenwärtige Situation sei einfach nicht mehr finanzierbar. „Es ist mir von allen Famlienrichterkollegen bestätigt worden, daß wir etwa bei 80 bis 85 Prozent unserer Fälle von einem Famliennettoeinkommen zwischen 1500 und 2500 Mark auszugehen haben. Dann brauchen wir uns nur die Mindestbedarfssätze der Düsseldorfer Tabelle anzusehen, um festzustellen, daß man schon bei einem oder zwei Kindern nicht mehr hinkommt. Der Weg in die öffentliche Unterstützung ist beim Auseinandergehen der Ehe schon vorprogrammiert."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel 0228/30 41, Telex 8 85 714

Brandt in Ost-Berlin

„Honecker stellt Erleichterung im Reiseverkehr in Aussicht"; WELT vom 28. September

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß es diplomatisch und damit auch politisch gesehen nicht in Ordnung war, daß der SPD-Bundesvorsitzende Brandt wie „ein beauftragtes Regierungsmitglied aus Bonn" beim SED-Chef Honecker vorgesprochen hat und glauben konnte, „echte menschliche Erleichterungen" versprochen zu bekommen, obwohl er wissen mußte, daß solche – wie sie bisher allein zwischen den jeweiligen Regierungen ausgehandelt wurden – später meistens jedoch leider von Ost-Berlin nicht voll eingehalten bzw. anders ausgelegt und schließlich nur auf einige unbedeutende Dinge beschränkt worden sind, zumal es sich hier scheinbar nur um solche für unsere Landsleute drüben handeln soll, denen doch in dieser Hinsicht immer schon von der SED-Führung besondere Schwierigkeiten gemacht worden sind.

Es braucht übrigens nicht immer wieder lange über die Erhaltung des Friedens und damit der Sicherheit allgemein gesprochen zu werden, da dies eigentlich doch für jede Nation, für jede Regierung und für jeden Bürger selbstverständlich sein sollte. Dafür aber werden die vom Osten erfundenen und nur seinem Interesse dienenden chemiewaffen- und atomwaffenfreien Zonen nicht benötigt, zumal diese jetzt ja dennoch nicht gesichert wären.

Als viel wichtiger muß dazu gesehen werden, daß nun endlich im Osten und Westen wenigstens die Aufrüstung allgemein beendet wird, besonders eine solche Aufrüstung mit Atomraketen, genauestens nach sämtlichen nuklearen Lang- und Mittelstreckenwaffen spezifiziert, da der Kreml nichts ohne Hintergedanken macht, so daß schließlich keine Auslegung zum Nachteil für den Westen möglich ist.

Dann müßte die Abrüstung auf ein wirklich überprüfbares höchstmöglich niedriges Maß eines ausgewogenen Gleichgewichts herbeigeführt werden, das heißt, eine Abrüstung bzw. Nichtaufrüstung nicht immer nur einseitig vom Westen erwartet werden, zumal die Sowjets das Wort „verschrotten" in ihrem Sprachgebrauch nicht kennen wollen.

Die geplanten Reisen nach Polen und in andere Ostblockstaaten könnte Brandt sich meines Erachtens ersparen, da dabei doch nur ein ähnlicher „Worte"-Text wie im Abschluß-Kommuniqué bei Honecker herauskommen wird. Glaubt die SPD etwa ernstlich, mit solchen überflüssigen Reisen schon einen wirksamen Bundestags-Vorwahlkampf bestreiten zu können?

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Blitztelegramm des AA

„Auswärtiges Amt hält an Rühes Äußerungen fest"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Ihrem obigen Bericht hat der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger, am 27. Februar dieses Jahres erklärt, daß weder die Fraktion noch die Regierung sich die Äußerungen des Herrn Rühe zu eigen machten.

Ungeachtet dessen berichtet die WELT jedoch am 1. Oktober, das Auswärtige Amt habe gestern nicht bestätigen können, daß seine Anweisungen an eine Reihe diplomatischer Vertretungen im Ausland, bezugnehmend auf die Äußerungen Rühes, widerrufen worden seien. Dabei fällt besonders auf, daß es in den mit Blitztelegrammen – so eilig hatte es Herr Genscher! – übermittelten Anweisungen heißt, der Bundeskanzler habe „ausdrücklich" festgestellt, „daß Rühe seine, des Kanzlers Position aus der Sicht der Union dargestellt habe".

Falls der Sachverhalt richtig dargestellt worden ist, sehe ich einen Widerspruch zwischen der erwähnten Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Dregger und der vom Auswärtigen Amt behaupteten Billigung der Äußerungen Rühes hinsichtlich der „politischen Bindungswirkung" der Ostverträge. Vielleicht könnte der Sprecher der Bundesregierung diesen Widerspruch einmal aufklären.

Wenn der erwähnte Bericht vom 1. Oktober stimmt, zeigt sich wieder einmal mehr, daß Herr Genscher und mit ihm Teile der FDP hinsichtlich der vom Auswärtigen Amt betriebenen Politik sich nach wie vor in der sozialliberalen Koalition befinden und in deren Kontinuität stehen, wie es ja auch an der Aufforderung des Herrn Ronneburger zur Aufnahme von Kontakten des Deutschen Bundestages zur Volkskammer der „DDR" abzulesen ist.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß die Äußerungen Rühes völkerrechtlich in hohem Maße bedenklich sind und einem künftigen gesamtdeutschen Souverän bereits jetzt völlig unnötige Fesseln anlegen.

Darüber hinaus bedeuten Rühes Äußerungen in Verbindung mit der Weisung Genschers an die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland einen Affront gegen die Heimatvertriebenen.

Die Unionsparteien brauchen dieses Wählerpotential bei der Bundestagswahl dringend, wenn wir nicht im rot-grünen Chaos versinken wollen. Es wäre auch unter diesem Gesichtspunkt äußerst wünschenswert, daß die Außenpolitik der Bundesregierung im Einklang mit der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU vom 27. Februar 1985 stehen würde.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht von Kalm,
Bonn 1

Egozentrisch

„Unmut über Haltung der FDP zu SDI"; WELT vom 2. Oktober

Die Wähler fragen sich des öfteren, weiß die FDP überhaupt noch was sie will? Erst haben die egozentrischen Herren der FDP der SPD das Genick gebrochen und jetzt machen sie wieder dasselbe noch einmal mit der CDU/CSU und das kurz vor der Bundestagswahl 1987. Die CDU/CSU muß versuchen, die nächsten Wahlen mit absoluter Mehrheit zu gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Hugo Bethke,
Ludwigshafen

BGH-Zitat

„Das Problem der Patienten, nach Arzt-Fehlern ihr Recht zu bekommen"; WELT vom 24. September

In Ihrem Tagungsbericht bringen Sie folgendes Zitat einer BGH-Entscheidung, das schon beim Lesen das Mißtrauen praktizierender Juristen erregen mußte:

„Beim Lesen und Würdigen von Sachverständigengutachten muß das Gericht davon ausgehen, daß ärztliche Gutachter eine Abneigung gegen vermeidbare Belastung von Mitärzten haben."

Das „zitierte" BGH-Urteil (vom 14. März 1978 = VersR 1978, 542) enthält einen solchen Satz nicht. Dort heißt es in sehr viel unverbindlicherer Weise lediglich:

„Diese Ausführungen (des Berufungsgerichts, d. V.) lassen, auch wenn man die vom erkennenden Senat in anderen Fällen erwähnte, hier sicher nicht in vorwerfbarer Weise zur Auswirkung gekommene Abneigung medizinischer Gutachter jedenfalls gegen vermeidbare Belastung von Mitärzten außer Betracht läßt, keinen Zweifel daran, daß der Gutachter von der Nichterkennbarkeit des Anrisses (des Schließmuskels, d. V.) ... keineswegs überzeugt war ..."

Das klingt umständlich und gesucht, aber bei dem Gewicht, das BGH-Entscheidungen in der Praxis zukommt, sind auch Zwischentöne wichtig.

Dr. Otto Gritschneder,
Rechtsanwalt am Bayerischen Obersten Landesgericht, München

Wort des Tages

„Jenseits dieser Welt und dieses Lebens tastet und sucht man nicht mehr. Es gibt dort nur ein Schauen und alles Geschaute ist Wahrheit."

Joseph Joubert, französischer Moralist (1754–1824)

Personalien

KIRCHE

Zum neuen Bischof der rund 25 000 Altkatholiken in Deutschland ist am Sonntag in der Karlsruher Evangelischen Christus-Kirche Dekan **Sigisbert Kraft** (58) geweiht worden. Kraft ist der achte deutsche altkatholische Bischof und Nachfolger von Bischof **Josef Brinkhues** (Bonn), der die Weihehandlung vornahm. Brinkhues tritt in Kürze in den Ruhestand. Damit wird der bisherige Karslruher Dekan Oberhirte des katholischen Bistums der Altkatholiken in Deutschland, zu dem auch die Gemeinden in Mitteldeutschland gehören. Der promovierte Theologe, der im Mai dieses Jahres von der altkatholischen Bistumssynode zum Bischof-Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge gewählt worden war, erhielt 1951 in Würzburg die römisch-katholische Priesterweihe, trat aber zehn Jahre danach zur altkatholischen Kirche über.

AUSZEICHNUNG

Als einen Mann mit nicht zu unterschätzendem kulturellen Engagement für seine Heimatstadt bezeichnete Dr. **Norbert Brockmeyer** aus Bochum, Vorsitzender des Verbandes der Verlage in Nordrhein-Westfalen, den Krefelder Buchhändler **Günter Greven**, der von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen hat.

EHRUNGEN

Mit dem Ehrenbürgerrecht, der höchsten Auszeichnung der Stadt, hat München den Nobelpreisträger für Chemie und früheren Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Professor **Adolf Butenand**, geehrt. Nach einem Stadtratsbeschluß erhielt der 82jährige die Auszeichnung gestern abend in einer Festsitzung „in dankbarer Würdigung seines bedeutenden wissenschaftlichen Lebenswerkes, seiner Verdienste um den Aufbau wissenschaftlicher Forschung und Lehre nach dem Zweiten Weltkrieg und seines wertvollen Beitrags zum Ansehen Münchens". Der emeritierte Professor für physiologische Chemie an der Universität München und frühere Direktor des seit 1956 in München angesiedelten Max-Planck-Instituts für Biochemie ist Ehrenpräsident der Max-Planck-Gesellschaft, die er von 1960 bis 1972 leitete. 1939 bekam der aus Bremerhaven stammende Butenand den Nobelpreis.

*

Zum Ehrenmitglied des Augustinerordens ist in Würzburg der Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR), **Reinhold Vöth**, ernannt worden. Augustiner-Ordensgeneral Pater Dr. **Martin Nolan OSA** aus Rom überreichte Vöth am Wochenende die Ehrenmitgliedsurkunde im Rahmen der Jahresversammlung des Vereins „Freunde des Augustinus-Lexikons", dessen langjähriger erster Vorsitzender der Intendant ist. Das Forschungsprojekt „Augustinus-Lexikon" hat zum Ziel, Leben und Werk des Heiligen Augustinus zu dokumentieren.

*

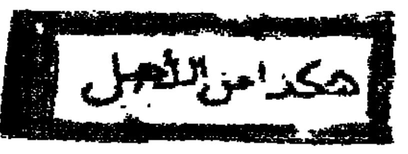
Aus Anlaß seines 65. Geburtstages erhielt Dr. **Ernst-Alfred Jauch**, Leiter der Berliner Redaktion der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), aus der Hand von Kardinal **Joachim Meisner** die St.-Hedwigs-Medaille des Bistums Berlin. Als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz dankte Kardinal **Joseph Höffner** aus Köln dem angesehenen Berliner Journalisten für sein „publizistisches Engagement in Kirche und Gesellschaft".

BUCHVORSTELLUNG

„Wir wollten von dem Mann etwas hören, der uns so beunruhigt", so Spiegel Herausgeber **Rudolf Augstein**, als er gestern in Bonn seinen jüngsten Autor präsentierte. Es ist Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth**, der in den Spiegel-Räumen sein Buch „Wende in die Zukunft – Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft" vorstellte.

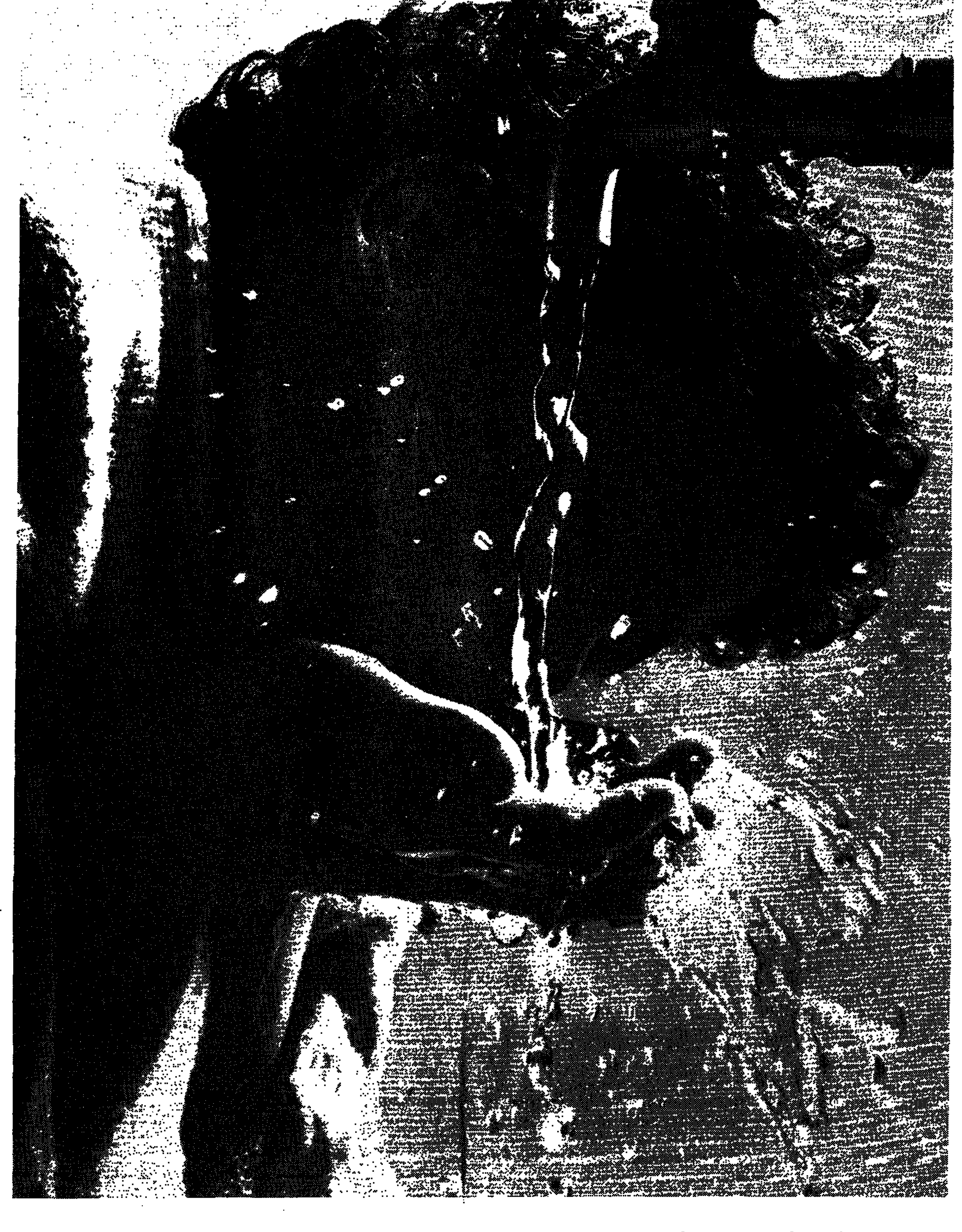
Das Spiegel-Buch erschien im Rowohlt-Verlag. Die Idee war, so Augstein, geboren worden bei einem geselligen Abend mit Späth. Es war ein Abend, von der er als alter Mann, der alle Ministerpräsidenten kenne , sagen könne, es sei „die vergnüglichste Nacht von allen gewesen". Die reizvolle Bonner Paarung rief einen ebenso reizvollen Gästekreis auf den Plan: Aus der CDU-Pateiprominenz nur **Kurt Biedenkopf**, dazu Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, der frühere Botschafter **Günter Diehl**, Präsident der Deutschen Geselschaft für Auswärtige Politik, Bundesratsdirektor Dr. **Gebhard Ziller** und der Abgeordnete der Grünen **Otto Schily**.

Späths „Wende" steht unter einem Leitmotiv: „Erst kommt die Wende zur Ordnung der Gegenwart, dann kommt die Wende zur Ordnung der Zukunft". Späths politische Vision kann man knapp zusammenfassen: Die Bundesrepublik Deutschland muß Anschluß an die Spitzentechnologien erreichen, um damit die künftige Informationsgesellschaft aufzubauen. Das geht nicht, wenn die Republik in feindliche Lager gespalten ist. Sie hat nur eine Chance, wenn die Gesellschaft „versöhnt ist". Späths „Lernprotokoll" über die Kultur- und Industrienation Deutschland wird Bonn neuen Diskussionsstoff liefern. Denn, so Augstein, „ich frage mich, wie so etwas möglich sein soll ohne eine Art neuer großer Koalition. Sie aber sind ein zu gewiefter Politiker, um an den Mann zu denken, der eine etwaige große Koalition als Bundeskanzler anführen könne und wir wollen Ihnen nichts unterstellen".



Krupp Umwelttechnik

Krupp baut Anlagen, mit denen pro Tag bis zu 30 Millionen Liter hochwertiges Trinkwasser aus Meerwasser gewonnen wird.



Schon mal einen Schluck Mittelmeer probiert?

Über 70 % der Erdoberfläche sind von Meerwasser bedeckt. Ein unerschöpfliches Reservoir gegen den Durst und für die Hygiene von Menschen, für die Zwecke der Landwirtschaft und Industrie. Krupp Industrietechnik*, ein Unternehmen im Krupp-Konzern, ist einer der führenden Hersteller von Wasseraufbereitungsanlagen in aller Welt.

Bis 300 Liter Wasser pro Tag verbraucht heute jeder einzelne der 1 Millionen Einwohner von Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens. Im Schnitt etwa soviel wie ein Bürger der USA.

Steigenden Bevölkerungszahlen und Hygieneansprüchen stehen aber – zum Beispiel in den Ländern der arabischen Welt – immer weniger ergiebige Wasseradern, mehr und mehr erschöpfte Brunnen gegenüber.

Die Konsequenz: Mit den Mitteln moderner Anlagentechnik wird Meerwasser in Trinkwasser verwandelt. Krupp gehört zu den Herstellern mit der größten Erfahrung: Über 3.000 Anlagen beweisen es.

Dabei wird aus 10 Litern Meerwasser 1 Liter reines Destillat gewonnen. 9 Liter gehen, geringfügig mit Salz angereichert, zurück ins Meer. Diesem Destillat fehlen zur Verwendung als Trinkwasser noch die lebenswichtigen Mineralien. Also wird es „verschnitten" – gefiltertes Meereswasser wird so lange zugesetzt, bis die Normen der Weltgesundheitsorganisation genau erfüllt sind.

Darüber hinaus beweisen die Anlagen von Krupp, daß Probleme nicht einseitig gelöst werden müssen; sondern in voller Harmonie von Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit. Wie unsere Verfahren zur Abwasserreinigung, Geräuschdämmung und Wärmerückgewinnung, wie unsere Rauchgasentschwefelungsanlagen und Elektrofilter für Kohlekraftwerke.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



*Wenn Sie weitere Informationen über Krupp Umwelttechnik wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Industrietechnik GmbH, Werk Grevenbroich, Lindenstr. 43, D-4048 Grevenbroich.

FUSSBALL

Heute Bundesliga: Münchner blasen zur Aufholjagd

sid, **München/Hamburg**

Sieben Tore und zwei Siege binnen drei Tagen, eine Aussprache, die mannschaftsinterne Querelen ausräumte: Der deutsche Fußball-Meister FC Bayern München scheint zur Aufholjagd gerüstet. Im Bundesliga-Nachholspiel am heutigen Abend (20.00 Uhr) soll gegen Hannover 96 der sechste Saisonsieg gefeiert und der Vormarsch fortgesetzt werden. Mit zwei Punkten gegen die Niedersachsen könnten die Bayern (12:6 Punkte) hinter Werder Bremen (17:3) mit Borussia Mönchengladbach (14:6) gleichziehen.

Trainer Udo Lattek wird aller Voraussicht nach keine Aufstellungsänderungen nach dem 3:1-Sieg über Mannheim vornehmen. Erneut in die Rolle des Matchwinners könnte Frank Hartmann schlüpfen. Der ehemalige Zweitligaspieler hat sich gegen seinen alten Klub viel vorgenommen: „Ich muß gegen jeden in der Bundesliga spielen. Aber das Spiel gegen Hannover motiviert mich natürlich besonders."

Gamsbart und Schickeria-Feten sind nicht mehr gefragt, Doktorhut und Solidität sollen das neue Markenzeichen beim deutschen Meister werden. Der FC Bayern wird am Mittwoch einen neuen Präsidenten bekommen, die Wahl auf der Mitgliederversammlung ist nur noch reine Formsache. Dem barock-bajuwarischen Willi O. Hoffmann, in der Münchner Szene nur Champagner-Willi genannt, folgt mit Professor Fritz Scherer ein kühler Rechner auf dem Chefsessel.

Im heutigen zweiten Spiel empfängt der Hamburger SV um 20.00 Uhr Bayer Leverkusen. Die Hamburger haben ihre bisherigen vier Heimspiele bei 13:2 Toren allesamt gewonnen. Doch das Volksparkstadion, wo nicht mehr als 15 000 Zuschauer erwartet werden, fürchten die Gäste nicht. In Leverkusen hat man für die zwei Auswärts-Begegnungen in Hamburg und Samstag in Dortmund drei Punkte hochgerechnet.

Während der HSV in unveränderter Aufstellung antreten soll, muß Leverkusen weiterhin auf Röber, Hinterberger, Wojtowicz und Zanter verzichten.

MOTORSPORT / WELT-Interview mit dem neuen französischen Formel-1-Weltmeister Alain Prost

„Jeder Fahrer macht Fehler, ich auch – der Titel ist deshalb meistens nur eine Frage des Glücks"

Selbst Staatspräsident François Mitterrand wurde zum Fan. Er telegrafierte Alain Prost: „Wie so viele Franzosen habe ich die Art verfolgt und bewundert, mit der Sie die Rennen bestimmt haben. Dieser Titel beweist Ihr Können und Ihr Talent." Überschwenglich feierte die Mailänder „Gazzetta dello Sport" den Weltmeister: „Bravo, bravissimo. Prost hat etwas von der Kaltblütigkeit des Jackie Stewart, vom Kalkulationsvermögen Niki Laudas, von der Aggressivität Jody Scheckters, von der Eleganz Nelson Piquets und der Sympathie Clay Regazzonis." WELT-Mitarbeiter Leo Wieland sprach mit Alain Prost.



WELT: Zweimal haben Sie die Weltmeisterschaft sehr knapp verpaßt. Nelson Piquet und Niki Lauda schlugen Sie 1983 und 1984 im letzten Rennen. In diesem Jahr sind Sie beim dritten Anlauf schon zwei Rennen vor Saisonschluß Weltmeister. Fühlen Sie nach den beiden bitteren Niederlagen jetzt Bestätigung und auch Genugtuung?

Prost: Ja, sicher, auf jeden Fall. Wenn man sich etwas sehr wünscht und es dann endlich bekommt, dann ist man glücklich. Deshalb war 1985 viel besser für mich, besser sogar, als wenn ich in der letzten oder vorletzten Saison Weltmeister geworden wäre.

WELT: Überschwenglich haben Sie den Triumph aber nicht ausgekostet.

Prost: Ich fühlte die Weltmeisterschaft in der letzten Kurve vor der Zielflagge, aber ich hatte kein plötzliches Glücksgefühl. Ich wußte ja vor dem Rennen, wie nah ich vor dem Titel stand. Ich bin immer noch ein wenig angespannt. Ich fühle etwas in mir. Richtig glücklich werde ich erst in den Stunden und Tagen sein, die jetzt vor mir liegen.

WELT: Sie fahren jetzt seit fünf Jahren in der Formel 1. Bereits 1981, noch vor dem Beginn Ihrer zweiten Saison, haben Sie für jenes Jahr Ihren Titelgewinn vorhergesagt. Sie haben es 1981 nicht geschafft und auch in den drei folgenden Jahren nicht. Warum hat es bis 1985 gedauert?

Prost: In der Saison 1981 hatten wir bei Renault eine Menge mechanischer Probleme. Genauso 1982, und 1983 war mein Renault nicht so konkurrenzfähig wie Nelson Piquets Brabham-BMW. Letztes Jahr bei McLaren hatte Niki Lauda am Ende der Saison etwas mehr Glück als ich. Sicher, manchmal habe ich auch Fehler gemacht, doch jeder Fahrer macht Fehler. Es ist schwer zu sagen, man hat die Weltmeisterschaft in diesem Rennen gewonnen oder in jenem verloren. Das ist eine Frage der Gesamtheit der Resultate. In den letzten vier oder fünf Jahren habe ich mehr Rennen gewonnen als jeder andere in der Formel 1, jedesmal mehr als der jeweilige Weltmeister. Deshalb glaube ich, daß es meistens eine Frage des Glücks ist.

WELT: Hatten Sie in diesem Jahr irgendwann Zweifel, ob es Ihnen gelingt, die Weltmeisterschaft zu gewinnen?

Prost: Ja, wir hatten eine Menge Probleme zu lösen. Wir fuhren 1985 auf einer anderen Reifenmarke, weshalb wir mit den Radaufhängungen Schwierigkeiten bekamen. Bei den Rennen in Montreal und Detroit zur Saisonmitte war Ferrari besser als McLaren. Ich wußte, daß es sehr schwer und knapp werden würde, denn auch Keke Rosberg mit dem Williams-Honda war sehr schnell. Wenn es seinem Team gelungen wäre, die Zuverlässigkeit des Wagens zu verbessern, dann hätten sie für uns sehr gefährlich werden können.

WELT: Ab welchem Rennen waren Sie dann wieder den Ferraris und den Williams überlegen?

Prost: Vor dem Grand Prix von Frankreich haben wir einiges am Auto geändert: entscheidend vor allem eine neue Vorderradaufhängung. Ich wurde in Paul Ricard Dritter. Dann kamen mit Silverstone und dem Österreichring Strecken, die uns sehr entgegenkamen. Das Auto war phantastisch, und wir waren wieder konkurrenzfähig.

WELT: In Rio zu Beginn der Saison und nach Ihrem Sieg beim Großen Preis von England in Silverstone haben Sie sich kritisch über die mangelnde Leistung Ihres TAG/Porsche-Motors geäußert. In diesem Jahr hat es gereicht, aber was muß für 1986 geändert werden?

Prost: Ich glaube, wir haben den besten Motor fürs Rennen, sowohl was Leistung wie auch Benzinverbrauch anbetrifft. Wir brauchen im nächsten Jahr keinen speziellen Qualifikationsmotor, doch wir müssen den Motor für das Qualifikationstraining verbessern. Auf einigen Kursen ist das Überholen sehr schwierig, und da ist ein vorderer Startplatz sehr wichtig.

WELT: Ihr Fahrstil ist eine nahezu perfekte Kombination aus Taktik und Aggressivität. War es für Sie schwer, bei den letzten drei Rennen nur auf Ankommen und Punktesammeln zu fahren?

Prost: Das war schon recht schwierig für mich, doch in dieser Situation konnte ich nichts anderes machen, weil die Weltmeisterschaft für mich so wichtig war. Für diese zwei oder drei Rennen ging das ganz gut, doch wenn ich jedesmal so fahren müßte, dann wäre die Formel 1 langweilig.

WELT: Wie sieht Ihre Taktik für die beiden nächsten Rennen in Südafrika und Australien aus?

Prost: Jetzt, wo ich den Titel sicher habe, sind endlich diese taktischen Rennen vorbei, und ich kann wieder auf Sieg fahren. Außerdem will das McLaren-Team wieder die Konstrukteursweltmeisterschaft gewinnen.

WELT: Werden Sie in Südafrika überhaupt antreten?

Prost: Das hängt ganz von McLaren ab. Wenn das Team starten will, dann werde ich auf jeden Fall fahren.

WELT: Ihr großes Vorbild als Rennfahrer ist Jackie Stewart. Zwei Jahre sind Sie jetzt zusammen mit Niki Lauda in einem Team gefahren. Haben Sie von ihm lernen können?

Prost: Bezüglich des Fahrens selbst nicht, aber in psychologischer und geistiger Hinsicht habe ich 1984 viel von Lauda gelernt. In diesem Jahr war es anders. Ich habe meine Arbeit ganz allein gemacht.

WELT: Nachdem Sie sich Ende 1983 im Streit von Renault getrennt haben und dann von Frankreich in die Schweiz gezogen sind, ist die französische Öffentlichkeit recht unsanft mit Ihnen umgegangen. Außerdem betrachtet man Sie, nach zwei verpaßten Weltmeisterschaften, als den ewigen Verlierer. Wird Ihr Titelgewinn jetzt Ihr angekratztes Image in Frankreich wieder aufpolieren?

Prost: Nein, denn mein Image hat sich schon geändert, als ich 1984 bei McLaren fuhr. Es wird immer besser und ist sogar phantastisch in Frankreich.

WELT: Was erwarten Sie von 1986?

Prost: Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Das einzige, was ich brauche, sind Ferien.

WELT: Was folgt, wenn die Formel 1 für Sie den Reiz verloren hat? Gibt es eine neue Herausforderung?

Prost: Ja, die 500 Meilen von Indianapolis.

STAND PUNKT / Weltcup

Einen ganzen Sommer lang wirkte der Weltcup wie ein lästiger Kropf, den die Leichtathleten aus Ost und West mitten im Herbst im Halse haben sollten. Canberra war allenfalls für die oft abseitsstehenden Exoten aus Afrika, Asien, Lateinamerika und dem gastgebenden Kontinent Ozeanien ein lockendes Ziel. Doch mit der Rivalität, die beim Moskauer Europacup zwischen Doppelsieger UdSSR und den bei Männern und Frauen geschlagenen Titelverteidiger „DDR" aufflammte, wuchs der Reiz dieser Veranstaltung. Und zuletzt nahmen auch die USA, darauf bedacht, sich nicht wie 1981 in Rom zu blamieren, mit einem starken Männerteam die Herausforderung an.

Das lästige Nachspiel der Saison wurde am Ende zum strahlenden Oktoberfest, gekrönt durch ein Feuerwerk von Weltklasse-Leistungen und zwei Leuchtraketen, die die „DDR"-Frauen in Form zweier Weltrekorde durch Marita Koch (47,60 über 400 m) und die 4 x 100-m-Staffel (41,37) in den australischen Himmel schossen.

Canberra war am Ende ein gelungenes Plädoyer für das Fortbestehen der 1977 in Düsseldorf aus der Taufe gehobenen, aber seit Einführung der ersten Weltmeisterschaft 1983 umstrittener gewordenen Veranstaltung. Der vierte Weltcup erlangte einen höheren sportlichen Stellenwert als seine Vorgänger 1979 in Montreal und 1981 in Rom, fast vergleichbar mit der Düsseldorfer Premiere.

In Canberra wurden in mehrfacher Hinsicht Möglichkeiten genutzt, nicht zuletzt auch für das Überleben des Weltcups. Alle vier Jahre sollte er deshalb auch weiterhin einen festen Platz im Wettkampf-Kalender haben.

GERD HOLZBACH

TENNIS / München wird als Final-Ort favorisiert

Daviscup immer mehr ein Millionen-Ding

DW/dpa, **Frankfurt**

Die Sieger des Daviscup-Finales zwischen Deutschland und Schweden (20. bis 22. Dezember) stehen bereits fest - in finanzieller Hinsicht. Noch nie in der Daviscup-Geschichte haben der Deutsche Tennis Bund (DTB) und seine Akteure soviel Geld verdient wie in diesem Jahr. Allein durch den Daviscup kann Boris Bekker sein Millionen-Konto noch um rund 500 000 Mark bereichern. „Wir müssen jetzt darüber nachdenken, wie wir aus dem Finale den optimalen wirtschaftlichen Nutzen ziehen", kündigte DTB-Präsident Claus Stauder an, „ wir wurden innerhalb von drei Monaten überrollt. Wir lernen bei jedem Heimspiel dazu, was man noch im Markt nutzen kann."

Das ist im Daviscup gar nicht so einfach, da die Regeln des japanischen Konzerns, der diese inoffizielle Mannschafts-Weltmeisterschaft weltweit mit Millionen von Dollars sponsort, die lokalen Veranstalter in der Vergabe von Werberechten weitgehend einschränkt. Trotzdem hat der DTB kräftig vom Durchmarsch seines Teams ins Endspiel profitiert. Beziffern wollte der DTB-Chef den Gewinn nicht, aber der Überschuß in Frankfurt sei „nennenswert". Allein durch den Kartenverkauf kamen 1,4 Millionen Mark ein.

Krönender Abschluß des Daviscup-Jahres - auch in finanzieller Hinsicht - soll nun das Finale in München oder Dortmund werden. Am Donnerstag werden erste Gespräche in Dortmund geführt, einen Tag später in München. Für das Endspiel, das voraussichtlich in der bayerischen Landeshauptstadt (Flughafen, bessere Hotel-Möglichkeiten) stattfinden wird, sollen nun nochmals neue Vermarktungsmöglichkeiten gefunden werden. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat schon mit Bayerns Ministerpräsident Franz-Josef Strauß darüber gesprochen, daß der Verband mit einem wirtschaftlichen Ausgleich rechnet, wenn in der Münchner Olympiahalle gespielt wird, in die rund 2000 Zuschauer weniger reinpassen als in die Dortmunder Westfalenhalle. Selbstverständlich ist man sich in der bayrischen Staatskanzlei über den hohen Werbewert im klaren, sollte das Finale in München stattfinden. Hier pokert also der DTB.

Die Eintrittspreise werden für München ebenfalls neu überdacht. Sicher ist, daß Tickets nur als Dauerkarten für die gesamte Veranstaltung zu haben sind. Ähnlich wie bei großen Turnieren, beispielsweise in New York oder in Paris, sollen ganze Pakete von Karten für Logen an Firmen verkauft werden. Der DTB will sich dabei auch Erfahrungen anderer Länder bedienen.

Bei all diesen Vermarktungs-Möglichkeiten dürfte es dem DTB auch nicht schwer fallen, seine Spieler zu bezahlen. Allein Boris Becker strich in Frankfurt 68 000 Mark an Nominierungs- und Siegprämien ein, dazu kamen 32 500 Mark Anteil an der Prämie des japanischen Daviscup-Sponsors für das Erreichen des Finales sowie ein in der Höhe geheimer Anteil an der Prämie des deutschen Team-Sponsors, der aber zumindest etwa um 25 000 Mark liegen dürfte.

Im Finale kann der dann 18jährige noch einmal kräftig hinlangen. Sollte die deutsche Mannschaft gar gewinnen, stünde ihm die Hälfte der Sponsoren-Prämie (50 000 Dollar) zu. Dazu kommt die Antrittsprämie (40 000 Mark), der Anteil an der Prämie des Team-Sponsors sowie die möglichen Siegprämien, die bei Erfolgen gegen die schwedischen Weltklassespieler je 20 000 Mark betragen. Insgesamt könnte Becker in diesem Jahr im Daviscup über eine halbe Million Mark verdienen.

NACHRICHTEN

Frankreich schied aus

Hamburg (dpa) – Nach einer überraschenden 1:4-Niederlage im Abstiegsspiel gegen Jugoslawien schied Frankreich aus der Weltgruppe der 16 besten Tennis-Nationen aus. Frankreich gewann nur das Doppel. Dagegen verloren der Weltranglisten-Elfte Yannick Noah und Henri Leconte (20.) alle Einzel. Neben Frankreich stehen auch Chile und Japan als Absteiger fest.

Hauptrunde erreicht

Eisenfeld/Düdelingen (dpa) – Mit deutlichen Siegen in der Qualifikation zum Handball-Europapokal haben die beiden Teilnehmer des Deutschen Handball-Bundes (DHB) den Einzug in die Hauptrunde geschafft. Im Pokalsieger-Wettbewerb schlug TV Großwallstadt den luxemburgischen Vertreter HBC Schifflange 29:12 (Hinspiel 33:15) und im Meisterpokal bezwang der VfL Gummersbach den luxemburgischen Meister HB Düdelingen mit 25:16 (Hinspiel 23:14).

Becker fordert McEnroe

London (dpa) – Wimbledonsieger Boris Becker wird im Frühjahr ein Herausforderungsmatch gegen John McEnroe bestreiten. Das Tennisspiel soll in Birmingham im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung stattfinden, deren Erlös den Hungernden in Afrika zufließen soll. Organisator ist der Popmusiker Bob Geldorf, der bereits das Rock-Musikkonzert „Live Aid" initiiert hatte.

Barcelona erneut schwach

Barcelona (sid) – Ohne seine beiden Ausländer Bernd Schuster und Steve Archibald kam Spaniens Fußball-Meister FC Barcelona im Heimspiel gegen Sevilla über ein 0:0 nicht hinaus. Barcelona erlitt damit am sechsten Spieltag den siebten Punktverlust. Real Madrid ist nach einem 2:1-Sieg über den Lokalrivalen Atletico wieder Tabellenführer mit 10:2 Punkten.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 4. Spieltag: Düsseldorf – Mannheim 6:2, Iserlohn – Riessersee 9:3, Kaufbeuren – Köln 5:4, Landshut – Bayreuth 5:2, Rosenheim – Schwenningen 8:3. – Tabellenspitze: 1. Rosenheim 6:2 Punkte, 2. Iserlohn, 3. Schwenningen, 4. Düsseldorf, 5. Köln alle je 5:3 Punkte.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Fort Lauderdale, Damen, Finale: Navratilova (USA) – Graf (Deutschland) 6:3, 6:1. – **Federation-Cup in Nagoya,** erste Runde: Großbritannien – Deutschland 3:0 (Durie – Keppeler 6:4, 6:0, Croft – Schropp 6:3, 6:1, Durie/Hobbs – Keppeler/Betzner 6:4, 3:6, 6:1). Die deutsche Mannschaft ist damit ausgeschieden.

STEFFI GRAF

Navratilova zu stark

dpa, **Fort Lauderdale**

„Ich habe wirklich nicht gut gespielt." Dennoch war Steffi Graf (Heidelberg) nach ihrer glatten 3:6, 1:6-Finalniederlage gegen Martina Navratilova (USA) beim mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturnier in Fort Lauderdale nicht traurig. „Ich bin sehr glücklich, daß ich das Finale überhaupt erreicht habe", meinte die 16jährige, die an Martina Navratilova auch schon im Halbfinale der Offenen Amerikanischen Meisterschaften von Flushing Meadow mit 3:6, 2:6 gescheitert war.

Die 29jährige Martina Navratilova, die ihre letzten beiden Turniere in Flushing Meadow und Kanada verloren hatte, war sehr zufrieden über ihren ersten Sieg seit Wimbledon. „Eine Niederlage wäre auch eine Katastrophe gewesen", meinte die frühere Tschechoslowakin, die für den Erfolg 27 000 Dollar kassierte. Über ihre 13 Jahre jüngere Gegnerin, die immerhin auch noch 13 500 Dollar verdiente, sagte die Weltranglisten-Zweite: „Ich hatte mehr Widerstand von Steffi Graf erwartet."

Nur einmal kam die Siegerin in Schwierigkeiten. Nach einem schnellen 3:0 im ersten Satz holte die Heidelbergerin noch einmal zum 3:3 auf. „Sie war wütend und kam plötzlich ins Spiel", sagte Martina Navratilova, „da dachte ich, daß sie das Spiel gewinnen kann, wenn sie so weiterspielt." Steffi Graf konnte nicht, verlor sechs Spiele hintereinander und in kurzer Zeit das Match.

Das neue sportliche Ziel der Martina Navratilova steht schon fest: „Ich will bis Ende des Jahres wieder die Nummer eins in der Welt vor Chris Evert-Lloyd sein. Doch ehe ich die australischen Meisterschaften als mein nächstes Turnier im Dezember bestreite, mache ich erst einmal Urlaub."

EISHOCKEY

Vernunft kehrte ein

sid, **Düsseldorf**

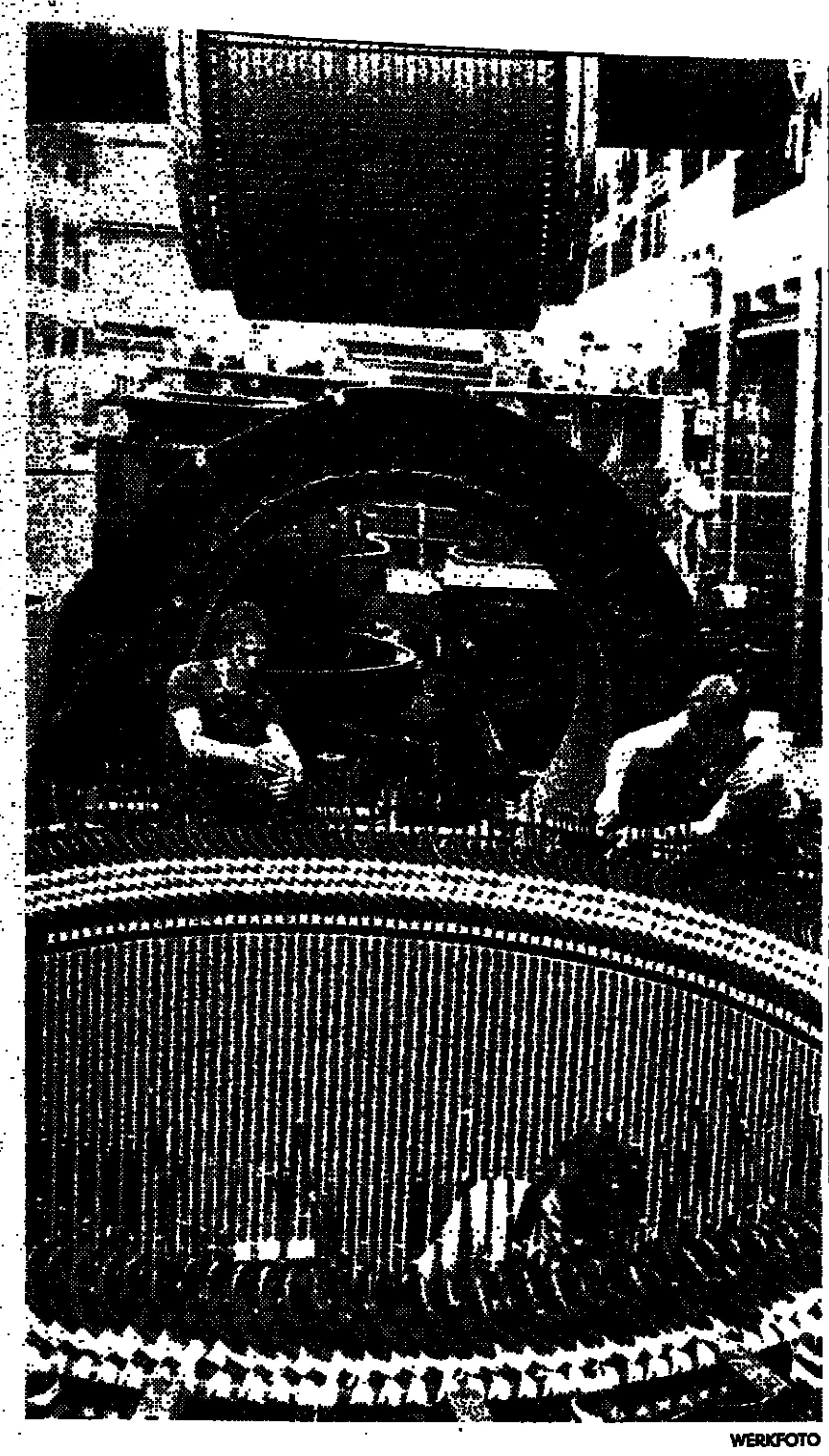
Der Meister steht schon wieder auf seinem Meisterplatz, aber Rosenheims neuer Trainer Ladislav Olejnik freut sich nicht nur über die eigene Stärke. „Viel wichtiger ist, daß in der Eishockey-Bundesliga endlich Vernunft eingekehrt ist. Es wird hart, aber fair gespielt", meint Olejnik. Er rieb sich sogar verwundert die Augen, weil Schwenningens Kapitän Georg Holzmann, im Vorjahr mit 107 Minuten Strafbankkönig, trotz der herben 3:8-Niederlage brav wie ein Chorknabe übers Eis fuhr.

Der neue Trend, der am vierten Spieltag mit insgesamt nur 74 Strafminuten besonders deutlich sichtbar wurde, ist auf die strengere Regelauslegung der Schiedsrichter, aber auch auf eine verbesserte Ausrüstung zurückzuführen. Immer mehr Cracks benutzen neben dem obligatorischen Helm einen Gesichtsschutz aus Plexiglas. Hätte beispielsweise der Kölner Steve McNeil im Vorjahr einen solchen Schutz getragen, wäre es niemals zu seiner schweren Augenverletzung gekommen. Dank des Visiers verschwinden die Szenen, in den die Spieler instinktiv den Schläger hochreißen, um ihr Gesicht zu schützen – Verletzungen beim Gegner waren die Folge.

„Wenn ich heute mit dem Eishokkey begänne, ich würde nur mit Glas spielen. Aber ich schaffe es nicht mehr, mich umzustellen", sagt Landshuts Kapitän Alois Schloder. Der 38 Jahre alte Schloder, der beim 5:2 über den sieglosen Neuling Bayreuth seinen 493. Bundesligatreffer erzielte, weist auch auf den großen Einfluß der Trainer hin: „Bei unserer Niederlage in Köln beispielsweise ging es ordentlich zu, weil der neue KEC-Trainer Hardy Nilsson Ruhe ausstrahlt. Früher waren dort an der Bande wahre Haßtiraden zu hören."

هكذا من الأصل





WERKFOTO

Ein Walzwerkantrieb der Superlative

Zum leistungsstärksten Antrieb, das bislang für ein Walzwerk gebaut wurde, gehören diese Bauteile, deren Ausmaße im Größenvergleich mit den Monteuren besonders deutlich werden. Der Antrieb ist für ein neues Grobblech-Walzgerüst der Dillinger Hüttenwerke bestimmt.

Mit Hilfe des neuen Walzgerüstes, das im Dezember in Betrieb gehen soll, können Bleche bis zu 5,40 Meter Breite gewalzt und Großrohre bis zu 1,60 Meter Durchmesser hergestellt werden. Angetrieben wird mit zwei Motoren, die je 26 000 kW Spitzenleistung erreichen.

Komplett wiegt der Antrieb soviel wie 450 Mittelklassewagen zusammen, nämlich rund 500 Tonnen. Das Bild aus dem Berliner Siemens-Dynamowerk zeigt die beiden Lager während der Montagearbeiten (vorn und Bildmitte). Oben am Kran hängt der Läufer mit der Antriebswelle.

Stadtplanung wurde in der Vergangenheit nicht als Eingriff in das ökologische System der Landschaft gesehen. Einseitiges ökonomisches Denken, verbunden mit einer immer perfekter werdenden Stadtbautechnik führte so zu einem unkontrollierten Landschaftsverbrauch. Die Planer versuchen jetzt, die Möglichkeiten einer sinnvollen Verbindung von Landschaft und Stadt in einer engen Symbiose zwischen Baustrukturen und Faktoren der Pflanzen- und Tierwelt zu nutzen

Verlorene Freiräume gesucht

Von H. de la CHEVALLERIE

Aus ökologischer Sicht stellen Stadt und Landschaft unvereinbare Gegensätze dar. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die naturverachtende Stadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts verfolgt. So wurden raumprägende Landschaftsstrukturen nicht genutzt, Talzüge und Hänge wahllos überbaut, Bäche verschwanden unter Straßen, Fluß und Seeufer wurden einbetoniert.

Erst die Zunahme der Sensibilität für ökologische Zusammenhänge, geschärft durch immer stärkere Einbußen an Naturerlebnissen in den aus allen Nähten platzenden Städten, hat die Zusammenhänge von Natur und Stadt deutlicher werden lassen. Das Stadtgrün wird nicht nur mehr als eine Frage der Ästhetik empfunden, sondern jeder weiß, daß Grün in der Stadt Schatten, Kühlung und Sauerstoff bringt.

Desgleichen steigt der Stellenwert der stadtnahen Landschaft im Bewußtsein der Städter. Längst sind die Zeiten vorbei, wo der in der Stadt Wohnende in wenigen Minuten die noch freie Landschaft am Stadtrand erreichen konnte. Der ökologische Ausgleichswert des Stadtumlandes für die verdichtete Stadt ist ebenfalls Allgemeingut geworden. Man weiß um die bioklimatischen Zusammenhänge zwischen den noch unverbauten Landschaftstälern und der Frischluftversorgung der sauerstoffarmen Stadt.

Der Landschaftsplan hält wesentliche Ökodaten fest

Die für Landschaft und Parkanlagen zuständigen Gartenämter haben Jahrzehnte vergeblich versucht, der Freiraumplanung mehr Gewicht in der Stadtplanung zu verschaffen. „Grüne Lippenbekenntnisse" waren immer dann nichts mehr wert, wenn der Fortschritt neue Opfer der grünen Freiräume forderte und erhielt. Mit der immer mehr verdichteten Stadt sank ihr Wohnwert. Die Stadtentwicklung der 80er Jahre versucht nun eine Rückgewinnung der verlorengegangenen Freiräume in der Stadt und in der Stadtlandschaft.

Grundlage für diese städtebauliche Zukunftplanung muß ein für alle zukünftigen Bauentwicklungen verbindlicher stadtflächendeckender Landschaftsplan sein, der alle wesentlichen Ökodaten festschreibt. Städtebauliche Praxis was das bisher nicht.

Dies soll nun anders werden. Der Deutsche Städtetag hat vor einiger Zeit ein von den Stadtplanungsämtern und Grünflächenämtern gemeinsam erarbeitetes Thesenpapier über das Verhältnis von Stadtplanung zur Landschaftsplanung verabschiedet. Wichtigste These dieses Papiers ist die Forderung, daß vor jeder planerischen Festlegung die vorhandene Landschaft zu bewerten und nach Möglichkeit in die Bauplanung zu integrieren ist und daß entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen sind, wenn Landschaft weiterhin verbraucht werden muß.

Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinettssitzung vom Januar dieses Jahres ähnliche ökologische Denkanstöße zur Raumordnung beschlossen. Ziel ist eine Eindämmung des Flächenverbrauchs, Vorsorge für ausreichende ökologische Ausgleichsräume, besonders in Ballungsgebieten, zu treffen, die ausgeräumten Agrarlandschaften zu renaturieren und verdichtete Städte mit mehr Grün aufzulockern.

Ökologisches Bauen bedeutet also wesentlich mehr als den Einbau von Solarzellen im Dach oder die Verwendung von Lehmbauziegeln. Ökologisches Planen und Bauen meint die Einfügung der Ökosysteme in die Stadt. Naturschutz ist eine ökonomische Aufgabe, denn ohne Erhaltung natürlicher Ressourcen ist eine langfristige Ökonomie, ist eine lebendige Stadt nicht denkbar. Hier folgert, daß alle Planungsmaßnahmen auf ihre Umweltverträglichkeit abgestimmt werden müssen.

Die Symbiose „Natur – Stadt" ist erforderlich aus klimaökologischen Gründen. Vegetationsflächen in der Stadt mindern im Sommer die Temperaturen bis zu sieben Grad, sie erhöhen die Luftfeuchtigkeit, dienen der Sauerstoffanreicherung und transportieren frische Luft in die Stadt. Grün ist lärmmindernd und bindet weitgehend die in der Luft befindlichen Stäube.

Schließlich sind grüne Freiräume unersetzliche wohnungsnahe Erholungsräume, deren Qualität mit darüber entscheidet, ob Städter einen Teil ihrer Freizeit in der Stadt verbringen oder durch lange Anfahrten zu zusätzlichen Umweltbelastungen beitragen.

Baustrukturen müssen flächensparend sein

Eine Schlüsselstellung in der Stadtökologie nimmt die Pflanze ein. Sie übernimmt wichtige bauphysikalische Funktionen wie Energieschutz (Fassadenbegrünung), Sichtschutz, Wind-, Regen-, Sonnen- und Schallschutz. Außerdem schützen Pflanzen den Boden vor Erosion und Austrocknung.

Anstelle weitläufiger Bungalowsiedlungen sind flächensparende Baustrukturen zu entwickeln, statt überdimensionierter zentraler Verkehrssysteme in den Wohnsiedlungen ist der Straßenraum zu reduzieren, weniger Straßen, weniger versiegelte Flächen, Zurückhalten des Regenwassers im Boden anstatt es nutzlos in der Kanalisation verschwinden zu lassen. Es sind ökologische Ausgleichsräume für Klima und Frischluftversorgung festzulegen, desgleichen erhaltenswerte Biotope sowie Emissionspflanzungen an Autobahnen und Industriegebieten.

Ökologische Stadtsanierung bedeutet mehr Grün in der Innenstadt, Aktivierung der Hinterhöfe, Anlegen von Dachgärten, Wandbepflanzungen und Baumpflanzungen. Auch die Art der Pflanzung in Gärten und Siedlungen muß nach ökologischen Prinzipien erfolgen. Statt ökologisch wenig wirksamen sterilen Koniferengärten sind standortgerechte Pflanzungen zu verwenden, und dort wo es geht, statt glattgeschorenem Rasen vielfältige Wiesen.

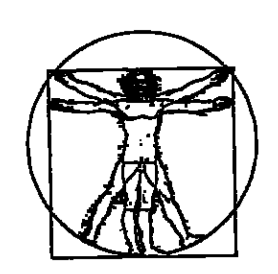
NOTIZEN

Raumfahrer unter sich

Paris (dpa) – 25 Astronauten aus 13 Nationen haben am Sonntag in Cernay-la-Ville bei Paris eine „Vereinigung der Erforscher des Weltraums" gegründet. Die Initiative geht auf ehemalige amerikanische und sowjetische Raumfahrer zurück. Bei dem Treffen kündigte der sowjetische Kosmonaut Alexej Leonow eine neue Raumstation der UdSSR an, welche die seit drei Jahren im All stationierte Station „Saljut 7" ablösen soll. Das neue Modell wird vermutlich Anfang 1986 in den Weltraum gebracht.

Veredelte Oberflächen

Berlin (dpa) – Die außerordentliche Haltbarkeit von Flugzeugturbinen ist unter anderem Ergebnis neuartiger Veredelungsprozesse an Oberflächen. Darauf wurde gestern zu Beginn der internationalen Kongreßmesse zur Oberflächentechnik – SURTEC '85 – hingewiesen. Der neueste Trend in der Oberflächenveredelung wird mit PVD und CVD



bezeichnet: Physical Vapour Deposition und Chemical Vapour Deposition (physikalische und chemische Dampfbeschichtung). Würden im Automobilbau die Anforderungen des Flugzeugbaus gelten, so könnten Automotoren – bei 60 km/h gefahren – etwa 2,4 Millionen Kilometern lang halten.

Hydrographie-Studium

Hamburg (DW.) – Erstmals haben vom kommenden Wintersemenster an vorexaminierte Vermessungsingenieure in der Bundesrepublik die Möglichkeit, sich in einem dreisemestrigen Aufbaustudium an der Hamburger Fachhochschule zum Hydrographen ausbilden zu lassen. Neben praktischen Übungen auf einem Schiff sieht der Lehrplan unter anderem Fächer wie Elektronik und Funkortung, Seerecht und Seefahrtskunde vor.

Galileo auf großer Fahrt zum Jupiter

Wissenschaftler vom Laboratorium für Strahlenantriebe in Pasadena (Kalifornien) haben jetzt die Reiseroute und das Forschungspensum für das Nasa-Raumfahrzeug Galileo festgelegt, das im Mai nächsten Jahres von einer Raumfähre aus den etwa 1,2 Milliarden Kilometer langen Flug zum Jupiter als dem größten und massereichsten Planeten des Sonnensystems beginnen soll.

Nach mehrjähriger Pause wollen die Amerikaner mit dieser 864-Millionen-Dollar-Mission die interplanetarische Raumfahrt wieder aufnehmen. Bei der Annäherung an den Jupiter im Jahr 1988 wird das rund 2600 kg schwere Mutterraumschiff eine mit Instrumenten vollgestopfte Sonde ausstoßen und am Fallschirm durch die ebenso vielschichtige wie turbulente Atmosphäre hinab gleiten lassen, bis sie nach ca. einstündigem Abstieg und ständiger Datenabgabe vom schnell zunehmenden Druck zermalmt werden dürfte.

Zu den Instrumenten für die Abstiegsmessungen gehört auch ein von der Universität Bonn entwickeltes und vom deutschen Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) gebautes Helium-Interferometer zur Analyse des Helium- und Wasserstoffgehaltes in der oberen Jupiter-Atmosphäre.

Das Mutterraumschiff wird neun Instrumente an Bord haben: von einer hoch empfindlichen elektronischen Kamera bis zum Staubdetektor, der Mikrometeoriten und andere Partikel als mögliche Bestandteile des Jupiter-Ringsystems aufspüren soll. Die Atmosphäre wie das kräftige, Millionen von Kilometer in den Raum reichende Magnetfeld des Jupiters und dessen vier Haupt-Monde sind die wissenschaftlichen Ziele des Unternehmens.

Planungschef Roger Diehl benutzte Computer-Simulationen, um die ständig wechselnden Positionen vom Jupiter und seinen Monden von der Ankunft Galileos am 10. Dezember 1988 an über die gesamte 22-Monate-Tour in den Griff zu bekommen.

Noch schwieriger als die rein rechnerische Seite der Flugplanung war die Unterbringung der zahlreichen konkurrierenden wissenschaftlichen Programme in dem Projekt. Am Ende konnte aber zweimal soviel Wissenschaft in das Unternehmen hineingepackt werden wie zunächst noch vor drei Jahren geplant.

RUDOLF MERGET



Eine kreative Bank benützt den Einfall gegen den Zufall.
Wer bei der Geldanlage den Zufall ausschaltet, hat grünes Licht für den Erfolg.
Das Handwerkszeug dazu trägt ein erfolgreicher Vermögensanlageberater stets bei sich: Das kreative Denkvermögen, das Anlagechancen kalkulieren kann und zwischen wirtschaftlichen Zusammenhängen Gewinne aufspürt.
Und damit selbst der Einfall unabhängig vom Zufall wird, hat die HYPO eine Kette von Voraussetzungen geschaffen, die präzise und sicher funktioniert: Ein weltweites Verbindungsnetz, das jede Information auffängt. Ein Informationssystem, das diese Nachricht in Sekundenschnelle weitergibt.
Ein Team von Spezialisten-Köpfen, das jede Nachricht zu einer kreativen Anlage-Idee verarbeiten kann. Gegen den Zufall. Und für Sie.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Manfred Heydolph
HYPO-BANK

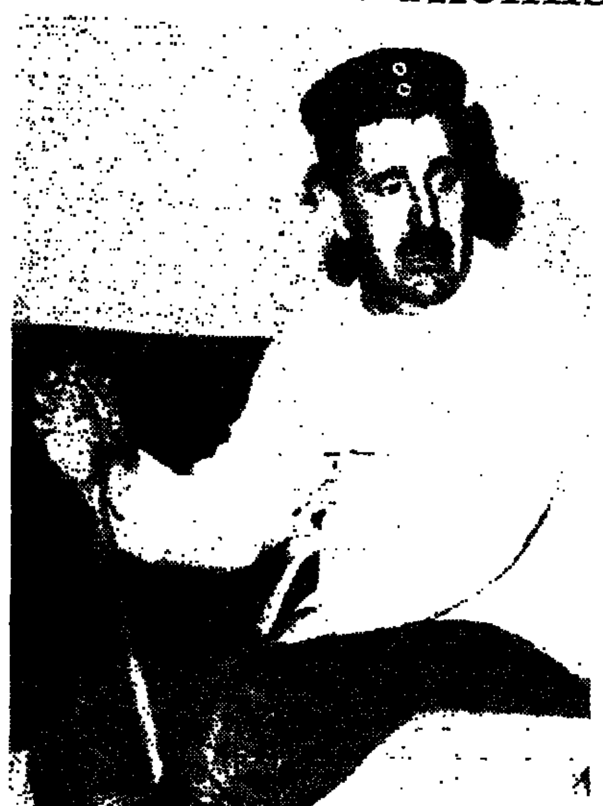
Von Anfang an dabei (Schluß): Willi Millowitsch, Tünnes und Schäl und andere Witze aus der Domstadt

Der Fernsehveteran mit rheinischem Kolorit

Weihnachten 1954 sendete das Deutsche Fernsehen seine erste Sendung aus Köln, und zu Weihnachten gab es ein Krippenspiel, und von diesem Tag an war täglich abends Sendung – für *höchstens 1000* bis 2000 Teilnehmer.

Es war im März 1953, als ich zum ersten Mal zum Fernsehen gerufen wurde. Ein ehemaliger Requisiteur, Willi Ackermann, der schnell den Geist der *Zeit* erfaßt hatte und zum Fernsehen übersiedelte, empfahl mich den Herren des Kölner Studios vom Nordwestdeutschen Rundfunk, unter der Leitung von Walter Pindter. Man brauchte für eine *Quizsendung* Professoren, Lehrer und einen Mann aus dem Volk. Herr Ackermann schlug mich vor, da der Name Millowitsch schon seit einhundert Jahren mit Köln verbunden war.

Die Herren vom WDR kannten meinen Namen nicht, aber sie holten mich trotzdem, und in der ersten Quizsendung, in der Hans-Joachim Kulenkampff den Lehrer spielte, übernahm ich die Rolle des *Mannes* aus dem Volke. Von da an wurde ich zu vielen Unterhaltungssendungen gerufen. Ich erinnere mich, daß mehrere Produktionen vom NWDR wegen des Umbaus in Hamburg aus Köln gestaltet wurden, dabei hatte ich einen besonderen Auftritt: Ich mußte laufend Witze zwischen den einzelnen Szenen erzählen, weil man ein rheinisches Kolorit reinbringen wollte.



Das Live-Theater im Fernsehen startete mit „Der Etappenhase" – und Willy Millowitsch. FOTO: FISCHER

Das sah dann ungefähr so aus: Ein Schnapp-Rollo wurde hochgezogen, und dann kam ich mit der Bemerkung: „Kennen Sie den ... ?", und ich erzählte einen meiner neuen munteren Witze. Bei bunten Sendungen spielte ich mit meinem Kollegen Franz Schneider Klassisches von Tünnes und Schäl. Alle Sendungen waren natürlich live. Ein richtiges Drehbuch gab es noch nicht, und das Studio „K" in Köln war sehr klein – es war ja *eigentlich für Hörfunk gedacht* –, aber wir waren mit dem Fernsehen drin.

Von da aus zogen wir mit den Sendungen in die alte Universität am Oberländer Ufer. Dort wurden dann bunte rheinische Abende durchgeführt. Außerdem hatten wir auch Sendungen aus dem damaligen Kaiserhof mit der bekannten Humoristin Grete Fluß. Die Kameraleute waren Walter Schmitt und Kurt Gregoleit, die sich bei den Sendungen durch Handzeichen verständigten.

Ich erinnere mich an eine Sendung, daß die eine Kamera die Sendung übernahm und Walter Schmitt mit seiner damaligen kleinen Kamera durch das Atelier fuhr und fragte: „Wer ist denn dran" – „Wer ist denn dran?" – Die Akteure waren aber nicht im Atelier, sondern im Flur und rauchten eine Zigarette. Also wer *mußte wieder hinhalten? Tünnes und* Schäl.

Aber das war für uns alles gar nicht so wichtig. Es machte einfach großen Spaß, und die Leute der ersten Stunde waren mit Leib und Seele dabei. Fritz Andelfinger war damals unser Regisseur. Er und Walter Pindter, der Leiter der Sendung, arbeiteten oft wohl rund um die Uhr. Lampenfieber, das uns bis heute sehr zusetzt, hatte ich damals kaum – alles war so neu und interessant, die Technik faszinierend.

Und von der Wirkung des neuen Mediums hatten wir damals noch keine Vorstellung. Die Gage für eine kleine Sendung pro Abend war *50 bis 100 Mark*. Als ich meine ersten fünfzehn Sendungen hinter mir und das Geld gespart hatte, kauften wir unser erstes Fernsehgerät.

Während der ganzen Zeit meiner Arbeit beim Fernsehen ging mir ständig ein Gedanke durch den Kopf: Warum sollte nicht einmal eine Sendung aus einem Theater kommen – aus unserem Theater? Wir hatten im Oktober 1945 dank der Hilfe des damaligen Oberbürgermeisters, Konrad Adenauer, in unserem wiederhergerichteten Haus an der Aachener Straße (in dem wir 1986 genau 50 Jahre auf der Bühne stehen) zu spielen begonnen. Täglich – bis Frühjahr 1949 –, also nach der Währungsreform, war unser Theater ausverkauft.

Den Einwand der Herren vom Fernsehen, daß wir ein Mundarttheater seien, begegnete ich mit meinen Erfahrungen aus der Fronttheaterzeit: Da hatten wir nämlich vor Soldaten aus allen Teilen Deutschlands gespielt, und alle hatten mich verstanden. In meinen Vorstellungen habe ich im Grunde nicht kölsch-platt gesprochen, sondern im rheinischen Dialekt, und jeder wußte, worum es ging. Warum sollte das Millowitsch-Theater im Fernsehen nicht möglich sein?

Ich weiß bis heute noch nicht, ob ich meine Freunde Andelfinger und Pinter überzeugt habe, aber es war zu Anfang schon immer die Frage: Was macht man abends? Ein Programm von drei Stunden jeden Abend zu produzieren war schwer, und so meinten sie zunächst, eine Theatervorstellung mit Publikum „live" wäre doch nicht möglich.

Aber trotzdem, am 27. Oktober *1953, ging der Vorhang auf für die* erste Live-Theateraufführung im Deutschen Fernsehen aus unserem Haus. Gesendet wurde der „Etappenhase" von Karl Bunje. Der technische Aufwand war, gemessen an heute, *ganz minimal. In meiner Erinnerung* bestand der ganze Stab aus höchstens 16 bis 20 Personen. Es war ein Samstagabend, und zum ersten Mal erlebten wir, was Fernsehen live bedeutet. Schon zur ersten Pause standen die *Telefone zuhause und im Theater* nicht still, obwohl es erst 4700 Fernseh-Zuschauer zu dieser Zeit gab. Natürlich gab es auch Kritiken – aber durchweg war das Echo positiv, und das Wort vom großen Erfolg erschien *in zahlreichen Telegrammen und* auch in der Presse. Wir waren einfach glücklich. Und: Der ganze Abend hatte den NWDR 800 Mark gekostet.

Inzwischen sind es rund achtzig Übertragungen aus unserem Theater geworden. Leider nicht mehr alle live – leider –, weil mein Theater nicht immer zur richtigen Sendezeit frei war für eine Sendung. Deshalb gingen wir ins Studio und machten Aufführungen mit Publikum – aber erst nach unserer fünfzigsten Sendung.

31 Jahre bin ich jetzt dabei, und dem Fernsehen verdanke ich meine Popularität und dadurch die Möglichkeit, unser Familientheater über die Runden zu bringen und Gastspiele in ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz durchzuführen.

Ich bin so etwas wie ein Fersehveteran, und ich will etwas verraten: „Es macht mir immer noch genau so viel Spaß wie am ersten Tag."

WILLI MILLOWITSCH

KRITIK

Aus der Fernseh-Trickkiste

Wir haben das Internationale Jahr der Jugend und zugleich auch das der Europäischen Musik. Für das Österreichische Fernsehen (ORF) stand deshalb das Thema des **TV-Workshops 1985** fest: Zeitgenössische Musik.

Vier Regisseure aus vier Ländern – Ungarn, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande und Österreich – wurden nach Wien eingeladen, in den Studios des ORF vor Teilnehmern *der Veranstaltung* Kurzproduktionen mit Musik unserer Tage zu gestalten. Man hatte ihnen eine Woche Zeit gelassen, das ganze Arsenal modernster Fernsehtechnik auszuschöpfen, um das Thema optisch reizvoll umzusetzen.

Nun sollte der Zuschauer aber nicht kommentarlos mit den Ergebnissen einwöchiger Anstrengungen konfrontiert werden. Intention des Fernseh-Workshops ist es vielmehr, das Publikum am Schaffensprozeß und den Überlegungen der Regisseure teilhaben zu lassen. Derlei Vorhaben pflegen – man kennt es von Theater-, Opern- und anderen Proben – nicht unproblematisch zu sein. Schließlich sollte das Produkt kreativer Arbeit für sich sprechen; seine Entstehungsgeschichte kann dem Außenstehenden im Grunde gleichgültig sein.

Aber wieder einmal wollte man uns schlauer machen, führte die sattsam bekannte Bluebox vor, brachte die brandneue Erfindung eines Videosizers ins elektronische Spiel (worum *es sich hierbei eigentlich handelt*, erfuhr auch der aufmerksamste Beobachter dennoch nicht), breitete die wirklich erstaunliche Trickkiste des Mediums aus.

Fazit: Den modernen Zauberern an den Mischpulten der Fernsehstudios gehen natürlich die Augen über angesichts der Fülle visueller Gestaltungsmöglichkeiten, über die sie gebieten können. Das Zuschauerauge hingegen, seit geraumer Zeit mit immer raffinierteren Videos traktiert, klappt überreizt und erschöpft zu.

CORNELIA REISER

STUDIO

SAT 1 kommt jetzt den Interessen der **Fußballfreunde** sehr entgegen. Erstmals in der Geschichte des Privatfernsehens überträgt der Sender für seine rund 1,2 Millionen Zuschauer ein komplettes Spiel. SAT 1 erwarb die Übertragungsrechte für das DFB-Pokalspiel der zweiten Runde zwischen dem 1. FC Saarbrücken und Bayern München am 19. Oktober ab 19.45 Uhr. Über die Höhe des Übertragungshonorars wurde Stillschweigen gewahrt. Der deutsche Privatsender hat bei den Verhandlungen mit dem vom Deutschen Fußballbund beauftragten Medienmanager Hans R. Beierlein den Zuschlag erhalten, obwohl sich auch der Luxemburger Sender RTL um die Rechte beworben hatte. Kommentatoren des Spiels sind Roman Köster, Paul Breitner und Peter Glauche. DW

*

Erstmals ist eine Frau Leiterin eines **ZDF-Landesstudios**. Christel Szymanski leitet jetzt die „Außenstelle" des Mainzer Senders im Saarland. Sie übernahm die Aufgabe von Karl Freund, der in die Zentrale zurückkehrt. Christel Szymanski begann ihre journalistische Laufbahn bei der „Saarbrücker Zeitung", arbeitete für den „Saarländischen Rundfunk" und „Die Zeit" und ist seit 1979 beim ZDF beschäftigt, wo sie in der Nachrichtenredaktion arbeitete. DW

*

Die Werbegesellschaft „Information et Publicité" und der ihr vorstehende Privatsender RTL werden künftig Werbesendungen europäischer Auftraggeber für das **chinesische Fernsehen** vermitteln. Wie am Freitag in Paris bekanntgegeben wurde, kam nach dreijährigen Verhandlungen ein entsprechendes Abkommen mit den chinesischen Behörden zustande. Die Werbespots sollen von der „China Central Television" und drei Regionalsendern in Peking, Kanton und Schanghai ausgestrahlt werden. Die Vermittlung übernimmt die eigens hierfür gegründete „IP-International" mit Sitz in Luxemburg. Das Abkommen sieht außerdem die Lieferung englischsprachiger Rundfunkprogramme an Sender in Schanghai und Kanton sowie kompletter Fernsehprogramme vor. AFP

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Überfall der Ogalalla
Amerikanischer Spielfilm (1940)
11.35 Zu Besuch bei Alfred Hrdlicka
12.05 Kinder der Welt (5)
Bericht von Gordian Troeller
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Cosy Piero, Malerin
Film von Gabriele von Arnim und Mascha Jirsa
Viele Jahre lang war die 1937 in Köln geborene Cosy Piero in München als Kneipenwirtin und Diseuse eine Institution. Inzwischen hat Cosy sich ihren Kindheitstraum erfüllt und ist Malerin und Bildhauerin geworden.
16.55 Die Spielbude
Mit Frank Zander
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Die Swing-Ära
21.00 Panorama
Berufskrebs – die verleugnete Krankheit / Pläne für ein neues Polizeigesetz / Wer sind die Randalierer? / Hermine Eilers: Oma gegen Stadtverwaltung
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Todesangst
J. R. gibt sich zerknirscht. Angeblich empfindet er starke Schuldgefühle, weil sein Bruder an seiner Stelle niedergeschossen wurde, zumal Bobby noch immer nicht sehen kann.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Der Finger im Revolverlauf
Kriminalkomödie von Aysim C. Woltmann und Berthold Mittermayr nach Motiven des gleichnamigen Romans von Carlo Manzoni
Der Privatdetektiv Chico Pipa *kann sich nicht mehr an den Auf*trag erinnern, den er im Bourbonrausch erhalten hat. Auf der Suche nach der Auftraggeberin gerät er in einen höchst komplizierten Fall.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF



16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Klassentreffen
Schon in der Schulzeit gebärdete sich Tecklenburg zum Leid seiner Mitschüler sehr herrisch. Vierzig Jahre nach dem Abitur zeigt der Angeber seinen Ex-Primanern erneut, wo's langgeht.
19.00 heute
19.30 Neue deutsche Filme
Nach Mitternacht
Spielfilm (1981) nach Irmgard Keun
Regie: Wolf Gremm
21.15 WISO
Vorruhestand – teure Ruhe vor der Rente / Arbeitsplätze durch Um*weltschutz? – untersucht am Bei*spiel Tiefbau / Henkel an der Börse – das Unternehmen hinter der Aktie / Tip: Teilzeitjobs auf Abruf – besser als früher
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
Anschl. Richard von Weizsäcker in Israel
Ansprachen des deutschen und israelischen Präsidenten
22.05 5 nach 10
Alptraum – Traumstadt
Die heute auslaufende Messe für Umweltgestaltung, „public de*sign", steht diesmal im Mit*telpunkt. Alexander U. Martens und Dieter Schwarzenau diskutieren mit Fachleuten und Betroffenen über die auf der Messe vorgeschlagenen Infrastrukturverbesserungen von Städten und Dörfern.
Anschl. heute



Erleben die Angst der Verfolgung: Sanne (Désirée Nosbusch) und Gerti (Marion Kracht) in „Nach Mitternacht" – ZDF, 19.30 Uhr. FOTO: URSULA RÖHNERT

SAT 1

13.30 Perrine
Zwei Mütter
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Hilfe, wir sind gestrandet!
15.00 Papermoon
Bonnie und Clyde
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Die Versuchung
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Eine alte Rechnung wird beglichen
18.00 Alle meine Lieben
Die 80 000-Dollar-Spende
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Lindenwirtin vom Donaustrand
Österreichischer Spielfilm (1957)
Mit Marianne Hold, Claus Holm, Annie Rosar, Hans Moser u. a.
Regie: Hans Quest
Helga, eine junge Innenarchitektin, die Ruhe und Erholung sucht, fährt zum Gasthof der Lindenwirtin, die einst ihr Kindermädchen war.
20.30 Kulturmagazin
Eifersucht – Bericht über die Autorin Hildegard Baungart
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die schwarze Orchidee
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Sophia Loren, Anthony Quinn, Ina Balin u. a.
Regie: Martin Ritt
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

3SAT
18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Damals
Vor 30 Jahren
Die Heimkehr der Zehntausend
Dokumentation von Guido Knopp, Ekkehard Kuhn und Ralf Piechowiak
20.30 Ringstraßenpalais
Eine Wiener Familiengeschichte in 24 Teilen
Von Hellmut Andics
13. Der Zusammenbruch
Wien 1922. Noch immer bewohnt die Familie des „Grafen" Artenberg das Ringstraßenpalais. Auch die Artenbergs müssen sich in diesen schlechten Zeiten nach der Decke strecken.
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

RTL-plus
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
20.29 RTL-Spiel
20.30 Oh, diese Frauen
Französischer Spielfilm (1969)
22.05 RTL-Spiel
22.13 Kronen, Könner, Kavaliere
22.45 Wetter
22.50 Horoskop
22.55 Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Aus Moskau: ... mal was Tierisches
20.45 Rückblende
Vor 90 Jahren geboren:
Kurt Schumacher –
ein sozialdemokratischer Patriot
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Kalli, van Hung, Bärbel, Hassan, Heiko und die anderen
22.15 Deutschlandbilder
Postexpreß D 201
23.00 Auslandsmagazin
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Computer-Club
19.00 Kleine Panne? – Keine Panik! (2)
19.15 Haste Töne?
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Toma
Kein Geschäft für Amateure
22.00 Sie – Er – Es
22.45 Offerte
23.00 Sternenhimmel im Oktober
23.15 Schach dem Weltmeister
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
Ein Volk gibt Gas
19.05 Formel Eins
20.00 Der Spinnenmörder
Kriminalkomödie
21.30 Drei aktuell
21.45 Theater der Welt
Ein Festival in Frankfurt
22.30 Mein Traumprinz war der Kinematograph
Filmemacherin Alice Guy-Blaché
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
14.00 Jugenddebatte im Landtag
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Die Frauen im Hause Württemberg
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Zu Gast: Rudolf Scharping, SPD-Landesvorsitzender
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Alvarez Kelly
Amerikanischer Spielfilm (1965)
23.00 Avanti! Avanti! (18)
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Frauenarzt Dr. Prätorius
Deutscher Spielfilm (1950)
20.35 Solo
20.45 Die Sprechstunde
Wenn die Leber krank wird
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

SPD-Kampagne unterstützt DGB-Aktionen

gba. Bonn

Mit einer „Arbeitnehmerzeitung" und einer Serie von neun Flugblättern, die scharfe Angriffe auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zum Inhalt haben, eröffnete die SPD gestern ihre sogenannte „Arbeitnehmer-Offensive '85". Die Kampagne werde von der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) getragen, heißt es in einer Mitteilung der SPD. Leitmotiv sei: „Wir brauchen eine andere Politik." Der AfA-Bundesvorstand macht kein Hehl daraus, daß er mit dieser Kampagne die Aktionswoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) vom 14. bis 20. Oktober unterstützen will. Er ruft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland auf, „den Kampf der Gewerkschaften gegen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, gegen den Sozialabbau und den Abbau von Arbeitnehmerrechten" zu unterstützen und an den DGB-Veranstaltungen teilzunehmen. Diese Punkte sind auch das Motto der DGB-Aktionswoche. In der „Arbeitnehmerzeitung" der SPD wird in einem Kommentar versucht, die jüngsten gewalttätigen Ausschreitungen in Großbritannien als Folge einer „brutalen konservativen Wirtschaftspolitik" darzustellen und eine Parallele zur Bundesrepublik Deutschland zu ziehen. In den Flugblättern der SPD heißt es, die Renten seien nicht sicher, und den Gewerkschaften solle „ihre Waffe, die Streikfähigkeit", genommen werden. Weiter wird die Familienpolitik der Bundesregierung kritisiert. Zugleich wird darauf verwiesen, daß von 1977 bis 1980 die Zahl der Beschäftigten um eine Million gestiegen sei.

Israel schließt weiteren Angriff auf PLO nicht aus

Warnung an Jordanien / Ziel in Tunis ein „Mordzentrum"

DW. Jerusalem

Israel hat nach den Worten seines Verteidigungsministers Yitzhak Rabin einen „ausgedehnten Krieg" gegen die Führer der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) begonnen, die für die Planung von Angriffen auf Israel verantwortlich sind. In einem in Tel Aviv veröffentlichten Interview der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS wies Rabin zugleich die Ansicht zurück, der Angriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis habe allein PLO-Chef Yassir Arafat gegolten. Rabin forderte Jordanien auf, jüngste PLO-Aktivitäten von seinem Boden aus zu stoppen.

„Wenn sich die PLO weiter wie bisher benimmt – womit sie ohnehin der palästinensischen Sache und dem Friedensprozeß schadet – wird es kaum möglich sein, die Brücke zu überqueren." Man könne nicht östlich vom Jordan über Frieden reden und westlich des Jordan Menschen ermorden, fügte Ministerpräsident Peres in einem zweiten Fernsehinterview hinzu.

„Terrororganisationen" werden sehr viel mehr für die Absicht bezahlen müssen, den Terror gegen Israel fortzusetzen, sagte Rabin. „Wir werden den Schaden, den wir ihnen zufügen, erhöhen" und „dies ist ein ausgedehnter Krieg", fügte er hinzu. Das PLO-Hauptquartier bei Tunis sei als Ziel ausgesucht worden, da es eines von zwei Zentren für Anschlagsplanungen sei. Das zweite Zentrum liege in Jordanien. Amman solle zu einer behutsamen Politik zurückkehren und verhindern, daß Jordanien als Guerrilla-Stützpunkt benutzt wird.

Rabin bedauerte das amerikanische Verhalten bei der Abstimmung im Weltsicherheitsrat vom vergangenen Freitag, als Israel ohne Gegenstimme für den Angriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis verurteilt worden war. Er dementierte gleichzeitig, daß Israel die US-Regierung über den Angriff vorab informiert habe. Israel habe aber den Angriff auf einen Zeitpunkt verlegt, zu dem der ägyptische Präsident Hosni Mubarak und der jordanische König Hussein ihre Gespräche in den USA mit Präsident Ronald Reagan beendet hätten.

In dem Interview mit einer US-Fernsehanstalt kritisierte auch Peres die amerikanische Stimmenthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. „Ich denke, die USA verstehen ganz genau die Gefahr des Terrors, die Ermordung unschuldiger Menschen, die Notwendigkeit, dies zu stoppen", sagte Peres. Es gebe daher einen Widerspruch zwischen der US-Haltung zum Terrorismus und Washingtons Verhalten im Sicherheitsrat.

Auch die Kritik der Europäer an Israel wies Peres zurück: „Warum ist es keine Verletzung des Friedensprozesses, wenn unschuldige Juden und Israelis getötet werden, und warum gilt es als eine Verletzung, wenn wir die Mörder dieser Opfer angreifen?" Peres fuhr fort: „Die Europäer irren sich, wenn sie glauben, mit ihrer Unterstützung für die arabische Haltung oder durch das Wegschauen bei Terroranschlägen den Frieden zu fördern. Genau das Gegenteil trifft zu." Peres und Rabin bezeichneten die bei dem Angriff in Tunis ums Leben gekommenen Tunesier als Angestellte der PLO und Bewacher des Hauptquartiers der Palästinenserorganisation. Der Angriff habe der PLO und nicht Tunesien gegolten.

Kreml-Offerte „eine Falle"

McFarlane wirft Moskau Streben nach Überlegenheit vor / Warnung vor Erpressbarkeit

FRITZ WIRTH, Washington

Nach einwöchigem Schweigen hat der einflußreiche Sicherheitsberater Präsident Reagans, Robert McFarlane, die Unannehmbarkeit und den mangelnden Realitätsgrad des jüngsten sowjetischen Vorschlags hervorgehoben, die Nuklear-Arsenale beider Großmächte um 50 Prozent zu reduzieren: „Der Vorschlag bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß es für die Sowjetunion in Ordnung ist, Europa zu bedrohen, nicht aber für Europa, sich selbst zu verteidigen. Kurz: er fordert die USA auf, sich zu entscheiden, ob sie sich selbst oder ob sie Europa verteidigen wolle – „denn das Limit dieser Vorschläge schließt aus, daß wir beides tun."

Klare Zurückweisung

Es war die bisher klarste Zurückweisung der sowjetischen Vorschläge in ihrer bisher bekannten Form durch einen hohen Beamten der Reagan-Administration. McFarlane spitzte die Essenz der sowjetischen Vorschläge schließlich auf die Formel zu: „Gorbatschow sagt uns nicht mehr und nicht weniger als: wenn Ihr Eure Verteidigung abschafft, werde ich Eure Offensivwaffen abschaffen." Der Vorschlag des Kreml sei zwar als ein konstruktiver Anfang zu werten, er enthalte aber nach Auffassung Washingtons zahlreiche Fallen. Auch Vize-Präsident George Bush vertrat die Auffassung, daß die sowjetischen Vorschläge „einige große Stolpersteine" haben.

Der Sicherheitsberater sieht zwei Hauptmotive hinter der jüngsten Initiative des Kremls: 1. Die amerikanischen Arbeiten an einer Raketenverteidigung im All (SDI) zu stoppen, und 2. einen Keil zwischen den USA und ihren europäischen Allierten zu treiben.

McFarlane stellte fest, daß diese sowjetischen Vorschläge die USA sehr viel mehr schwächen würden als die Sowjetunion und er bezweifelte, ob man selbst im Kreml diese Vorschläge als eine Basis für eine gleichgewichtige Abmachung hält. Dennoch weigerte sich McFarlane, die Vorschläge undiskutiert vom Tisch zu wischen. Er nannte sie einen Startpunkt. „Ich möchte nicht zu negativ sein", erklärte er. Der Verhandlungsprozeß beginnt jetzt und der Präsident ist entschlossen, das Beste daraus zu machen."

Seine öffentliche Intervention war indes nicht nur an die Moskauer Adresse gerichtet. Er wollte mit seinem Fernsehinterview offenbar auch den wachsenden und hartnäckigen Spekulationen in amerikanischen Zeitungen begegnen, wonach das in den letzten Wochen von Präsident Reagan nachdrücklich betonte Festhalten am SDI-Programm ein taktisches Manöver sei, und daß die amerikanische Position in dieser Frage bei den Genfer Verhandlungen wesentlich flexibler sein werde und durchaus die Möglichkeit offen lasse, daß zumindest Teile des SDI-Programms gegen die Zusage sowjetischer Reduzierungen von Offensivwaffen verhandlungs- und tauschfähig seien.

SDI wird fortgesetzt

McFarlane qualifizierte diese Spekulationen als „uninformierte Kommentare" ab und betonte, daß „das SDI-Programm für Präsident Reagan eine Sache von erstrangiger und bleibender Priorität ist". Der Präsident sei entschlossen, in Genf den sowjetischen Parteichef davon zu überzeugen, daß es nötig sei, vom exklusiven Verlaß auf Nuklearwaffen zur Abschreckung von Kriegen abzukommen und statt dessen stärker auf nicht nukleare Abwehrsysteme zu bauen. Die USA seien entschlossen, bekräftigte McFarlane, ihre Entwicklungsarbeiten am SDI-Programm im Rahmen der ABM-Verträge fortzusetzen.

Im weiteren Verlauf des Interviews äußerte sich McFarlane trotz der Verschärfung der Lage in den vergangenen Tagen bemerkenswert zuversichtlich über die Chancen zu einer Nahostlösung, wie sie von König Hussein angestrebt wird und sagte voraus, daß innerhalb eines Monats „Meilensteine des Fortschritts" erzielt werden könnten.

Keine Details zu Nahost

Der Sicherheitsberater weigerte sich, diese allgemein gehaltene Prognose mit Details zu füllen. In Washingtoner politischen Kreisen weist man in diesem Zusammenhang jedoch auf den bevorstehenden Besuch des israelischen Premierministers Peres in Washington hin.

Inzwischen bemüht sich die Reagan-Administration, das durch den israelischen Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis und die amerikanische Stimmenthaltung in dieser Frage im UN-Sicherheitsrat gestörte Verhältnis mit Israel wieder zu glätten.

Außenminister Shultz hat der israelischen Regierung am Wochenende versichert, daß sich die amerikanische Haltung gegenüber Israel und gegenüber dem Terrorismus im Nahen Osten nicht geändert habe und Sicherheitsberater McFarlane stellte fest: „Es gibt eine klare und zweifelsfreie Verbindung zwischen der in Tunis basierten PLO und den jüngsten Gewaltakten gegen Israel."

Wahlsieg der ÖVP in Oberösterreich

AP/AFP, Linz

Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich hat die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die im Nationalrat in der Opposition steht, ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen können, während Sozialisten (SPÖ) und Freiheitliche (FPÖ) Verluste hinnehmen mußten. Damit scheiterte die SPÖ bei ihrem erklärten Versuch, die absolute Mehrheit der ÖVP unter dem Landesvorsitzenden Josef Ratzenböck zu brechen. Die getrennten Gruppen der Grünen schafften nicht den Einzug in den Landtag.

Die ÖVP konnte gegenüber den letzten Landtagswahlen 1979 einen Stimmenzuwachs von 0,5 Prozentpunkten verzeichnen und erreichte 52,1 Prozent der Stimmen. Die SPÖ, die mit der FPÖ auf Bundesebene die Regierungskoalition bildet, verlor 3,4 Prozentpunkte ihres Stimmenanteils und erhielt 38 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die FPÖ büßte 1,4 Prozentpunkte der Stimmen ein und verzeichnete einen Anteil von fünf Prozent.

Die neuen Mandate im oberösterreichischen Landtag sind wie folgt verteilt: 30 Sitze ÖVP (bisher 29), 23 Sitze SPÖ (23) und drei Sitze FPÖ (4).

ÖVP-Bundesparteiobmann Alois Mock und Landeshauptmann Ratzenböck sahen in dem Wahlsieg der ÖVP in Oberösterreich auch einen Sieg der Bundes-ÖVP. Österreichische Kommentatoren meinten jedoch gestern, daß aus dem ÖVP-Sieg in Oberösterreich keine Rückschlüsse auf die Bundespolitik gezogen werden können. Der Bundesobmann der Vereinigten Grünen, Josef Buchner, kündigte eine Verfassungsklage an, da die Reihung der Parteien auf den Stimmzetteln seiner Meinung nach nicht korrekt gewesen sei.

Bonn und Paris verstärken ihre Zusammenarbeit

dpa, Bonn

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland wollen ihre militärische Zusammenarbeit deutlich verstärken. Schon im kommenden Jahr sind gemeinsame Mannöver geplant. Das gab der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Rühl, in einem Zeitungsinterview bekannt. Dabei sollen zum ersten Mal deutsche und französische Truppen in Korpsstärke – insgesamt rund 150 000 Mann – ein Manöver auf deutschem Boden abhalten. 1987 werden nach Rühls Worten dann auch erstmals Verbände der französischen Schnellen Eingreiftruppe auf dem Gebiet der Bundesrepublik üben.

SPD-Vorstoß als Ausweich-Manöver?

hey, Bonn

Als „reines Schauturnen" hat der Obmann der CDU/CSU im Flick-Ausschuß, Heinz Günther Hüsch, den erneut gestellten Antrag der SPD auf Einsicht in 58 vom Bonner Landgericht zurückgehaltene Akten zurückgewiesen. Der Vorstoß, so Hüsch zur WELT, lasse „ernsthafte Zweifel aufkommen, ob die SPD überhaupt noch an einem rechtzeitigen und verwertbaren Abschluß der Ausschuß-Arbeit interessiert" sei. Erst am 13. September hatte das Kölner Oberlandesgericht eine Beschwerde der SPD und der Grünen gegen die Zurückhaltung als „unzulässig" zurückgewiesen.

Angriffe auf die CDU-Sozialausschüsse

DW. Bonn

Ein „erschreckendes Signal für weitere Destruktion" sieht der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), Wolfgang Frickhöffer, im Ablauf der jüngsten Tagung der Sozialausschüsse der CDU. Er warf gestern der CDA vor, außerordentlich kurzsichtig eine konsequente wirtschaftspolitische Gesundungsstrategie verhindert zu haben, die den Arbeitslosen hätte hilfreich sein können. Frickhöffer nannte die Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung eine „beschäftigungsfeindliche Arbeitskostenerhöhung". Mit ihrer Forderung nach Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien setzten die CDU-Sozialausschüsse ihr „unverantwortliches Spiel" fort.

Österreich lädt Sacharow ein

DW. Paris/Wien

Die Gerüchte um Verhandlungen zur Freilassung der sowjetischen Bürgerrechtler Sacharow und Schtschanski gehen nach Ansicht von Sacharows Schwiegertochter Tatjana Jankelewitsch auf „Machenschaften des KGB" zurück. Der sowjetische Geheimdienst wolle damit „die öffentliche Meinung über das Schicksal der beiden besänftigen". Unterdessen hat die Wiener Regierung ihre Einladung an Sacharow wiederholt. Der nach Gorki verbannte Physiker würde in Österreich begrüßt, wenn er dort leben und arbeiten wolle.

Enge Konsultation mit Washington vor Genfer Gipfel

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung will für die amerikanische Antwort auf den jüngsten Abrüstungsplan des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow eigene Vorschläge einbringen. Dies verlautete gestern von zuständiger Seite in Bonn. Dabei richtet sich das deutsche Interesse vor allem auf die Definition von strategischen und Mittelstreckenwaffen sowie auf das Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen.

Positiv bewertet wird von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, daß Gorbatschow mit seinem Vorstoß überhaupt einen Beitrag zur Belebung der Genfer Verhandlungen geleistet habe. Auf kritische Einwände stößt hingegen die sowjetische These, strategische Systeme seien solche, die das Territorium einer anderen Großmacht erreichen könnten. Demnach würden amerikanische Pershing-Raketen, die russisches Gebiet erreichen könnten, unter die vorgeschlagene Reduzierung strategischer Waffen fallen, nicht jedoch die auf Westeuropa zielenden sowjetischen SS-20-Raketen. Dies entspricht nach Bonner Auffassung nicht der Genfer Erklärung der USA und der Sowjetunion vom 8. Januar.

Nachdem der Bonner Abrüstungsbeauftragte Friedrich Ruth in der Sitzung des Bundessicherheitsrates am vergangenen Freitag eine erste Einschätzung der sowjetischen Vorschläge vorgetragen hatte, wird jetzt im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium und im Kanzleramt eine differenziertere Gesamtbewertung vorbereitet. Ihre Ergebnisse sollen dann in die bilateralen deutsch-amerikanischen Konsultationen, in die zu erwartenden NATO-Diskussionen und in die New Yorker Beratungen von Präsident Ronald Reagan mit den Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel (außer Frankreich) eingebracht werden.

Das amerikanische Interesse an Konsultationen wird nach Bonner Angaben durch Briefe von Reagan und Außenminister George Shultz an Bundeskanzler Helmut Kohl und an Genscher und durch die Tatsache unterstrichen, daß der neue US-Botschafter Richard Burt am kommenden Wochenende schon zum drittenmal mit dem Bundesaußenminister zusammentreffen wird. Die gegenwärtigen offenen Diskussionen in Washington über die Strategie für den Reagan-Gorbatschow-Gipfel und die jüngsten Moskauer Vorschläge werden in Bonn als Indiz dafür bewertet, daß die amerikanische Position noch offen sei.

Genscher dankte gestern seinem französischen Amtskollegen Roland Dumas telefonisch dafür, daß Staatspräsident François Mitterrand und Premierminister Fabius beim Gorbatschow-Besuch mehrfach auf die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft für den Frieden in Europa hingewiesen habe. Dies sei auch für die Sowjets sehr wichtig gewesen. Mitterrands Nein zu den von Gorbatschow angeregten direkten Verhandlungen über die französischen Atomwaffen war von der Bundesregierung aufgrund der französischen Nuklear-Philosophie erwartet worden.



Politischer Strompreis

J. Sch. (Paris) – Der Strompreis ist in Frankreich ein politischer Preis. Er darf den privaten Haushalten gegenüber nicht stärker als um die Inflationsrate minus ein Prozent angehoben werden. Auch hat die Regierung die staatliche Electricité de France (EDF) angewiesen, der verstaatlichten Aluminiumindustrie im nationalen Interesse günstige Vorzugstarife einzuräumen.

Andererseits muß die EDF den überschüssigen Strom des staatlichen Kohlenbergbaus (CDF) zu Bedingungen abnehmen, die weit weniger günstig sind als der von der EDF selbstproduzierte Kernenergiestrom. Dafür muß sich die CDF bei ihren Kohlenlieferungen an die thermischen Kraftwerke der EDF mit einem weit unter ihren Förderkosten liegenden Preis begnügen, der dem Durchschnittspreis der im Hafen von Le Havre für Importkohle zu bezahlenden Preis entspricht, zuzüglich zehn Prozent Transportkostenausgleich.

Da die EDF über Le Havre hauptsächlich südafrikanische Kohle bezieht, rutschte dieser Referenz-Preis infolge der Randentwertung tief in den Keller. Dem ganzen Tauschhandel zwischen den beiden Staatskonzernen schien so die Grundlage entzogen. Deshalb verklagte der eine den anderen beim Pariser Handelsgericht.

Aber dieser Zwist soll jetzt durch Vergleichsverhandlungen beigelegt werden, verfügte die Regierung. Schließlich hat in jedem Fall der Staat, d. h. der Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Für Paris ist wichtiger, daß die Bergleute beruhigt und die großen Stromabnehmer konkurrenzfähiger werden.

Hubers Rückzug

der. – Für die Pieroth-Gruppe bedeutet es ein schlechtes Omen, wenn jetzt mit Adolf Huber ausgerechnet der Mann von Bord geht, der noch vor wenigen Tagen dem durch den Weinskandal ins Schlingern geratenen Unternehmen den Kurs zum rettenden Ufer gewiesen hatte. Das Familienunternehmen wird gut daran tun, möglichst rasch etwas Überzeugendes zu den Gründen und dem eventuell neuen Kurs zu sagen, ehe die schon umlaufenden Gerüchte die Lage verschlimmern. Es mag verständlich erscheinen, wenn die zum großen Teil selbstverschuldete Krise bei Pieroth in der Branche jetzt teilweise schadenfrohes Händereiben verursacht. Aber man sollte sich nicht täuschen. Ein Zusammenbruch des größten deutschen Weinhandelunternehmens hätte böse Folge nicht nur für die über 3000 Mitarbeiter und Tausende von Zulieferern. Der gesamte deutsche Weinmarkt – dies haben besonnene Betrachter der Szene längst ausgemacht – käme in Unordnung, wenn ein solcher Großabnehmer zu relativ stabilen Erzeugerpreisen von einem zum anderen Tag ausfallen würde.

WÄHRUNGSKONFERENZ / Sorgen über Rückschläge in Entwicklungsländern

„Die Betroffenen müssen selbst zu ihrer Wiedergesundung beitragen"

CLAUS DERTINGER, Seoul

Die vor allem an die USA gerichtete Forderung nach einer Reduzierung der Haushaltsdefizite als Voraussetzung für inflationsfreies Wirtschaftswachstum stand im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion im Interims-Ausschuß, dem Lenkungsgremium des Internationalen Währungsfonds, der heute gemeinsam mit der Weltbank zur Jahresversammlung in Seoul zusammenkommt. Sorgen bereiten dem Ausschuß der Rückschlag in zahlreichen Entwicklungsländern, die zusätzlich dadurch in die Klemme geraten, daß die privaten Banken ihre Neukredite eingeschränkt haben.

Die Schuld an den neuerlichen Schwierigkeiten lastet der Interims-Ausschuß aber nicht nur der Konjunkturabschwächung in einigen Industrieländern und dem auch mit der Schwäche der Rohstoffpreise zusammenhängenden Einbruch im Export an; die Entwicklungsländer selbst müßten durch die Wiederherstellung realistischer Preise und Wechselkurs durch mutige Bekämpfung der Inflation und eine Förderung der Investitionstätigkeit und des Sparens selbst mehr zu ihrer Wiedergesundung beitragen.

Bundesfinanzminister Stoltenberg und Bundesbankpräsident Pöhl unterstrichen in einem Pressegespräch die Dringlichkeit einer solchen Politik. Sie allein könne dazu beitragen, daß auf längere Sicht ausländische Direktinvestitionen als gesündester Entwicklungsbeitrag an die Stelle von Bankkrediten zu treten. Vor allem komme es auf eine Wiederherstellung des Vertrauens an. Das sei die wichtigste Voraussetzung für eine Beendigung der Kapitalflucht, die nach Pöhls Einschätzung für manche Länder das Kernproblem überhaupt ist, weil auf diese Weise die ausländischen Gelder wieder abfließen.

Scharfe Kritik am gegenwärtigen Entwicklungskonzept des Internationalen Währungsfonds, hat der brasilianische Finanzminister, Dilson Funaro, vor dem Interimsausschuß, geübt. Die wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF ließen keinen Raum für die Wiederaufnahme der Investitionen oder des Wachstumsprozesses. Brasilien könne nicht länger auf die Neuordnung des internationalen Wirtschaftssystems warten. Es werde zwar seine Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern erfüllen, müsse aber auch seinen Pflichten gegenüber der eigenen Bevölkerung nachkommen.

Der Interims-Ausschuß hat zusätzlich zu den bereits gestern gemeldeten Beschlüssen – Reduzierung des Sonderkreditprogramms (erweiterter Zugang) und Kreditvergabe aus dem 2,7 Mrd. Dollar Treuhandfonds – trotz Widerstands der Entwicklungsländer entschieden, daß keine neuen Sonderziehungsrechte als Kunstgeld des IWF ausgeteilt werden, weil kein globaler Bedarf an zusätzlicher Liquidität bestehe.

Die anstehende Diskussion über das Internationale Währungssystem wurde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Interims-Ausschusses im April nächsten Jahres gesetzt. Mit einer Behandlung dieser Frage in diesem Gremium soll nach Vorstellungen der Industrieländer verhindert werden, daß aus diesen Gesprächen eine hochpolitische Angelegenheit wird, was die Entwicklungsländer offensichtlich beabsichtigen.

Der sogenannte Baker-Plan, der dem Vernehmen nach vorsieht, daß die Weltbank stärker in die Zahlungsbilanzfinanzierung der überschuldeten Länder eingespannt wird und daß die privaten Banken für einige Zeit jährlich neue Kredite an lateinamerikanische Schuldner in Höhe von drei Prozent ihres derzeitigen Engagements geben, sorgte auch gestern wieder für Gesprächsstoff. Der Bundesfinanzminister und der Bundesbankpräsident äußerten sich sehr zurückhaltend dazu. Stoltenberg machte aber deutlich, daß die deutschen Banken nicht gezwungen werden könnten, gutes Geld schlechtem nachzuwerfen und daß die Bundesregierung weder willens noch in der Lage sei, neue Kredite mit Bundesbürgschaften abzusichern.

UNTERNEHMENSSTEUERN

Deutsche Firmen werden am stärksten zur Kasse gebeten

HEINZ HECK, Bonn

Die zweistufige Entlastung der Lohn- und Einkommensteuerzahler um insgesamt rund 20 Milliarden Mark jährlich wertet das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in der Broschüre „Die Siebzig-Prozent-Rechnung" zwar als einen Schritt in die richtige Richtung. Doch das für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik wichtige Problem der Unternehmensbesteuerung bleibe „weiter ungelöst".

Die Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen würden durch die überhöhten und falsch strukturierten Unternehmenssteuern beeinträchtigt und damit der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit behindert. Gewerbliche Erträge würden in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Einkunftsarten wie Löhne, Renten, Zinsen und Pacht deutlich höher besteuert. Bei einem Vergleich mit sieben wichtigen Konkurrenzländern – Frankreich, Großbritannien, Japan, Niederlande, Schweden, Schweiz und die USA – schneidet die Bundesrepublik am schlechtesten ab: Unter Berücksichtigung sämtlicher Steuern, die auf dem Unternehmensgewinn lasten, werden die deutschen Unternehmen mit rund 70 Prozent am stärksten zur Kasse gebeten. Zudem sind in anderen Ländern ehrgeizige Entlastungsprogramme in Vorbereitung oder beschlossen. So begnügt sich Großbritannien ab April 1986 mit der Hälfte dieser Gewinnbelastung, also 35 Prozent.

Das IW erläutert das Zusammenwirken der verschiedenen Steuern so: Alle Personengesellschaften unterliegen der Einkommensteuer und erreichen in der Regel den Spitzensatz von 56 Prozent des Jahresgewinns (bei den Arbeitnehmerhaushalten nur knapp zwei Prozent). Kapitalgesellschaften zahlten 56 Prozent Körperschaftsteuer auf einbehaltene (in keinem anderen wichtigen Industrieland sei der Satz so hoch) und 36 Prozent auf ausgeschüttete Gewinne (bei der Einkommensteuer anrechenbar). Die Gewinne der Personen- und Kapitalgesellschaften werden durch die Gewerbeertragsteuer – je nach kommunalen Hebesätzen – um weitere acht bis zehn Prozent belastet. Dies allein mache bereits knapp zwei Drittel des Gewinns aus.

Hinzu kämen ertragsunabhängige Steuern wie die abzugsfähige Gewerbekapital- und die nicht abzugsfähige Vermögensteuer. Auch wenn die Steuersätze von jeweils weniger als einem Prozent gering erschienen, so würde der Gewinn dadurch dennoch oft um fünf oder mehr Prozent geschmälert. Auch in gewinnlosen Jahren müßten die ertragsunabhängigen Steuern gezahlt werden und lösten damit einen Substanzverzehr aus.

Die Gewerbe- und Vermögensteuer werden als die „beiden gravierenden Schwachstellen der gegenwärtigen Unternehmensbesteuerung" bezeichnet. Hier sollte die künftige Reform ansetzen.

Ein Sanierungstraum

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit ihrem Ende September dem Parlament vorgelegten Entwurf zu dem Finanzgesetz für das Jahr 1986 hat die Regierung Craxi termingemäß ihre Verpflichtungen zur Haushaltsplanung erfüllt. Gleichzeitig tat sie einen ersten Schritt um das Haushaltsdefizit so abzubauen, daß davon künftig weniger Inflationsimpulse ausgehen.

Ein wesentlicher Punkt ist die erstmals konsequente Anwendung des Kostendeckungsprinzips in den öffentlichen Dienst- und Versorgungsbereichen. Damit akzeptieren die Kaolitionsparteien die Tatsache, daß Sozialtarife vom Staat nur noch in ganz beschränktem Umfang finanziert werden können. Ebenfalls weiter gediehen ist die Sanierung der Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme, die allein mit fast der Hälfte am Budgetfehlbetrag beteiligt sind. Vielleicht kommt es in den nächsten Monaten noch zu einem zweiten Schritt, da sich die Regierung vorbehalten hat, weitere Eingriffe folgen zu lassen.

So wie es jetzt dem Parlament vorliegt, ist das Finanzgesetz allerdings nicht viel mehr als eine Absichtserklärung. Wie die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt, ist es bisher noch keiner italienischen Regierung gelungen, ihre stets wohlmeinenden Sanierungsabsichten vom Parlament gegenzeichnen zu lassen. Ein Beispiel für diese lange Kette enttäuschter Hoffnungen ist auch der Haushaltsfehlbetrag des laufenden Jahres. In diesem Fall hatte die Regierung ursprünglich einen Betrag von 96 500 Milliarden Lire (143 Mrd. DM) ins Auge gefaßt, nur rund 1000 Milliarden Lire mehr als 1984. Inzwischen steht jedoch fest, daß das Kassendefizit diesen Ansatz um mehr als 10 000 Milliarden Lire überschreiten wird.

Ähnliches könnte auch dem Finanzgesetz geschehen. Bezeichnend für das Klima, das sich schon jetzt wenige Tage nach der Vorlage des Entwurfs um die Sanierungsbestrebungen der Regierung zu bilden begonnen hat, ist der Generalstreikaufruf der Gewerkschaften für den 9. Oktober.

Das alleine zeigt schon zur Genüge, daß der Konsens für den Austeritätskurs der Regierung Craxi auf wackligen Füßen steht. Sehr groß ist daher die Wahrscheinlichkeit, daß auch diesmal die von der Regierung beschlossenen Eingriffe vom Parlament einer Revision unterzogen werden. Mit Folgen für die Stabilisierungsbemühungen, die nur negativ sein können.

Schon mit den jetzt ins Auge gefaßten Sparmaßnahmen und Einnahmeerhöhungen sinkt der Anteil des Staatsdefizits am Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr gegenüber dem laufenden nur von 15,7 auf 14,8 Prozent. Das heißt auf einen Anteil, der noch immer durchschnittlich dreimal höher ist als in den anderen westlichen Industrieländern. Zwar wäre diese Zahl ohne die jetzt beschlossenen Interventionen auf der Einnahme- und Ausgabeseite im Jahre 1986 auf 17,8 Prozent gestiegen.

Für die Stabilisierung des Binnen- und Außenwertes der Währung weckt dies nicht gerade große Hoffnungen. Wenn vom Haushalt, wie in den letzten Jahren geschehen, weiterhin starke, gegenüber dem vergangenen Jahr möglicherweise nur leicht abgeschwächte Nachfrageimpulse ausgehen, läßt sich schon jetzt absehen, daß die Ungleichgewichte im Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland bestehen bleiben. Immerhin wird sich der Passivsaldo der Leistungsbilanz den Erwartungen der italienischen Zentralbank zufolge in diesem gegenüber dem des vergangenen Jahres auf 12 000 Milliarden Lire nicht weniger als vervierfachen.

Hohe Defizite und hohe Inflation bedeuten, daß die Nominal- und Realzinsen auch weiterhin nur in ganz unwesentlichem Umfang gesenkt werden können. Schon jetzt begegnet der Staat wachsenden Schwierigkeiten bei leicht nach unten gerichteten Zinsen durch Schatzamtsemissionen den Kassenbedarf zu decken. In den ersten neun Monaten dieses Jahres war der heimische Kapitalmarkt an der Deckung dieses Kassenbedarfs nur noch mit 78 Prozent beteiligt, gegenüber immerhin 90 Prozent im Ganzjahr 1984.

Sollte die Opposition gegen den Finanzgesetzentwurf in seiner jetzigen Form in den kommenden Wochen noch ein stärkeres Ausmaß annehmen, wird die Koalition um eine harte Bewährungsprobe nicht herumkommen. Dann wird sich erweisen, ob die Sanierung trotz aller guten Vorsätze nicht wieder ein Traum bleibt.

AUF EIN WORT



„Der Wildwuchs von Steuererleichterungen und Zuschüssen muß reformiert werden. Es gibt zum Beispiel keine Rechtfertigung dafür, gewerbliche Investitionen steuerlich schlechter zu stellen als reine Finanzinvestitionen."

Dr. Alexander von Tippelskirch, Mitglied des Vorstands der Industriekreditbank AG–Deutsche Industriebank
FOTO: DIE WELT

Ifo: Kleine Firmen ohne Schlüsselrolle

rtr, München

Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat der Auffassung der Bundesregierung widersprochen, kleine und mittlere Betriebe könnten durch eine besondere Investitionsförderung eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit übernehmen. In einer gestern veröffentlichten Studie heißt es, diese Firmen hätten von vornherein zwar größere Selbsfinanzierungsmöglichkeiten im Verhältnis zum jeweiligen Umsatz als die Großunternehmen. Die Eigner der kleinen und mittleren Unternehmen zögen aber offenbar Finanzanlagen und private Entnahmen den Investitionen vor. Zudem tätigten die kleineren Firmen seltener Erweiterungs- und häufiger Ersatzinvestitionen.

LANDWIRTSCHAFT

In der Produktivität liegt Bundesrepublik vor „DDR"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Produktivität der Landwirtschaft in der „DDR" hat sich zwar in den vergangenen Jahren recht günstig entwickelt, trotzdem liegen die Leistungen um rund ein Fünftel niedriger als in der Bundesrepublik. Dieses geht aus einer Zusammenstellung des Bonner Landwirtschaftsministeriums hervor.

Die industriemäßig betriebene Landwirtschaft in der „DDR" unterscheidet sich wesentlich von der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Nach Angaben des Ministeriums gab es im vergangenen Jahr in der „DDR" 3932 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Davon betrieben 1140 Pflanzenproduktionen und 2792 Tierproduktionen. Diese starre Trennung ist ein Hauptproblem für die „DDR"-Landwirtschaft. Außerdem wurden 208 gärtnerische Produktionsbetriebe und 471 volkseigene Güter ermittelt. Die Durchschnittsgröße einer Pflanzenproduktionsgenossenschaft lag bei 4700 Hektar. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Hofgröße in der Bundesrepublik beträgt gut 15 Hektar.

Die Land- und Forstwirtschaft trug in der „DDR" mit rund neun Prozent zum Nationaleinkommen bei. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten liegt noch bei rund zehn Prozent. In der Bundesrepublik kommt dieser Sektor, in dem noch fünf Prozent der Beschäftigten tätig sind, auf 2,5 Prozent des Sozialprodukts.

In der Bundesrepublik wurden 1984 53,6 Doppelzentner Getreide je Hektar geerntet, in der „DDR" waren es 45,0. 1950 wurden erst 23,2 beziehungsweise 19,7 Doppelzentner registriert.

VERMÖGENSBILDUNG

Sozialausschüsse schlagen ein Entwicklungssparen vor

HEINZ HECK, Bonn

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) haben sich eine neue Anlageform für die Vermögensbildung ausgedacht: „Entwicklungssparen" heißt ihr Modell und sieht vor, daß der Arbeitnehmer seine vermögenswirksamen Leistungen in einen Bürgschaftsfonds einzahlen kann, der Kleinkredit-Programme in Ländern der Dritten Welt finanziert.

Werner Schreiber, entwicklungspolitischer Sprecher der CDA, will mit diesem Vorschlag wenigstens zweierlei erreichen: Einmal sollen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik damit ein Instrument der Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt erhalten. Zum anderen würde diesen eine faire Chance zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aus eigener Kraft und zur Produktivitätssteigerung gegeben.

Schreiber erwartet bei einer Beteiligung von ein bis zwei Prozent der Arbeitnehmerschaft (also 200 000 bis 400 000 Personen) am Ende der siebenjährigen Festlegungsfrist ein Kapital zwischen einer halben und einer Milliarde Mark. An möglichen Überschüssen, die der Fonds erwirtschaftet, werden die Sparer beteiligt.

Gegen Verluste sollen sie durch eine Bürgschaft der Bundesregierung (oder der Trägerorganisationen des Fonds wie Privatbanken und Sparkassen) abgesichert werden. Ob Finanzminister Stoltenberg zu einer solchen Bürgschaft bereit ist, will die CDA jetzt klären. Das Entwicklungssparen soll mit der zweiten Stufe des Vermögensbildungs-Gesetzes wirksam werden, von der Bundeskanzler Kohl auf der CDA-Tagung in Saarbrücken am Wochenende erklärt hatte, sie komme noch in dieser Legislaturperiode.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Bundesanleihe mit 6,43 Prozent Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Die neue Bundesanleihe über 2,5 Mrd. DM bringt den Anlegern nur noch eine Rendite von 6,43 Prozent. Das ist weniger als bei der letzten Postanleihe, die noch 6,47 Prozent Rendite brachte. Wie die Deutsche Bundesbank gestern mitteilte, wird die neue Anleihe nominal zu 6,50 Prozent verzinst und zum Kurs von 100,50 Prozent ausgegeben. Sie läuft zehn Jahre. Verkaufstermin ist Mittwoch und Donnerstag dieser Woche und Börseneinführung am kommenden Montag. 625 Mill. DM werden vorerst zur Marktpflege zurückgehalten.

Gas legt zu

München (dpa/VWD) – Im Kampf um Marktanteile in einem kaum wachsenden Wärmemarkt ist die Gaswirtschaft bisher Gewinner, schreibt das Ifo-Institut für Wirtschatsforschung, München. Die Vorteile bei Anwendung, Umweltschutz und Beschaffung ließen auch längerfristig günstige Entwicklungschancen bei diesem Energieträger erwarten. Nach einer Befragung bei rund 500 örtlichen Gas-, 13 Ferngasunternehmen und fünf Erdgasfördergesellschaften zu ihren Investitionsplänen erhöhte die Gaswirtschaft ihre Bruttoanlageinvestitionen 1984 um 16 Prozent auf 3,1 Mrd. DM. 1985 kann nach der Erhebung mit einer ähnlichen Wachstumsrate und einem Gesamtetat von etwa 3,6 Mrd. DM gerechnet werden.

Neues Pensionsgeschäft

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe mit einer Laufzeit von 35 Tagen. Nach Mitteilung der Bundesbank werden neue Wertpapierpensionen als Zinstender mit einem Mindestbietungszins von 4,55 Prozent zur Ausschreibung gestellt. Die Laufzeit reicht vom 9. Oktober bis zum 13. November.

Für schnellere Reformen

Johannesburg (dpa/VWD) – Die deutsch-südafrikanische Handelskammer in Johannesburg hat gestern die Regierung Südafrikas aufgefordert, die politischen Reformen schneller voranzutreiben. „Weitere Verschlechterung der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Lage des Landes" seien sonst die Folgen, warnte die Kammer. Die Organisation repräsentiert in Südafrika 300 deutsche Firmen mit mehr als 65 000 Beschäftigten und einem Investitionsvolumen in Höhe von 2,5 Mrd. DM.

Baupreise fast stabil

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Baupreise in der Bundesrepublik sind auch im Laufe des Sommers nahezu stabil geblieben. Wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte, lagen die Baupreise für Wohngebäude im August um 0,3 Prozent über dem Niveau des gleichen Vorjahresmonats. Im Mai (die Baupreise werden vierteljährlich erhoben) hatte es keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand gegeben.

Kompensations-Geschäfte

Paris (dpa/VWD) – Weniger als fünf Prozent des Welthandels werden auf Kompensationsbasis abgewickelt, stellte die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer gestern veröffentlichten Studie fest. Die OECD schätzte das Gesamtvolumen des Kompensationshandels (ohne den Handel zwischen den Staatshandelsländern Osteuropas) für 1983 auf 80 Mrd. Dollar. Das waren 4,8 Prozent der Weltexporte. Hiervon entfielen rund 50 Mrd. Dollar auf Länder, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien handelten.

Für flexiblere Gebühren

Hamburg (rtr) – Die Postgebühren müssen nach Ansichtvon Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) künftig flexibler gestaltet werden. Schwarz-Schilling sagte auf einer Fachtagung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Hamburg, nur durch eine genaue Kalkulation der Gebühren etwa für Großversender könne verhindert werden, daß solche Unternehmen auf billigere elektronischeTelekommunikation auswichen.

STAHL / Schwacher Verbrauch in Industrieländern

Dritte Welt fragt mehr nach

dpa/VWD, London

Mit einem stagnierenden Stahlverbrauch in der westlichen Welt rechnet der Internationale Stahlverband IISI für 1985 und 1986. Auch in den nächsten Jahren ist nur mit einem relativ bescheidenen Zuwachs zu rechnen, sagte der Generalsekretär des IISI (International Iron and Steel Institute), Lenhard J. Holschuh, gestern auf der 19. Jahrestagung der Organisation in London. Danach wird der Stahlverbrauch der westlichen Industrienationen 1985 mit 331 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent absinken.

Ausschlaggebend werde dabei ein Rückgang in den USA um sechs Prozent auf 108 Millionen Tonnen sein. In der EG werde sich der Verbrauch auf einem Niveau von 93 Millionen und in Japan von 73 Millionen Tonnen einpendeln.

Die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion werden nach den Angaben einen leichten Zuwachs um 0,6 Prozent auf 215 Millionen Tonnen erreichen, während China und Nordkorea 5,1 Prozent (68 Millionen Tonnen) mehr verbrauchen werden. Ein Nachfrageanstieg wird auch in Lateinamerika und Asien erwartet. Angesichts dieser Entwicklung schätzt der europäische Verband, daß der Stahlverbrauch der Entwicklungsländer um 19 Millionen Tonnen bis zum Jahre 1990 und um nochmals 14 Millionen Tonnen bis zum Jahre 1995 steigen wird.

Bis Mittwoch werden die Chefs der großen europäischen, US- und japanischen Stahlkonzerne die Zukunft ihrer Branche diskutieren. Bei den inoffiziellen Gesprächen hinter den Kulissen wird der Disput über die Zusammensetzung und den Umfang europäischer Stahllieferungen in die USA besonders breiten Raum einnehmen.

NE-METALLE / Preissorgen bei Zink und Blei

Die Versorgung ist gesichert

dpa/VWD, Hannover

Versorgungsengpässe wird es sobald nicht geben: Ob es nun um die künftige Verzinkung von Autokarosserien oder gar um die exklusive Bedachung eines Einfamilienhauses aus Kupferblech geht. „Auf den internationalen NE-Metallmärkten ist nichts knapp, und darin wird sich auch in den kommenden Jahren kaum etwas ändern", meinen Günther Saßmannshausen, Chef des hannoverschen Rohstoff- und Energiekonzerns Preussag AG, und sein Vorstandskollege Ekkehard Greinacher.

Besonders optimistisch scheinen die Experten bei der Marktentwicklung für Zink zu sein, zumal Automobilhersteller dieses Metall künftig verstärkt im Karosseriebau einsetzen wollen. Der Zinkverbrauch der westlichen Welt, der 1984 um gut drei Prozent auf 4,7 Millionen Tonnen angestiegen war, wird nach Schätzung der Preussag trotz eines Rückganges in 1985 (minus rund drei Prozent) bis zum Jahre 1990 jährlich um ein bis drei Prozent wachsen. Sorgen bereitet der augenblicklich gravierende Preisverfall bei Zink. Hatte Ende des 1. Quartals 1985 der Börsenpreis mit über 3000 DM je Tonne den absoluten Höchststand nach dem Krieg erreicht, so liegt er derzeit bei etwa 1700 DM je Tonne. Man könne froh sein, wenn sich der Zinkpreis 1986 wieder bei 2500 DM stabilisiert habe, meinen Saßmannshausen und Greinacher.

Preissorgen gibt es auch beim Blei. Der augenblickliche Preis von 1100 bis 1200 DM je Tonne sei schon seit geraumer Zeit nicht mehr auskömmlich. Bei einer hohen Recycling-Quote von etwa 46 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland, die sich zum Großteil aus der Rückgabe von alten Autobatterien ergibt, werde der Bleiverbrauch in den nächsten fünf Jahren nicht nur im Inland stagnieren. 1984 hatte der Verbrauch in der Bundesrepublik mit einem Zuwachs von zwölf Prozent auf 357 000 Tonnen eine außerordentlich gute Entwicklung genommen, während er in der westlichen Welt um rund drei Prozent auf 3,96 Mill. Tonnen angestiegen war.

Nicht zuletzt wegen der guten Auftragslage in der Elektroindustrie und im Maschinenbau werden dem Kupfer bis 1990 in der westlichen Welt Zuwachsraten von ein bis drei Prozent im Jahr durchaus zugetraut, nachdem 1984 hier ein Zuwachs von elf Prozent auf 7,6 Mill. Tonnen zu verzeichnen war. Kupfer habe wegen seiner hervorragenden elektrischen Leitfähigkeit nichts an seinem Ruf eingebüßt. Daran habe bisher auch die Glasfaser nicht rütteln können.

Den größten Zuwachs erwarten die Experten bei Aluminium. Bis 1990 sollen es in der westlichen Welt jährlich vier Prozent sein. Bereits 1984 hatte es hier eine Verbrauchssteigerung um 4,3 Prozent auf 12,6 Mill. Tonnen gegeben. Aufgrund der großen Einsatzgebiete von Aluminium scheint der Optimismus nicht unbegründet zu sein. Nachdem bis 1983 die Preisentwicklung nicht rosig war, sei 1984 wenigstens mengenmäßig wieder ein gutes Jahr gewesen, meint Saßmannshausen. Doch habe sich 1984 und im 1. Halbjahr 1985 preislich nicht viel bewegt. Kapazitäten, die man aufgrund der schlechten Preise weltweit aus dem Markt genommen habe, seien viel zu früh wieder eingeschaltet worden. Seit dem Sommer fallen die Preise.

ÖSTERREICH / Das Haushaltsdefizit wird erstmals seit zwei Jahren wieder steigen

Stabilisierung wäre bereits ein Erfolg

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Wenn der österreichische Finanzminister Franz Vranitzky am 23. Oktober seinen Budgetvoranschlag für 1986 präsentiert, dann sind kaum mehr Überraschungen zu erwarten. Denn schon jetzt ist die interessanteste Kennziffer in etwa bekannt: Das Defizit und damit das Ausmaß der Neuverschuldung.

Das Bruttodefizit wird mit rund 103 Mrd. Schilling (14,4 Mrd. DM) erstmals die 100-Milliarden-Grenze übersteigen; abzüglich der Tilgungsraten für früher eingegangene Schulden ist mit einem Nettodefizit von fast 70 Mrd. Schilling zu rechnen – das werden etwa 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein.

Um diese Marke zu erreichen, war ein Kraftakt des seit einem Jahr agierenden Finanzministers nötig. Denn die ursprünglich von der Regierungsmannschaft vorgelegten Finanzierungswünsche hätten ein Bruttodefizit von 131 Mrd. Schilling verursacht. Damit wäre das Nettodefizit auf 80 Mrd. oder rund 5,5 Prozent des BIP geschnellt. 20 Mrd. nahm Vranitzky seinen Ministerkollegen insgesamt weg, was nicht ohne Friktionen abging. Allerdings wollte letztlich nur Verteidigungsminister Frischenschlager den Protestmarsch zum Bundeskanzleramt antreten, fügte sich dann aber doch den harten Sparmaßnahmen von Vranitzky.

Dennoch steigt das Defizit erstmals seit zwei Jahren nach einer Stabilisierung bei rund 60 Mrd. Schilling wieder an. Davor hatte der frühere Finanzminister Herbert Salcher das Defizit bis auf 5,8 Prozent des BIP im Jahre 1983 schnellen lassen. Ehe die Regierung ein „Maßnahmenpaket" für 1984 mit kräftigen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen und einem Gesamteffekt von 34 Mrd. Schilling beschloß. Im Voranschlag für 1985 ist eine Dimension von 4,4 Prozent vorgesehen, tatsächlich dürften es im Vollzug dann 4,6 Prozent des BIP werden.

Der österreichische Staatshaushalt ist derzeit von drei Sonderfaktoren geprägt:

Erstens erfordern früher eingegangene Schulden mit zunächst tilgungsfreien Jahren 1986 und 1987 sprunghaft Mehrausgaben für den Schuldendienst im Ausmaß von weit mehr als 10 Mrd. Schilling.

Zweitens steckt in der Struktur des Staatshaushaltes ein strukturell wachsendes Defizit, das neben dem Finanzschuldenaufwand vor allem aus dem Sozialbudget, dem Personalaufwand und einzelnen Staatsbetrieben wie der Bundesbahn oder verstaatlichten Industrie stammt.

Und drittens wird die Konjunktur wesentlich von den Warenausfuhren gestützt, was die Ergiebigkeit der Mehrwertsteuer reduziert.

Durch all diese Faktoren werden die normalerweise positiven Auswirkungen einer guten Konjunktur neutralisiert. Anstatt einer Defizitreduzierung muß ein Stabilisieren des Anteils am BIP bei genannten 4,6 bis 4,8 Prozent schon als Erfolg angesehen werden.

Der in den siebziger Jahren geprägte Austro-Keynesianismus findet damit keine Fortsetzung, weil dem Deficit-Spending kein Defizitabbau folgen kann.

Eine Änderung dieser Tendenzen könnte nur durch einschneidende gesetzliche Maßnahmen erfolgen. Diese sind aber nicht vor den nächsten Nationalratswahlen im Jahr 1987 zu erwarten.

EG und Südostasien suchen Kooperation

dpa/VWD, Bangkok

Die Europäische Gemeinschaft und die südostasiatische Staatengemeinschaft Asean wollen auf ihrer ersten gemeinsamen Wirtschaftsministerkonferenz am 16. und 17. Oktober in Bangkok zu einer engeren wirtschaftlichen Kooperation finden, die richtungsweisend bis ins nächste Jahrhundert sein soll. Das in Bangkok zur Verlängerung anstehende Kooperationsabkommen von 1980 hat aus der Sicht der Südostasiaten die ursprünglichen Erwartungen nicht ganz erfüllt. In der Bangkoker Begegnung mit den europäischen Wirtschafts- und Handelsministern wollen Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen und Brunei die Europäer anregen, mehr zu investieren.

Mexiko bittet um Stundung

AP, Mexiko-Stadt

In einem Fernschreiben an internationale Großbanken hat das mexikanische Finanzministerium um Stundung der Rückzahlung der Staatsschulden gebeten. In dem Schreiben, das von mehreren Zeitungen veröffentlicht wurde, hieß es, daß Mexiko für das laufende Jahr weitere 500 Mill. Dollar und 1986 vier Mrd. Dollar benötige. Im Oktober und November sind Rückzahlungen in Höhe von 950 Mill. Dollar fällig. Die internationalen Banken hatten vor wenigen Tagen die Aufschiebung der Zahlung um sechs Monate gewährt.

In dem Schreiben wurde darauf verwiesen, daß die mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelten Ziele nicht erreicht werden könnten.

Veba-Aktie jetzt auch in Wien

frei. Wien

Die Hausse an der Wiener Börse macht sich jetzt auch der deutsche Energiekonzern Veba AG zunutze. Zum Kurs von 525 (1840 Schilling oder 263 DM je 50-DM-Aktie) wurden nach den deutschen Börsen, Amsterdam und Zürich am 4. Oktober auch in Wien erstmals Veba-Aktien gehandelt.

Finanzvorstand Klaus Piltz wies anläßlich der Börseneinführung in Wien darauf hin, daß im ersten Halbjahr 1985 der Konzernüberschuß mit 245 Mill. DM um zehn Prozent höher lag als im Vergleichzeitraum des Vorjahres. Daher sei 1985 zumindest mit derselben Dividende wie 1984 (neun DM je 50-DM-Aktie) auf das zwischenzeitlich von 1,69 auf 1,97 Mrd. DM erhöhte Kapital zu rechnen.

MODE / Italiens Bekleidungsindustrie spürt wachsende ausländische Konkurrenz

Einbußen sind nur schwer aufzufangen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Bekleidungsindustrie ist besorgt über die wachsende Konkurrenz aus den sechs europäischen Partnerländern. Darüber hinaus fürchtet sie, daß infolge des schwächeren US-Dollar auf dem amerikanischen Markt das Verkaufen in den nächsten Monaten schwieriger wird. Die vom 6. bis zum 10. Oktober in Mailand von den Verbänden des Einzelhandels (Milano Vendemoda) und der Bekleidungs- und Maschenindustrie (Modit) veranstalteten Modemessen zeigen, daß die weiter hohe Inflationsdifferenz gegenüber den Hauptabsatzmärkten den italienischen Exportunternehmen das Leben zunehmend schwer macht.

Marktpositionen können in steigendem Maße nur noch durch Preis- und Ertragseinbußen gehalten werden. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die italienischen Ausfuhren von Damen-Oberbekleidung (DOB) und Damen-Strickwaren gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nur noch um 18,1 Prozent (mengenmäßig um beinahe 14 Prozent), während im ganzen Jahr 1984 der Zuwachs 25,3 Prozent betragen hatte. Schwächetendenzen zeigen sich neuerdings vor allem auf dem westdeutschen Markt, in Großbritannien und in Holland. Dabei macht sich in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend der Angebotsdruck der dortigen DOB-Industrie bemerkbar, die nicht nur durch ihr günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis, sondern auch durch ihr modisches Styling den Italienern erhöhte Kraftanstrengungen abfordert.

Die italienische Industrie macht sich über diese Entwicklung große Sorgen, da Einbußen auf den europäischen Märkten nicht mehr wie in den Jahren 1983 und 1984 durch einen verstärkten Absatz in den USA ausgeglichen werden können. Die Bundesrepublik war am Absatz von italienischer DOB und Strickwaren im Damenmodebereich im vergangenen Jahr mit beinahe 32 Prozent, die Vereinigten Staaten mit zehn Prozent beteiligt.

In Zukunft will sich die italienische Industrie verstärkt auf diese neue Konkurrenz einstellen. Stark gefördert wird die Anpassung durch die Verbände der italienischen Bekleidungs- und Maschenindustrie. Eine der Konsequenzen, die die Verbände in diesem Zusammenhang gezogen haben, ist die Durchforstung der von ihnen veranstalteten Mailänder Designer-Schauen: Die Zahl der daran beteiligten Stylisten wurde um ein Drittel vermindert.

GROSSBRITANNIEN / 706 deutsche Tochterfirmen

Investitionen verdoppelt

dpa/VWD, London

Großbritannien ist das beliebteste europäische Land für Direktinvestitionen deutscher Unternehmen. Dies ergab eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Großbritannien. Das Vereinigte Königreich rangiert nach den USA in der Weltrangliste der deutschen Auslandsinvestitionen an zweiter Stelle. Anfang 1985 erreichten die Direktinvestitionen deutscher Gesellschaften 6,1 Mrd. DM. Seit 1982 seien die Direktinvestitionen in Großbritannien damit „mehr als verdoppelt" worden.

Nach einer Umfrage bei den Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen teilten 87 Prozent der Befragten mit, daß sie in den kommenden fünf Jahren weiter im britischen Markt expandieren wollen. Etwa 25 Prozent der Firmen, die bisher nur importierten, wollen in diesem Zeitraum mit der Produktion in Großbritannien beginnen.

Insgesamt gibt es hier 706 Tochterfirmen deutscher Gesellschaften, die sich vor allen Dingen auf den Londoner und den südostenglischen Raum konzentrieren. Davon sind 508 Verkaufsniederlassungen und Importorganisationen, während 198 Gesellschaften eigene Produktionsstätten haben. Insgesamt beschäftigen die deutschen Töchter über 50 000 Menschen in Großbritannien.

Automobile, Metallwaren, Chemieprodukte und Maschinen sind die wichtigsten deutschen Exportgüter oder in Großbritannien gefertigten Erzeugnisse. Die immer stärkere Präsenz der deutschen Wirtschaft in Großbritannien zeige sich auch in der Vervierfachung der deutschen Exporte seit 1975: Die Ausfuhren erhöhten sich im vergangenen Jahr auf 40,6 Mrd. DM.

OECD / Bericht über eine „neue Jugendpolitik" erstellt

Qualifikation oft mangelhaft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Jugendarbeitslosigkeit hat während der letzten Jahre in sämtlichen westlichen Industriestaaten überdurchschnittlich stark zugenommen. Von ihr besonders betroffen sind inzwischen die über 20jährigen. Diese sehr geburtenstarken Jahrgänge stammen aus dem Babyboom vom Ende der 50er bis Mitte der 60er Jahre. Ihm müßten die Regierungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit viel größere Beachtung als bisher zollen, heißt es in dem OECD-Bericht über eine „neue Jugendpolitik".

Während man bisher die Jugendarbeitslosigkeit global zu bekämpfen versuchte, müsse jetzt festgestellt werden, daß der Babyboom eine „Hochrisikogeneration" hervorbrachte. Sie sei quantitativ und qualitativ nicht den Bedürfnissen der Wirtschaft gewachsen; Bedürfnisse, die sich nach der Ausbildung dieser Jahrgänge stark verändert haben.

Als Handikap werden genannt die zu starke berufliche Spezialisierung auf Wirtschaftszweige, die wenig Entwicklungschancen besitzen, der vor einigen Jahren noch weitverbreitete vorzeitige Schulabgang und in der Berufsausbildung die Unterschätzung des technologischen Fortschritts (Computer).

Aber auch im Berufsleben selbst treten die über 20jährigen Jugendlichen oft auf der Stelle, weil sie mangels geeigneter Ausbildung ihre Erfahrungen kaum verbessern könnten. Die *OECD bezeichnet dies als neue* Schwierigkeit. Selbst wenn man diese Jugendlichen umschult, würden sie ihre Ausbildungsprobleme noch lange mit sich herumschleppen. Dies gelte besonders für die wenig qualifizierten.

Allerdings sind nicht in allen Ländern die Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahre von der Arbeitslosigkeit gleichermaßen betroffen. Bei den sieben größten OECD-Ländern beträgt ihre Quote durchschnittlich 15,3 Prozent gegenüber einer allgemeinen Arbeitslosigkeit von 7,5 Prozent der aktiven Bevölkerung. In der Bundesrepublik sind es 10,1 (10,5) Prozent, in Frankreich 26,1 (11,3) Prozent und in Italien 34,1 (11) Prozent.

FRANKREICH / Wettbewerbsfähigkeit im Blick

Sinken die Lohnstückkosten?

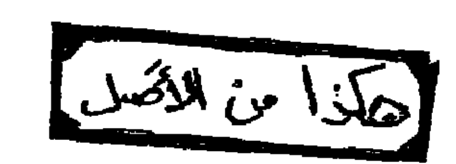
J. Sch. Paris

Die französische Regierung will die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im nächsten Jahr weiter stärken. Sie setzt dabei vor allem auf einen erneuten Rückgang der Reallöhne und auf verstärkte Produktivitätsfortschritte. Demzufolge sollen die Lohnstückkosten in diesem Jahr nur noch um 2,8 Prozent gegenüber fünf Prozent 1984 steigen und im nächsten Jahr sogar um ein Prozent zurückgehen. Dies ist einem Zusatzbericht zum neuen Haushaltsplan zu entnehmen.

Darin wird unterstellt, daß die Reallöhne in diesem Jahr um 0,3 und im nächsten um 0,2 Prozent schrumpfen, wobei die Inflationsrate von fünf auf drei Prozent zurückgehen soll, was ein optimistischer Voranschlag ist. Würde die Teuerung höher ausfallen, dann könnte der Kaufkraftschwund noch stärker sein. Allerdings sollen höhere soziale Leistungen und eine Einkommenssteuersenkung die gesamten Realeinkommen um 1,3 Prozent (nach 1,1 Prozent 1985) verbessern.

Die Produktivitätsfortschritte der Unternehmen werden für 1986 auf 2,5 bis drei Prozent veranschlagt. Dies und der reale Lohnrückgang würde den Unternehmen erlauben, ihre Gewinnmarge auf 27,3 (25,3) Prozent und ihre Selbstfinanzierungsmarge auf einen Rekord von 89,5 Prozent zu bringen. Im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984 hatte diese Marge 58,7 Prozent erreicht.

Im übrigen will die Regierung das Gleichgewicht der französischen Handelsbilanz wiederherstellen. Sie unterstellt dabei einen sinkenden Dollarkurs.



INFORMATIONSTECHNIK / Mit Geschäft zufrieden

Arbeitsplatz-Angebot steigt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Schon in einem halben Jahrzehnt wird der „normale" Büro-Arbeitsplatz sehr aufgeräumt aussehen, sollte eine Prognose des Fachverbands Informations- und Kommunikationstechnik im ZVEI Wirklichkeit werden. An die Stelle der vielen Geräte zur Informationsbewältigung – Telefon, Schreibmaschine, Bildschirm-Termial, Telekopierer usw. – soll danach nämlich ein einziges Gerät treten, das jeweils alle benötigten Funktionen in sich vereinigt.

Von den Vorbereitungen für diese Integration der bisher separaten Techniken profitiert vor allem die Nachrichtentechnik bereits heute. Denn die Umstellung auf die Digitaltechnik, Voraussetzung für das Zusammenwachsen der verschiedenen Kommunikationsmittel, ist – in erster Linie im Bereich der öffentlichen Übertragungswege der Deutschen Bundespost – schon in vollem Gange, und das nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland.

Sie brachte der Nachrichtentechnik, die im Zeitraum von 1980 bis 1983/84 (auch technisch bedingte) Beschäftigungsprobleme zu verkraften hatte, eine spürbare Erholung. Mit derzeit rund 100 000 Arbeitsplätzen hat die Branche inzwischen wieder das Niveau von 1980 erreicht – 1983 war sie auf dem Tief von 92 000 Mitarbeitern angelangt.

Bis zum Jahresende soll die Zahl auf 102 000 bis 104 000 Arbeitsplätze weiter steigen. Und ohne die Engpässe im Markt der Fachkräfte wäre sogar ein Sprung auf 108 000 bis 110 000 Beschäftigte möglich, so der Fachverbandsvorsitzende Gerd Wigand. Kontinuierlich aufwärts geht es auch im Schwester-Bereich der Datenverarbeitung, der die Zahl seiner Arbeitskräfte im ersten Halbjahr um fünf Prozent auf 72 400 Mitarbeiter ausweitete.

Mit dem Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr dieses Jahres sind beide Teilbranchen zufrieden. Ihre Gesamtproduktion nahm gegenüber dem gleichen Vorjahreswert um 20,3 (real: 18,9) Prozent auf 13,1 (10,9) Mrd. DM zu. Dabei führte die Datenverarbeitung mit einem Zuwachs um 22 Prozent auf 7,2 (5,9) Mrd. DM, gefolgt von der Drahtnachrichtentechnik mit einem Plus von 20 Prozent auf 4,6 (3,8) Mrd. DM und der Funktechnik, die um 15 Prozent auf 1,33 (1,16) Mrd. DM wuchs.

Das Jahresziel, den gesamten Umsatz der Branche um rund 15 Prozent auszuweiten, dürfte nach den bisher vorliegenden Auftragseingängen noch recht vorsichtig gegriffen sein. Zwar hielt sich die Nachfrage in der Nachrichtentechnik lediglich „auf dem bisherigen hohen Niveau". Doch die EDV-Hersteller erhielten neue Aufträge, die um 34 (preisbereinigt: 32) Prozent über dem Vorjahresniveau lagen.

Bemerkenswert dabei: Erstmals seit vielen Jahren verbucht die Datenverarbeitung 1985 eine Preissteigerung. Sie ist die Folge des wachsenden Anteils an arbeitsintensiver Software, der die Einsparungen der Mikroelektronik allmählich auffrißt.

BIOTECHNICA / Forschungszentrum Niedersachsen

Europa hat Nachholbedarf

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Als eine Zukunftstechnologie, deren Zukunft bereits begonnen hat und die schon bald die gleiche Bedeutung wie die Mikroelektronik erlangen könnte, *bewertet Niedersachsens* Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens die Biotechnologie. Bei der Eröffnung der Biotechnica '85, die vom 8. bis 10. Oktober in Hannover stattfindet, meinte Cassens, langfristig gesehen dürfte es kaum einen Lebensbereich geben, den die Biotechnologie nicht nachhaltig beeinflussen wird.

Die Umsetzung biotechnologischer Forschungsergebnisse könne dazu beitragen, Probleme im Bereich der Ernährung, des Umweltschutzes und der Gesundheit zu bewältigen. Es sei denkbar, daß das Weltmarktvolumen dieses Bereichs von heute rund 45 Mrd. DM bis Ende der neunziger Jahre auf mehr als das Zehnfache ansteige.

Der Minister verwies auf den Nachholbedarf, den die Europäer insgesamt und die Bundesrepublik im besonderen vor allem gegenüber den USA und Japan in „dieser volkswirtschaftlich so wichtigen Disziplin" haben. *In der deutschen Forschung* indes seien die Chancen der Biotechnologie erkannt worden. Staat, Wirtschaft und Wissenschaft hätten die Herausforderung angenommen, den Vorsprung der Amerikaner und Japaner aufzuholen.

Die Einigung der EG-Staaten auf das Biotechnikprogramm „FAST" und das kürzlich vorgelegte Biotechnologie-Programm der Bundesregierung seien deutliche Hinweise. Niedersachsen nehme dabei eine führende Rolle ein. So werde die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF) in Braunschweig mit erheblichem Investitionsaufwand „zum nationalen Zentrum der biotechnologischen Großforschung" ausgebaut.

PITTLER / „Ausgeglichenes Ergebnis ist erreichbar"

Auftragsbestand verbessert

VWD, Frankfurt

Nach langen Verlustjahren will die Pittler Maschinenfabrik AG, Langen, 1985 endlich aus den „roten Zahlen" heraus. Umsatz und Gesamtleistung würden in diesem Jahr aufgrund der guten Auftragslage über den Vorjahreswerten liegen, so daß einschließlich der noch zu bewältigenden Altlasten 1985 ein „ausgeglichenes Ergebnis" erreichbar erscheine, betont der Vorstand im Geschäftsbericht. Der schon zu Jahresbeginn gute Auftragsbestand habe sich inzwischen weiter verbessert und lag Ende Juli 1985 mit 77,5 Mill. DM um rund 20 Mill. DM über dem Stand von Ende 1984. Weiterer Aufschluß über die Situation bei Pittler nach dem kürzlichen Übergang der von Gildemeister gehaltenen 48-Prozent-Beteiligung an die Rothenberger-Gruppe ist auf der HV am 31. Oktober in Langen zu erwarten, die auch über die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 9,24 Mill. DM beschließen soll.

Das Jahr 1984 hat Pittler erneut einen Verlustabschluß gebracht. Der mit 4,97 Mill. DM gezeigte Bilanzverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen. Nach Vorstandsangaben ist der Betriebsverlust zwar niedriger ausgefallen als im Vorjahr, konnte aber durch das neutrale Ergebnis (Rückgriff auf Vorjahres-Vorsorge und Verkauf von Vermögenswerten) nicht voll ausgeglichen werden. Hinweise auf die Größenordnung des Gesamtverlusts gibt der Ausweis von 2,76 Mill. DM Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und von *6,53 Mill. DM* an *außerordentlichen* Erträgen, von denen allein 5,17 Mill. DM aus Grundstücksverkäufen stammten.

Im Zuge der Programmbereinigung sind 1984 der Umsatz um 27 Prozent auf 69,7 Mill. DM – bei einem von 48,9 auf 60 Prozent gestiegenen Exportanteil – *und auch* die Belegschaft weiter um 83 auf 628 Mitarbeiter zusammengeschrumpft.

NAMEN

Lorne R. Waxlax, Vorstandsvorsitzender der Braun AG, Kronberg, ist zum Executive Vice President der Gillette Company berufen worden. Seine Nachfolge an der Braun-Spitze übernimmt **Robert J. Murray**, der Anfang Juni 1985 zum stellvertretenden Vorstandschef der Braun AG berufen wurde.

Rainer Buchheld wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, berufen.

Dr. **Dirk Severin** (44), von 1982 bis 1985 Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Agip in Deutschland Ag, München, und der Pressestelle der ENI in Deutschland, übernahm am 1. Oktober die neugeschaffene Position des Leiters Öffentlichkeitsarbeit der Wacker-Chemie, München.

Heinz Gnädig, bisher Generalbevollmächtigter der Deutsche Kredit- und Handelsbank AG (DKH), Berlin, ist mit Wirkung vom 1. Oktober zum Vorstandsmitglied der Bank bestellt worden. Er st Nachfolger von **Friedhelm Ehlers**, der zum 30. Septembei ausgeschieden ist.

Dr. **Wolfgang Grünbein**, Leiter der Abteilung Verfahrenstechnik II der Hoechst AG, Frankfurt, wird mit Wirkung vom 15. Oktober 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Cassella AG, Frankfurt, berufen.

ENKA / Wieder Personalaufbau im deutschen Teilkonzern – Mangel an Ingenieuren

Kräftiger Anstieg der Investitionen

J. GEHLHOFF, Wuppertal

Ein nun wieder kerngesundes Unternehmen schaue mit zunehmender Zuversicht in die Zukunft. Josef R. Hutter als Vorstandsvorsitzender der zum holländischen Akzo-Konzern gehörenden Enka-Gruppe, Wuppertal, des (nach dem Dupont-Konzern) zweitgrößten Chemiefaserproduzenten, belegt das mit einer Fülle positiver Daten.

In den ersten drei Quartalen 1985 sei der konsolidierte Gruppenumsatz (jeweils etwa ein Drittel textile und technische Chemiefasern sowie sonstige Produkte) bei fünf Prozent Zunahme des Chemiefaserversands um sieben Prozent auf 3,6 Mrd. DM gewachsen. Im Gewinn werde man an das bisher beste Enka-Jahr 1984 (201 Mill. DM) „anknüpfen". Die Sachinvestitionen sollen im Zeitraum 1985/87 auf reichlich eine Mrd. DM und damit um gut die Hälfte über die vorangegangene Dreijahresperiode gesteigert werden.

Erstmals nach etlichen Jahren der massiven Schrumpfung und Strukturbereinigung stockt auch der deutsche Teilkonzern, bei dem rund die Hälfte aller Beschäftigten der Gruppe arbeitet, die Zahl seiner Arbeitsplätze wieder nennenswert auf. Vorwiegend durch neue Produktionskräfte erhöhte sich hier die Mitarbeiterzahl im bisherigen Verlauf von 1985 um 550 auf 16 000. Es könnte noch einiges mehr sein, wenn man nur genügend hochqualifizierte Fachkräfte bekäme. Doch Ingenieure für neue Produktgebiete und herkömmliche Textilingenieure seien inzwischen Mangelware.

Den westeuropäischen Chemiefasermarkt sieht der Enka-Chef auch im Textilbereich derzeit in guter Verfassung. Der Gesamtversand aller Produzenten sei bis August 1985 bei 4 Prozent Exportminderung und 4 Prozent höherem Westeuropa-Absatz um zwei Prozent auf 1,8 Mill. Tonnen gewachsen. Für 1986 rechne man in Westeuropa mit 1,5 bis zwei Prozent weiterem Absatzplus.

Die Enka-Gruppe, deren Chemiefaserkapazitäten (jeweils *200 000* Tonnen textile und technische Fasern) derzeit bis auf den Bereich „Polyamid textil" voll ausgelastet sind und zum Teil mit der Nachfrage nicht Schritt halten können, *steckt ein Drittel* ihres Milliarden-Investitionsprogramms in Modernisierung und Rationalisierug ihres textilen Faserbereichs. Erweiterungen sind dagegen bei technischen Fasern vorgesehen sowie in den besonders wachstumsträchtigen „faserfernen" Bereichen von Membranen über Textilmaschinenbau bis zu technischen Kunststoffen.

Für letztere Produktgruppe spricht der Vorstand von „ausgezeichneten" Marktchancen. Nicht mehr ferne Zukunftsmusik sei die Kombination von hochwertigen Kunststoffen mit superstarken Fasern. Als einziger Lieferant der Welt verfüge da Enka ab 1986 aus eigener Produktion über die hochfesten Kohlenstoffasern (Tenex) und Aramidfasern (Twaron), die erheblich fester als Stahl und leichter als Aluminium sind. Mit höheren Festigkeiten nehme dann der Kunststoff in vielen Anwendungsgebieten *„die Konkurrenz mit Metallen* erfolgreich auf". Im Markt freilich müsse noch gegen die „alteingesessene *Stahl-Mentalität"* Überzeugungsarbeit geleistet werden.

PIEROTH / Geschäftsführer Adolf Huber scheidet bei dem Familienunternehmen aus

Überraschender Wechsel an der Spitze

Nea. Frankfurt

Völlig überraschend ist Adolf Huber, geschäftsführender Gesellschafter der im Zusammenhang mit der Glykolaffäre in Schwierigkeiten geratenen Weinhandelsfirma Pieroth, aus dem Unternehmen ausgeschieden. Der Schritt wirkt um so erstaunlicher, als Huber noch vor knapp drei Wochen als Sprecher der teilweise neu besetzten Geschäftsführung der Öffentlichkeit ein Sanierungskonzept präsentiert hatte.

Gründe gab das Unternehmen nicht bekannt. Nachfolger in der Funktion des Sprechers der Geschäftsleitung soll der 38jährige Ulrich Henzler werden. Henzler arbeitet seit elf Jahren für die Gruppe, zuletzt für Pieroths Franchise-Nehmer in den USA. Neben dem in die Geschäftsführung *aufgerückten* früheren Auslandschef Peter Winter ist er der zweite Mann von draußen, der dem vor allem auf dem Inlandsmarkt ins Rutschen gekommenen Unternehmen wieder auf die Beine helfen soll.

Die bis zur Glykol-Affäre als finanziell kerngesund geltende Pieroth-Gruppe ist ein reines Familienunternehmen. Knapp 45 Prozent der Anteile liegen beim Firmengründer Elmar Pieroth, Wirtschaftssenator in Berlin, der seine Stimmrechte im Unterneh*men allerdings an einen Treuhänder* abgetreten hat. Gut 40 Prozent hält Elmars Bruder Kuno Pieroth, weitere 14 Prozent Dieter Pieroth, ein Neffe der beiden Brüder. Adolf Huber, der weniger als ein Prozent der Anteile hält, soll als Gesellschafter in der Firma bleiben.

*Die als Folge der Weinpanscheraf*färe entstandenen Probleme bei Pieroth sind vor allem akute Liquiditätsschwierigkeiten, da das Unternehmen freiwillig seinen Kunden sämtliche österreichischen Weine (ob beanstandet oder nicht) und alle auf der Glykolliste stehenden deutschen Weine umtauscht. Außerdem werden die Umsatzverluste im Inland für 1985 inzwischen auf knapp 60 Mill. DM geschätzt.

Huber hatte noch Mitte September *angekündigt, die „zwingenden Ände*rungen personeller und sachlicher Art" in der Firma würden bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Dazu sollte auch die Entlassung von ca. 150 Mitarbeitern gehören. Mit einer Erklärung der neuen Geschäftsleitung wird für die nächsten drei bis vier *Wochen gerechnet.*

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Unveränderte Dividende

Gütersloh (dos) – Die Bertelsmann AG, *Gütersloh*, wird für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) das Genußkapital von 330 Mill. DM mit einer unveränderten Dividende von 15 Prozent bedienen. Die Genußrechte liegen überwiegend in den Händen der Mitarbeiter und sollen im März 1986 an der Börse eingeführt werden. Nach Angaben des Medien-Konzerns ist auch für das laufende Geschäftsjahr mit der gleichen Verzinsung des Genußkapitals zu rechnen. Die Ergebnisse 1984/85 hätten in allen Unternehmensbereichen die entsprechenden Vorjahreswerte übertroffen.

Internationale Maklerkette

Düsseldorf (Py.) – Führende europäische und amerikanische Versicherungsmakler haben sich zur Internet zusammengeschlossen, einem Verbund, der gebündelte und exklusive Maklerdienstleistungen für Versicherungsnehmer aus Industrie und Handel ermöglicht. Gründungsmitglieder sind Funk & Co (International) GmbH, Hamburg, die auch den Vorsitzenden, Leberecht Funk, stellt, S. F. A. L, Paris, Minet Insurance Brokers, London, Taverna International SpA., Mailand, und Corroon & Black International, New York. Die Mitglieder wollen noch wirkungsvoller ihre nationalen Marktkenntnisse über das Netz von Niederlassungen und Dienstleistungen multinational tätigen Unternehmen anbieten.

Börsenumsatz verdoppelt

Berlin (tb) – Die Berliner Börse hat ihren Umsatz in den ersten neun Monaten fast verdoppelt. Insgesamt wurde bis Ende September 5,33 (Vorjahr: 2,92) Mrd. DM an Aktien und 3,24 (1,42) Mrd. DM an festverzinslichen Wertpapieren umgesetzt.

Großauftrag für Claas

Harsewinkel (dos) – Einen Auftrag im Wert von 5,7 Mill. DM hat der Bereich Fertigungstechnik der Claas oHG, Harsewinkel, aus Großbritannien erhalten. Nach Angaben des Landmaschinenherstellers bestellte die Ford Motor Company, Dagenham, eine automatische Werkstück-Transportausrüstung für die Fertigungsanlagen eines neu entwickelten Pkw-Motors. Die Claas-Fertigungstechnik entwickelt und baut seit langem auch für Fremdabnehmer Werkzeuge und Sondermaschinen.

Neuer Firmenname

Hannover (dos) – Nach der Verschmelzung der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, und der Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover, wird die Rechtsnachfolgerin einen neuen Namen erhalten. Der außerordentlichen Hauptversammlung am 19. November wird vorschlagen, die Preußische Elektrizitäts-AG, auf die das Vermögen der NWK übertragen wurde, in „Preußenelektra AG" umzubenennen. Sitz der Gesellschaft ist Hannover.

Überkapazitäten

Hamburg (dpa/VWD) – Die Hapag-Lloyd AG stellt ihren Trans-Pazifik Containerdienst zwischen der Westküste Nordamerikas und Asien gegen Ende dieses Jahres ein. Wie die Reederei in Hamburg mitteilte, haben in diesem Fahrtgebiet Überkapazitäten und der Verfall der Frachtraten „ein Ausmaß erreicht, welches eine rentable Fortführung des Dienstes nicht mehr ermöglicht".

FÜRST VON LIECHTENSTEIN-STIFTUNG / Kunstsammlung von unschätzbarem Wert

Bank weitet internationales Geschäft aus

INGE ADHAM, Frankfurt

Als modern gemanagte Holding präsentiert sich die Fürst von Liechtenstein-Stiftung, die sich jetzt anschickt, mit der Ausstellung eines Teils der unermeßlichen Kunstschätze des *Fürstenhauses* im *New Yorker* Metropolitan Museum den Namen Liechtenstein auch für die Amerikaner zu einem Begriff werden zu lassen. Die Stiftung wurde 1970 gegründet, „das fürstliche Vermögen zu hüten und wenn möglich zu mehren", so ihr amtierender Präsident und Generalbevollmächtigter Christian Norgren.

Acht als unabhängige Proficenter arbeitende Anlagebereiche sind diesem Ziel untergeordnet, wobei die Kunstsammlung, deren Wert nicht bekannt ist, wohl eine Sonderrolle spielt. Als Hinweis: Die in New York gezeigten Exponate, nur ein kleiner Teil der im Schloß Vaduz im Depot lagernden Schätze, waren praktisch nicht versicherbar, für zwei Drittel gaben die USA stattdessen eine Staatsgarantie. Zum umfangreichen Grundbesitz des Hauses Liechtenstein im Fürstentum kommen Besitzungen *in* Österreich, auch in Weinbau, Land- und Forstwirtschaft, Beteiligungen in verschiedenen kleineren Unternehmen und ein recht starkes Landwirtschaftsengagement in den USA. Rund 10 Mill. US-Dollar sind darüber hinaus im Venture-Capital-Bereich in den USA bei derzeit 13 *Gesellschaften angelegt.*

Im Finanzsektor ist die Stiftung engagiert über ihre 95,4prozentige Beteiligung an der Bank in Liechtenstein (BiL). Unter der Ägide von Norgren, bei dem die einzelnen Aktivitäten zusammenlaufen, hat die Stiftung in den letzten Jahren ohne Zweifel durch Straffung auf der einen Seite und gezielte Diversifizierung auf der anderen ein neues Gesicht gewonnen. Wachsende Bedeutung wird für die Zukunft dem Finanzsektor zugemessen. Die Bank in Liechtenstein will eine weltweit tätige Investmentbank mit Schwergewicht auf Anlage- und Vermögensberatung werden.

Die rasante Entwicklung dieser Bank in den letzten Jahren zeigt bereits die Handschrift der auf internationales Wachstum ausgerichteten Strategie. Die Bilanzsumme expandierte von 1,5 Mrd. sfr (1980) auf gut 3,5 Mrd. sfr (1984), der ausgewiesene Reingewinn von 9,9 (1980) auf 22,2 Mill. sfr, die Eigenmittel erreichten 220 Mill. sfr (1980: 94 Mill. sfr). Dazu beigetragen hat ohne Zweifel die Verstärkung der internationalen Präsenz. Heute unterhält die BiL Tochtergesellschaften („grundsätzlich hundert Prozent") in London (Liechtenstein UK Ltd.), in Zürich (Bilfinanz- und Verwaltungs AG), Frankfurt (Bank in Liechtenstein – Frankfurt-GmbH) und New York (BiL Management Inc.). Auf der Wunschliste steht noch eine Verstärkung der Präsenz in der Schweiz ebenso wie ein Bein in Fernost, wobei Norgren vorerst Hongkong im Visier hat, für einen späteren Zeitpunkt auch Tokio.

Die New Yorker Tochter, bisher ausschließlich im Portfolio-Management tätig, hat im ersten Jahr ihres Bestehens ein Vermögensverwaltungsvolumen von rund 100 Mill. Dollar akquiriert, das zur Hälfte aus den USA, zur anderen Hälfte aus Europa und Südamerika stammt. Auch mit der Entwicklung der jungen Frankfurter Tochter zeigt sich Norgren zufrieden,sie habe sehr schnell auf dem Markt Fuß gefaßt.

Die international tätige Bank aus dem kleinen Fürstentum wird also auch für dieses Jahr gute Zahlen zeigen können. Dabei muß freilich berücksichtigt werden,daß wohl der überwiegende Teil der Aktivitäten der Bank nicht bilanzwirksam ist. Mehr als die Hälfte des Ertrages stammt aus diesem Bereich.

Als Anhaltspunkt für die Finanzkraft und das Vermögen der Stiftung gibt die Bank allenfalls ein Indiz. Festzuhalten bleibt, daß die nach modernen (und in der Regel gewinnbringenden) Grundsätzen geführte Stiftung es erst ermöglicht, solche Schätze wie das Gemälde Rubens von seiner Frau als Venus (das Bild darf aus Sicherheitsgründen nicht mit nach New York) oder den Wiener Gartenpalast zu unterhalten und erhalten. Auch dies ist Mäzenatentum im besten Sinne, aber Mäzenatentum by Management. Dazu gehört auch ein gelegentlicher Neuerwerb zur Abrundung der umfangreichen Liechtensteiner Sammlungen, die in 400 Jahren zusammengetragen wurden.

Aktien überwiegend aufwärts

Wachsende Nachfrage nach Chemiewerten

DW. – Am Wochenbeginn hielt die Kaufbereitschaft am deutschen Aktienmarkt an. Offensichtlich hat der feste Dollar die Aktivitäten der Ausländer beflügelt. Außerdem will man Anschaffungen englischer Investmentfonds beobachtet haben. Die Mehrzahl der Aktien schloß deshalb über den Freitagsnotierungen, obwohl die Aufwärtsbewegung immer wieder durch Glattstellungen des Berufshandels unterbrochen wurde. Daß an der freundlichen Tendenz auch zahlreiche Spezialwerte Anteil hatten, deutet auf inländische Käufe hin.

Bemerkenswert war am Wochenbeginn der sich nahezu im Gleichschritt vollziehende weitere Anstieg der Papiere der Großchemie um 4 bis 5 DM. Von den Spezialitäten des Chemiemarktes waren diesmal Altana und Beiersdorf gesucht. Von den Stahlaktien verbesserten sich Thyssen, während Hoesch nach dem ungewöhnlichen Aufwärtssprung an der Wochenschlußbörse zwar unter Gewinnmitnahmen litten, aber dennoch nicht nennenswert nachgaben. Daß die Spekulationsbereitschaft nach wie vor ausgeprägt ist, zeigte sich bei Conti-Gummi. Gerüchte, wonach ein japanischer Reifenkonzern dort trotz Stimmrechtsbegrenzung eine beherrschende Position anstreben soll, ließen das Papier unter lebhaften Umsätzen um etwa 5 DM anziehen. Autoaktien lagen fester. Dabei erreichten BMW nach einem Anstieg um mehr als 10 DM vorübergehend die Marke von 500 DM.

Frankfurt: Altana erhöhten um 4 DM, EVA um 14 DM und Metallgesellschaft um 11 DM. Nachgegeben haben Aesculap um 10 DM und Chemieverwaltung um 25 DM. Heidelberger Zement verloren 12 DM und Rheinmetall 17 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verloren 10 DM und Bilfinger 2,50 DM. Gildemeister verminderten um 4 DM und Leffers um 9 DM. Deutsche Texaco verbesserten sich um 9 DM, Hageda um 3 DM und Stinnes um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten um 2 DM. HEW waren bei 125,50 DM knapp gehalten und NWK-Vz. blieben mit 254 DM unverändert. Phoenix Gummi gaben auf 142,50 DM. Um 3 DM fester lagen Markt und Kühlhallen.

Berlin: DUB-Schultheiss wurden um 16 DM heraufgesetzt. Berliner Kindl erholten sich um 4 DM, Kempinski um 3 DM. Berthold und Schering erhöhten um 1,50 DM. Herlitz St. schwächten sich um 13 DM und Orenstein um 6 DM ab.

München: Aigner stockten um 4,80 DM und Bay. Hartstein um 12 DM auf. Um 20 DM verbesserten sich Energie Oberfranken und Patrizier um 30 DM. Nachgegeben haben Gehe um 11 DM, Hutschenreuther um 10 DM und Deckel um 5 DM.

Stuttgart: Daimler stiegen um 9 DM und Mercedes um 11 DM. Porsche legten 15 DM zu. Hohner gewannen 10,50 DM. Stuttgarter Hofbräu ST. und VA wurden um je 20 DM zurückgenommen.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 227,00 (225,11)
WELT-Umsatzindex: 5797 (5852)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 7.10.	4.10.	Frankfurt 7.10.	4.10.	Hamburg 7.10.	4.10.	München 7.10.	4.10.
[illegible]								

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

	7.10.	4.10.
H Aach M Betl 10	1696	1675
H Aach. M. Vers. 7	872	865
D Aach. Rück. 9	2400	2370
D Aseag *4	470G	470G
M Ack-Gogg. 6	141,5	144,5
H Adca 3	148	147
D Adler 9	300G	300
F Act 0	57,5bB	55,9
F AEG 0	157	156,8
D AEG KABEL 9	290T	290T
S Aesculap 9	439	433
F AGAB 5	123	121,5
D Agrippina *0	1450T	1450T
[illegible]		

	7.10.	4.10.
F Ceag 0	190	186,5
F Chem. Vw. *16	525	550
D Colonia 5	453	453
D Commerzb. 6	245,5	245
D Cobk.Reste+0 RM	18T	18T
D Conc. Chem. 4,5+3	340	340G
B Conc. Spinne * 0	405B	405B
D Contigas 7,5	375	368
D Conti Gummi 3	159,5	152,5
D Dahlb. St. 7,65	256	250
D dgl. Vz. 14,55	395bG	395G
S Daimler 10,5	975	966
M Deckel AG 0	210	215bG
D Dt. Atl. Tel. 10+1	510	490G
H Doag 5	369bB	360,5
D Dt. Babcock St. 3	176	179
[illegible]		

	7.10.	4.10.
D Hagen Batt. 5+1	156T	160bB
H Hall.-Maurer *0	158,5	165
D Hamb. Berg 7+1	261,5	265
H Ha.Hochb. *4+0,64	99B	99B
H HEW 5	125,5	126
H Hdl. Lüb. 9	-G	-G
Hn Hann. Papier 5,5	140,1	140
H Harmstorf 0	97,5	96,9
D Harpener 11	361	361
F Hartm. & B.St. 4	775	790T
F dgl. Vz. 4	100G	700G
M Hasen-Bräu 9	1050	1060G
S Heidelb. Zem. 7	417	–
M Hellt & W. 5	295	290G
D Hein. Lehm. *0	245	240T
D Helmr. Ind. *14+4	601bG	590T
[illegible]		

	7.10.	4.10.
H Maihak 4	240bB	245bB
F Mainkraft *15	600T	590G
F MAB 4,5+1	370B	370B
F dgl. Vz. 6,5+1	320bG	308G
D Mannesmann 4	233	231,5
F Mannh. Vers. 8	675	680
H Markt & K. 7	218	217
F MAN St. 0	188	190
F dgl. Vz. 0	180	182
F MAN-Rol. 20,2	455bG	456T
S M.Mül.Welog. *0	285bG	283
D Mauser 0	93,5	93
F Mercedes 10,5	872	862
F Metallges. 0	304	293
S Met. u. Lack 0	120,1G	120,1bG
S Müog 4,5	415	411bG
[illegible]		

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

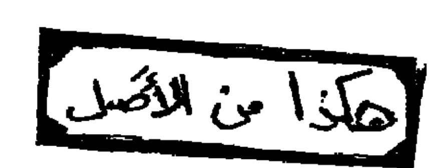
[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]



Inlandszertifikate

	Ausg. 7.10.	Rückn. 7.10.	Rückn. 4.10.
AAR-UNIV.F I	135,37	127,25	127,21
Adifonds	55,77	53,11	52,75
Adiventa	23,63	22,94	22,91
Adirewa	87,74	85,18	85,05
Aditec	86,47	82,35	82,41
Adiverba	134,89	130,57	130,62
Aegis Enk.-Fds.	39,81	37,90	38,10
Aegis Wachst.-Fds.	59,01	56,19	56,34
AGI Fonds	170,21	162,10	162,10
Akkumula	164,45	156,61	157,07
Alta Kapital Fds.	31,88	29,64	29,62
Allianz-Rentenfonds	126,87	123,78	123,71
Analytik Fonds	29,21	27,16	27,29
Ara-Rendit.	55,51	53,58	unerh.
AriDeka	47,20	45,31	45,12
Assecura I	70,27	69,92	69,92
Austr. Pazifik	52,10	50,58	51,10
Berenberg-U-Fonds	349,37	339,19	338,15
Berenberg-U-Renten	125,12	122,07	122,08
Bond Valor	114,48	111,43	111,40
BW-Renta-Univ.	56,27	54,90	54,90
BW-Wartberg-Univ.	113,50	109,40	109,40
Colonia Rentenfonds	52,06	50,29	50,47
Concentra	32,50	31,73	unerh.
dbi-Fonds V I	-	60,68	60,68
DekaFonds	44,01	41,81	41,50
DekaRent	33,50	32,52	32,63
DekaSpezial	194,64	184,91	184,32
DekaTresor	58,91	57,47	57,45
DespaFonds	84,36	80,14	80,14
DEVIF-Invest	86,40	82,24	81,96
DEVIF-Rent	56,70	54,97	55,04
DIFA-Fonds	179,90	170,80	170,80
DIFA GRUND	103,59	98,41	98,41
DIT Fonds f. Verm.	60,80	59,32	unerh.
DIT Rohstoffonds	79,06	76,76	unerh.
DIT Pazifikfonds	89,05	84,44	unerh.
DIT Technologiefonds	70,42	68,37	unerh.
DIT Fds.f.Wal.u.Opt.A	104,45	101,90	unerh.
Dt. Rentenfonds	85,90	84,22	unerh.
Dt. Vermögensb. Fds. A	33,50	31,72	31,43
dgl. I	48,78	46,45	46,38
dgl. R	28,05	27,25	27,23
DWS Bayern Spezial	81,50	77,48	77,34
DWS Energiefonds	94,85	92,50	93,20

	Ausg. 7.10.	Rückn. 7.10.	Rückn. 4.10.
Gerling Rendite	59,30	56,74	57,09
Gerling Dynamik	57,78	56,10	56,12
GKD-Fonds	68,85	64,18	65,97
Gothaerent	94,73	91,44	91,36
Grundbesitz-Invest.	74,30	70,72	70,65
Grundwert-Fonds	133,89	126,72	unerh.
Hbg.-M. Rentenfonds	59,87	57,57	57,54
Hansainternational	63,45	61,30	61,90
Hansaprofit	30,20	28,75	29,17
Hansarenta	50,27	48,57	48,54
Hansasecur	61,78	58,84	58,59
Hansazins	52,51	50,73	50,85
Haus-Invest	69,10	65,76	65,76
IF-Fonds Nr. 1	116,40	110,70	110,70
dgl. Nr. 2	75,50	71,80	71,80
Industria	51,39	49,89	unerh.
INKA-Global	69,90	66,60	66,60
INKA-Rent	52,00	50,40	50,40
INKA-Re-Invest	127,40	125,60	125,60
Inrenta	75,15	73,29	73,24
Interglobal	124,18	120,56	unerh.
Inter-Renta	41,60	40,37	40,59
Intervest	87,45	83,43	84,04
Interkapital	23,90	22,50	22,70
Int. Rentenfonds	91,17	88,95	unerh.
Investa	61,35	58,40	57,97
Investors Fds.	14,09	13,09	13,13
Japan-Pazifik-Fds.	66,79	64,84	65,59
Kapitalf. Spezial	114,35	105,77	106,44
Medico-Invest	105,33	96,60	97,20
Mestur I	24,54	24,54	24,54
NB Rent	58,51	57,18	57,25
Nordcumula	40,62	38,85	39,23
Nordrenta Int.	66,34	64,21	65,06
Nordstern-F. RK	52,66	50,87	51,02
Nürnberger Rentenfds.	52,30	49,95	50,05
Oppenh. Int. Rent.	103,76	100,73	100,72
Oppenh. Priva-Rent	112,25	108,97	109,52
Oppenheim-Privat	49,05	46,70	46,94
Oppenheim-Spez. I	121,40	117,85	117,79
Plusfonds	62,64	59,66	59,39
Privatfonds	57,20	54,46	54,63
Re-Inrenta	155,25	151,42	152,14
Regent-U-Fonds	115,67	110,16	110,16
Renditdeka	35,52	34,49	34,47
Rentak	155,18	147,42	147,34
Rentex	111,51	108,16	108,11
Rentensparfonds	57,58	56,29	56,27

Unispezial I; Unizins; Verm-Aufbau-F.; Verm.-Ertrag-F.

Auslandszertifikate (DM)

Austro-Inv.; Convert Fund A; Convert Fund B; Eurinvest; Eurunion; Formular Sel; GT Inv. Fund; Interspar; Japan Sel.; Unico

Fremde Währungen

Amerika-Valor sfr.; Asia Fd. $; Automation sfr; Bond-Invest sfr.; Bond Valor Yen; Bond Valor $; Canasec; CSF-Bonds sfr.; CSF-Int. sfr.; Convert Valor sfr.; Dreyfus $*; Dreyfus Int. $*; Dreyfus Intercont. $*; Dreyfus Leverage $*; Dreyfus Third C. $*; Energie-Valor DM; Europa Valor sfr.; Fonsa sfr.; Founders Growth $*; Founders Mutual $*; Goldmines Ltd.; Intercont. Tr. sfr.; Interswiss sfr.; Intervalor sfr.; Japan Portfolio sfr.; Kemper Growth $*; Nomurainvest $*; Pacific-Valor sfr.; Pharmafonds sfr.

Optionshandel

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder - Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Frust bei den Renten

Am Rentenmarkt verlief das Geschäft ausgesprochen schleppend. Abschläge bis zu 0,20 Prozentpunkten bei den Bundesanleihen und von 0,10 bei den Bundesobligationen machen deutlich, daß sich der sinkende Zinstrend am deutschen Kapitalmarkt vorerst verabschiedet hat. Die Rentenhändler sehen auch im Augenblick keinen Anlaß mehr für einen irgendwie gearteten Zinsoptimismus. Dem tragen auch die Konditionen der neuen Bundesanleihe Rechnung, die mit einem Nominalzins von 6,5 Prozent ausgestattet ist.

F	3¾ Kaufhof 84 o. O.	80,75	81
F	3½ Linde Int. m. O.	142,5	142
F	3¾ dgl. o. O.	79,75T	80T
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	178	182G
F	3⅝ dgl. 84 o. O.	92,6	93
F	3⅜ Nippon Flour 84 m.O	116G	116G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,5	92,5
F	5¾ Rhythm Watch85 m.O	125G	125G
F	5¾ dgl. 85 o. O.	99	99
F	4⅜ dgl. 84 m. O.	106G	106G
F	4⅝ dgl. 84 o. O.	94,5bG	94,25
F	3⅜ SBC Fin. 84 m.O.	151,5	151,5
F	3⅜ dgl. o. O. 84	81,75G	81,75
F	3⅜ Tsumura Jan.84 m.O	120,5G	120,5G

[illegible]

8 dgl. 84/94	107,6G	106,75
7½ dgl. 85/97	106,5T	106,5T
7½ Ausl. Fin. 84/94	103,25G	103,35
7¼ Autobahn 73/88	102,25G	102,75G
7 Australien 72/87	104,5T	105,5
5¾ dgl. 77/87	100bG	100
6 dgl. 78/88	101,6	101,75
8½ dgl. 80/90	103bG	103,35

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

---

Wir trauern um

Herrn Bundesminister a. D.

Professor Dr. Alex Möller

Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

der am 2. Oktober 1985 im Alter von 82 Jahren verstorben ist.

Herr Professor Dr. Möller gehörte von 1964 bis zu seiner Berufung in das Amt des Bundesfinanzministers 1969 unserem Aufsichtsrat als stellvertretender Vorsitzender an.

Unser Unternehmen verdankt Herrn Professor Dr. Möller viel. Durch seine starke Persönlichkeit und seine reichen Erfahrungen hat er dem Unternehmen entscheidende Impulse verliehen. Wir werden seiner stets in großer Dankbarkeit gedenken.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

BADENIA Bausparkasse Aktiengesellschaft

Wir trauern um

Morris B. Shenker

ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung der Mercedes-Benz of South Africa

Mit ihm verlieren wir eine engagierte und loyale Unternehmerpersönlichkeit. Durch sein Wirken und seine Tatkraft hatte er maßgeblichen Anteil am Auf- und Ausbau unserer Gesellschaft in Südafrika.

Wir werden seiner in Dankbarkeit und Freundschaft gedenken.

Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Stuttgart-Untertürkheim, 4. Oktober 1985

FINANZANZEIGE

SÜDDEUTSCHE ZUCKER-AKTIENGESELLSCHAFT, MANNHEIM

Wertpapier-Kenn-Nr. 729 700

Kurzfassung des Jahresabschlusses 1984/85 – in Tausend DM –

BILANZ

zum 28. Februar 1985

AKTIVA

	28.02.1985		29.02.1984	
Anlagevermögen				
Sachanlagen:				
Vortrag aus dem Vorjahr	303.091		309.438	
Zugang	74.350		97.603	
Abgang	1.193		1.187	
Abschreibung	95.079		102.763	
		281.169		303.091
Beteiligungen		42.883		27.826
Wertpapiere		30.113		7.803
Ausleihungen		4.341		7.539
		358.506		346.259
Umlaufvermögen				
Vorräte:				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	35.924		43.098	
Unfertige Erzeugnisse	57.301		72.134	
Fertige Erzeugnisse, Waren	422.968		494.835	
		516.193		610.067
Geleistete Anzahlungen	6.391		3.868	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	59.153		47.340	
Übrige Forderungen	136.392		89.708	
		201.936		140.916
Flüssige Mittel		56.183		42.629
Wertpapiere		102.501		58.208
		876.813		851.820
Rechnungsabgrenzungsposten		827		652
		1.236.146		1.198.731

PASSIVA

	28.02.1985		29.02.1984	
Grundkapital		85.800		85.800
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage	38.258		38.258	
Freie Rücklage	60.200		50.200	
Rücklage für Substanzerhaltung	78.000		78.000	
		176.458		166.458
Sonderposten mit Rücklageanteil		84.076		91.850
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		1.270		1.123
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	159.486		145.957	
Rückstellung für Instandhaltung	19.120		19.536	
Andere Rückstellungen	327.141		284.301	
		505.747		449.794
Verbindlichkeiten aus langfristig zugesagten Kampagnekrediten				
Verbindlichkeiten gegenüber dem Südzucker-Unterstützungswerk	21.343		22.478	
Sonstige Verbindlichkeiten	17.143		22.857	
		38.486		45.335
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	287.858		314.432	
Übrige Verbindlichkeiten	39.228		26.724	
		327.086		341.156
Bilanzgewinn		17.223		17.215
		1.236.146		1.198.731

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. März 1984 bis 28. Februar 1985

	01.03.1984-28.02.1985		01.03.1983-29.02.1984	
Umsatzerlöse		1.691.683		1.545.725
Bestandsveränderung der Erzeugnisse		– 86.512		– 18.472
		1.605.171		1.527.253
Andere aktivierte Eigenleistungen		3.751		4.606
Gesamtleistung		1.608.922		1.531.859
Materialeinsatz		1.015.612		965.760
Rohertrag		593.310		566.099
Erträge aus Beteiligungen	3.231		2.493	
Zinserträge	22.020		19.685	
Erträge aus Anlageabgängen	2.098		10.710	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.036		1.278	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	8.865		537	
Übrige Erträge	8.499		4.169	
		46.749		38.872
		640.059		604.971
Personalaufwendungen	169.105		162.746	
Abschreibungen	105.268		102.763	
Zinsaufwendungen	17.193		16.232	
Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen	41.485		41.082	
Zuckersteuer	35.677		35.359	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	1.091		10.316	
Übrige Aufwendungen	243.071		209.310	
		612.891		577.808
Jahresüberschuß		27.168		27.163
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		55		52
		27.223		27.215
Einstellung in die freie Rücklage		10.000		10.000
Bilanzgewinn		17.223		17.215

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mannheim, trägt, wird im Oktober 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Aufsichtsrat: Dr. Ulrich Weiss, Bad Soden/Taunus, Vorsitzender; Erich Herrmann*), Hamburg, stellv. Vorsitzender; Dr. Wilhelm Arendts, München; Alfons Back, Oberhausen-Rheinhausen**); Ludwig Bayer, Biebesheim; Werner Buch*), Grünstadt; Prosper Graf zu Castell-Castell, Königstein/Taunus; Helmut Drescher*), Wattenheim/Pfalz; Harald Frank*), Donauwörth; Herbert Greipel*), Marxheim; Dr. Reinhold Kißling, Bad Rappenau-Bonfeld; Peter Münsterer, Altheim über Essenbach; Karl Reinecker, Hofgut Heidesheim/Obrigheim; Wilhelm Schmidt*), Offenau; Uwe Temme*), Hamburg; Stephan Freiherr Zobel von Giebelstadt zu Darstadt, Ochsenfurt.

*) von den Arbeitnehmern gewählt
**) durch Beschluß des Amtsgerichts Mannheim vom 5. Februar 1985 bestellt

Vorstand: Heinrich Ahlers, Weinheim/Bergstraße; Dr. Klaus O. Fleck, Mannheim; Dr. Christoph Kirsch, Weinheim/Bergstraße; Dr. Karl Schneider, Mannheim.

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 4. Oktober 1985 hat beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von 17.223.174,– DM des Geschäftsjahres 1984/85 einen Betrag von 17.160.000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf das Grundkapital von 85.800.000,– DM zu verwenden und den Restbetrag von 63.174,– DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 38

ab 7. Oktober 1985

bei der Gesellschaftskasse in Mannheim, Maximilianstraße 10, und den Niederlassungen der nachstehend genannten Banken in Mannheim, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München und Stuttgart:

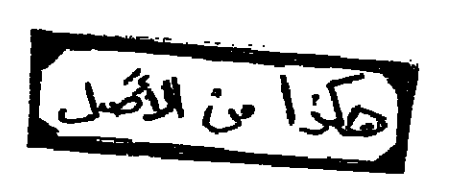
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Baden-Württembergische Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Dresdner Bank AG
Grunelius & Co.
sowie in Mannheim und Frankfurt am Main
Commerzbank AG
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank

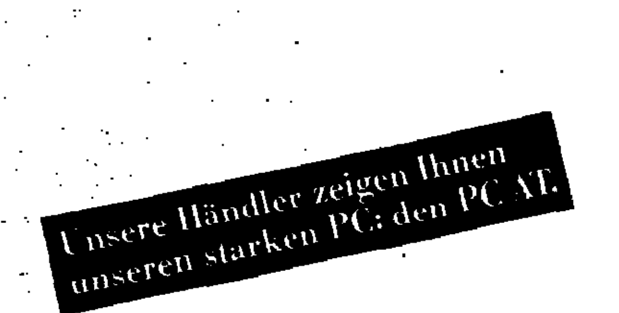
Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamts eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Mannheim, den 4. Oktober 1985

Der Vorstand





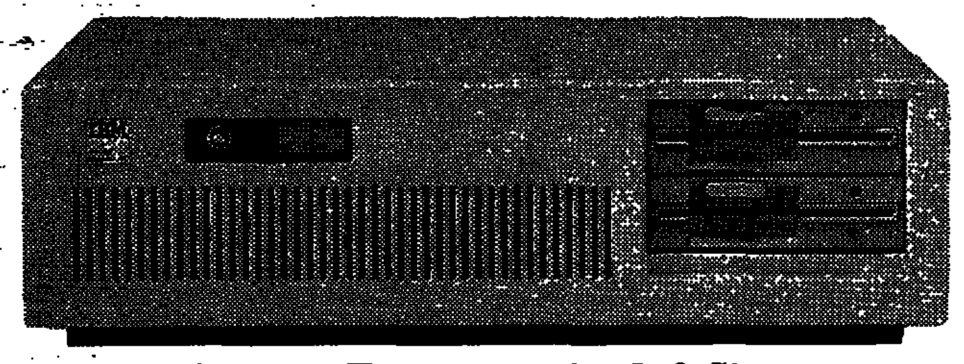


Das ist der Schlüssel zu mehr Leistung.

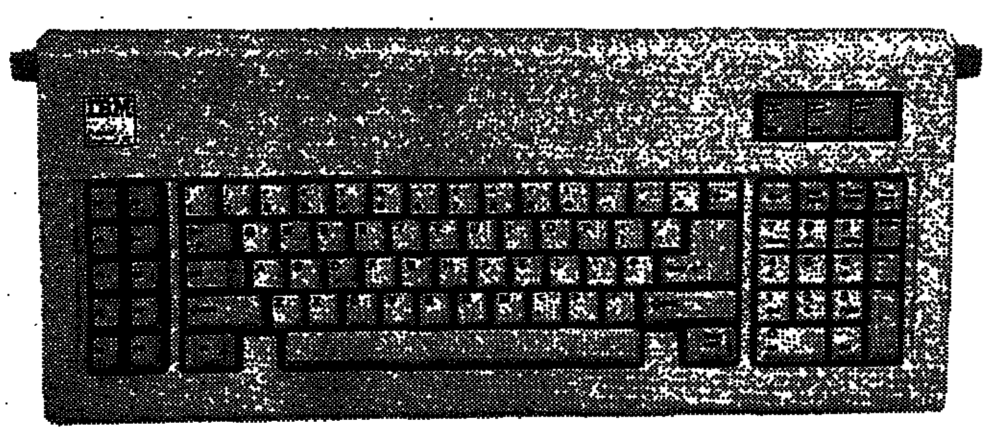
Mit unserem starken PC, dem IBM PC AT, erschließen Sie sich neue Möglichkeiten, mit einem Personal Computer zu arbeiten. Denn er ist leistungsfähig und schnell genug, um die Informationsflut in Ihrem Betrieb zu bewältigen.

Der IBM PC AT ist so stark, daß er bis zu 20000 Seiten Daten und Text abspeichern kann.

Der IBM PC AT ist so stark, daß er in einer Sekunde bis zu 100000 Rechenschritte ausführt.



Der IBM PC AT ist so stark, daß Sie mit ihm endlich Abschied von unübersichtlichen Aktenschränken und übervollen Schreibtischen nehmen können. Mit unserem starken PC haben Sie nämlich jederzeit schnellen Zugriff auf jede beliebige Information.



Seine neugestaltete Tastatur trägt noch mit dazu bei. Denn sie hat kleine Kontrollämpchen, die Ihnen helfen, Informationen fehlerfrei einzugeben und abzurufen. Das bedeutet Zeitgewinn.

Der IBM PC AT ist so stark, daß Sie ohne Schwierigkeiten alle IBM PC Programme auf ihm laufen lassen können. Insgesamt gibt es schon über 1000 PC Programme, die der IBM PC AT verarbeiten kann: zum Beispiel für Ihre Finanzbuchhaltung, für Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung und sogar ganz spezielle Branchenanwendungen für Schreiner, Immobilienmakler und für das Elektrohandwerk.

Auf dem IBM PC AT können Sie auch mit Programmen arbeiten, die es Ihnen ermöglichen, Grafiken zu erstellen.



Wenn Sie den IBM PC AT mit dem IBM PC Farbbildschirm kombinieren, haben Sie die Möglichkeit, Grafiken in 16 leuchtenden Farben darzustellen.

Der IBM PC AT ist so stark, daß Sie die vielen Informationen in seinem Speicher möglicherweise schützen wollen. Dazu nehmen Sie einfach den Schlüssel und sperren damit Ihren AT sicher ab.

Probieren Sie am besten selbst einmal den starken IBM Personal Computer, den AT und die passenden Programme, zum Beispiel die neuen Branchenlösungen, bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einem IBM Laden aus. Der Schlüssel für Sie steckt bereits. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Edelmetalle Gold und Silber an der New Yorker Comex. Dagegen konnte sich Kupfer befestigen. Uneinheitlich war erneut die Entwicklung bei Kaffee. Kakao gab leicht nach.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	4.10.	3.10.
Dez.	293,50	295,75
März	300,50	302,00
Mai	298,00	298,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	253,80	253,55
Am. Durum	250,74	250,49

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	115,30	115,80
Dez.	118,10	119,30
März	122,60	123,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	90,30	90,70
Dez.	94,10	94,40
März	98,60	98,70

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	124,50	125,50
März	133,00	133,00
Mai	137,50	137,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	224,75	224,75
März	235,75	235,50
Mai	241,00	241,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	103,20	103,50
Dez.	106,70	107,30
März	111,70	111,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	4.10.	3.10.
Dez.	137,10	137,55
März	139,10	139,25
Mai	140,00	140,25

KAKAO New York ($/t)	4.10.	3.10.
Dez.	2265	2281
März	2338	2355
Mai	2385	2400
Umsatz	3037	2347

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Okt.	5,10	5,30
Jan.	5,54	5,69
März	5,72	5,89
Mai	5,94	6,08
Juli	6,13	6,29
Umsatz	6870	6060

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,03	5,08

KAFFEE London (£/t) Robusta	4.10.	3.10.
Nov.	1595-1596	1611-1615
Jan.	1632-1633	1641-1645
März	1662-1663	1676-1677
Umsatz	1040	1003

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1775-1776	1781-1782
März	1815-1816	1822-1824
Mai	1840-1841	1851-1852
Umsatz	4293	3258

ZUCKER London (£/t) Nr.6	4.10.	3.10.
Dez.	141,00-141,40	143,40-144,00
März	148,20-148,60	151,00-151,40
Mai	152,00-152,40	154,60-155,00
Umsatz	999	1865

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)		
schw.	7.10.	4.10.
Saraw.spez.	782,50	772,50
weiß.Saraw.	920,00	910,00
weiß.Munt.	930,00	920,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	4.10.	3.10.
Nov.	129,10	129,15
Jan.	127,30	126,75
März	126,50	125,80
Mai	125,30	124,85
Juli	124,50	124,10
Umsatz	500	750

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	4.10.	3.10.
	35,00	35,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	22,25	21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	20,75	20,99
Dez.	20,53	20,88
Jan.	20,67	20,98
März	21,05	21,35
Mai	21,30	21,70
Juli	21,65	22,05
Aug.	21,80	22,15

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	18,00	18,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

TALG New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	14,25
bleichf.	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	10,25	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	53,60	43,70
Dez.	44,25	44,55
Feb.	43,85	44,30

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	64,60	65,35
März	64,95	65,70
Mai	65,97	66,75

HÄUTE Chicago (c/lb)	4.10.	3.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	507,00	508,00
Jan.	519,25	519,50
März	531,75	532,00
Mai	541,50	542,25
Juli	548,00	549,25
Aug.	548,00	549,50
Sept.	542,00	543,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	135,30	132,10
Dez.	137,30	135,20
Jan.	138,50	136,50
März	140,00	138,30
Mai	142,50	140,00
Juli	144,00	142,30
Aug.	142,00	141,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	4.10.	3.10.
Okt.	324,00	330,50
Dez.	310,50	315,20
März	318,50	323,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	4.10.	3.10.
	20,50	20,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	7.10.	4.10.
cif	770,00	770,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	600,00	600,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	370,00	375,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	120,00	138,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	450,00	455,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	252,00	256,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	4.10.	3.10.
Okt.	60,85	60,65
Dez.	59,82	59,65
März	60,50	60,60
Mai	60,85	61,00
Juli	59,55	59,65
Okt.	53,90	54,45

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,75	42,75

WOLLE London (Neusel. c/kg) – Kreuzz.	7.10.	4.10.
Okt.	470-474	468-474
Jan.	485-490	491-492
März	500-502	501-502
Umsatz	97	133

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	4.10.	3.10.
Okt.	51,00	51,25
Dez.	51,00	51,25
März	51,00	51,00
Mai	52,20	52,20
Umsatz	9	2

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	4.10.	3.10.
Okt.	603,00-605,00	603,00-605,00
Dez.	611,00-612,00	–
März	616,00-620,00	–
Umsatz	9	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7.10.	4.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	4.10.	3.10.
Okt.	12286	12258
Nov.	12355	12300

KAUTSCHUK London (p/kg)	4.10.	3.10.
Nr.1 loco	58,25-61,25	58,00-61,50
Nov.	—59,00	—59,00
Dez.	—60,00	—60,00
Jan.	-	-

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	4.10.	3.10.
Okt.	186,50-187,00	186,00-187,00
Nov.	187,00-188,50	187,50-188,50
Nr. 2 Okt.	175,00-176,00	174,00-175,00
Nr. 3 Okt.	172,50-173,50	171,50-172,50
Nr. 4 Okt.	168,00-169,00	167,00-168,00

Tendenz: nominell

JUTE London (£/lgt)	7.10.	4.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	900	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7.10.	4.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	263,79-264,16	260,51-260,70
drittf. M.	272,24-272,43	268,75-268,95
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	104,30-104,39	103,87-104,06
dritt. M.	107,02-107,21	107,24-107,42
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1175,32-1177,19	1164,07-1165,94
dritt. M.	1188,46-1192,21	1167,82-1169,69
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	172,73-172,92	171,43-171,80
Prod.-Pr.	205,92	203,74
REINZINN 99,9 %	3491-3526	3546-3581

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	7.10.	4.10.
	29,60	29,90

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7.10.	4.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	377,75-380,94	372,81-375,99
BLEI in Kabeln	112,00-113,00	111,50-112,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	7.10.	4.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	339	336-337
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	372-377	372-377
MS 63	362-369	359-365

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	7.10.	4.10.
Leg. 225	330-342	330-342
Leg. 226	332-344	332-344
Leg. 231	367-377	367-377
Leg. 233	377-387	377-387

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	7.10.	4.10.
PLATIN (DM/g)	29,55	29,25
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28390	28300
Rückn.-Pr.	27640	27550
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28440	28380
Rückn.-Pr.	27730	27650
verarbeitet	29850	29770
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27780	27840
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	543,70	547,50
Rückn.-Pr.	527,60	531,10
verarbeitet	567,60	571,50

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	7.10.	4.10.
10.30	326,25	330,55
15.00	325,75	328,00
Zürich mit.	326,50-327,00	330,90-331,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	85050	85300
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	440,60	443,95
3 Mon.	452,70	455,95
6 Mon.	464,25	467,75
12 Mon.	487,90	491,25
PLATIN (£/Feinunze) London	4.10.	3.10.
fr. Markt	225,90	220,45
PALLADIUM (£/Feinunze) London	4.10.	3.10.
f. Händl.-Pr.	72,85	70,75

New Yorker Metallbörse

	4.10.	3.10.
GOLD H & H Ankauf	328,00	325,15
SILBER H & H Ankauf	632,00	653,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	293,00-294,00	293,00-294,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	99,75-100,75	99,75-100,75
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	632,10	638,50
Dez.	639,00	645,00
Jan.	644,40	650,90
März	653,00	656,00
Mai	661,90	668,50
Juli	671,40	677,00
Sept.	681,70	688,40
Umsatz	32000	24000

KUPFER (c/lb)	4.10.	3.10.
Okt.	61,10	60,65
Dez.	61,85	61,40
Jan.	62,15	61,75
März	62,70	62,20
Mai	63,10	62,45
Juli	63,35	63,05
Sept.	63,85	63,46
Umsatz	8500	12100

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	7.10.	4.10.
mitt. Kasse	702,50-703,50	700,50-701,50
3 Mon.	725,00-725,50	722,50-723,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	277,70-278,00	278,50-279,50
3 Mon.	285,00-285,50	286,50-287,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	985,00-986,00	975,50-976,00
3 Monate	1005,50-1006,00	998,50-999,00
ab. Kasse	–	978,00-979,00
3 Monate	–	1001,50-1002,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	970,00-972,00	964,00-965,00
3 Monate	992,00-994,00	988,00-989,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	460,00-460,50	462,50-463,50
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	8715-8719	8690-8695
3 Monate	8625-8626	8630-8631
QUECKSILBER ($/FL)	–	280-290
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	64-70

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	4.10.	3.10.
Nov.	83,20-83,30	83,51-83,60
Dez.	83,05-83,25	83,41-83,50
Jan.	82,75-82,95	83,10
Febr.	81,40-81,65	81,80-81,90

GASÖL – London ($/t)	4.10.	3.10.
Okt.	263,50-264,75	269,25-269,50
Nov.	257,50-257,75	262,25-262,50
Dez.	253,00-253,25	257,75-258,00
Jan.	250,50-250,75	254,00-254,50
Febr.	247,50-248,00	250,50-251,00
März	239,75-240,00	247,00
April	234,50-235,00	237,00-237,25
Mai	230,75-231,00	234,00-234,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	4.10.	3.10.
Nov.	76,25-76,45	76,41-76,50
Dez.	73,60-73,80	73,90-74,00
Jan.	72,55-72,90	72,90-73,00
Febr.	72,70-72,90	73,05
März	73,25	73,45

ROHÖL – New York ($/Barrel)	4.10.	3.10.
Nov.	28,98-29,02	29,30-29,32
Dez.	28,33-28,40	28,76-28,78
Jan.	27,84-27,87	28,24-28,25
Febr.	27,30-27,39	27,80
März	27,93	27,36

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	7.10.	4.10.
Arabian Lg.	27,85	27,90
Arabian Hv.	25,85	25,85
Iran Lt.	–	–
Forties	28,80	28,90
N.Sea Brent	28,75	29,05
Bonny Light	28,90N	28,85N

Kartoffeln

London (£/t)	4.10.	3.10.
Nov.	55400	55,40
Febr.	67,50	67,50
April	82,10	82,10
Mai	87,20	87,20

New York (c/lb)	4.10.	3.10.
Nov.	1,91	1,91
März	2,19	2,20
April	2,20-2,25	2,30
Mai	2,43-2,45	2,49-2,50

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	4.10.	3.10.
Nov.	134,90-135,20	137,50-137,80
Jan.	140,20-140,30	141,50-142,00
März	145,90-146,20	147,00-147,50
Mai	151,10-151,60	151,50-152,00

Devisenmärkte

Die von offiziellen finanzpolitischen Stellen geäußerte Zufriedenheit mit dem erreichten Dollar-Niveau führte am 7. 10. an den asiatischen und europäischen Märkten zu einer Kurserholung, die den US-Dollar über 2,66 schob. Sehr bald mußte man im Markt erkennen, daß die Zentralbanken auch nach Seoul steigenden Kursen begegnen würden. Sowohl die Bank of Japan als auch die Bundesbank waren im Markt. Die Bundesbank verkaufte erstmals wieder US-Dollar im Freiverkehr und glich auch zur Notiz von 2,6360 den Nachfrageüberhang von 6,1 Mill. Dollar aus. Im Nachmittagsgeschäft stabilisierte sich der Kurs bei 2,6450. Die übrigen amtlich notierten Währungen zogen mit Ausnahme des Schweizer Franken und des Japanischen Yen an. US-Dollar in: Amsterdam 2,9748; Brüssel 53,58; Paris 8,0580; Mailand 1782,00; Wien 18,5670; Zürich 2,1566; Ir. Pfund/DM 3,092; Pfund/Dollar 1,4219; Pfund/DM 3,748.

Devisen und Sorten

7.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,632	2,64	2,6524	2,55	2,65
London[2]	3,741	3,755	3,695	3,67	3,82
Dublin[2]	3,085	3,097	3,056	3,03	3,18
Montreal[1]	1,926	1,934	1,9217	1,86	1,96
Amsterd.	88,62	88,84	88,385	87,75	89,50
Zürich	122,13	122,35	122,05	121,00	123,75
Brüssel	4,917	4,957	4,868	4,76	4,96
Paris	32,705	32,865	32,270	31,75	33,50
Kopenh.	27,505	27,625	27,285	26,25	28,00
Oslo	33,475	33,595	32,890	32,50	34,25
Stockh.**	32,08	33,24	32,370	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,48	1,49	1,4470	5,43	1,53
Wien	14,285	14,245	14,191	14,13	14,35
Madrid**	1,631	1,641	1,600	1,56	1,68
Lissabon**	1,60	1,62	1,527	1,25	2,05
Tokio	1,221	1,224	–	1,19	1,25
Helsinki	46,36	46,56	45,610	45,00	47,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,97	2,024	–	1,50	2,30
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8515	1,8705	–	1,81	1,91
Johannbg *	0,985	1,019	–	0,90	1,30

Alles in Hundert. [1]1 Dollar, [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7.10.: In D-Mark 2,21269 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83750 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 7.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Eine geringfügige Verstellung der Euro-Dollar-Zinssätze führte am 7. Oktober zu einer erkennbaren Erweiterung der Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90-0,80	2,42-2,32	4,80-4,60
Pfund/Dollar	0,48-0,47	1,14-1,11	1,86-1,81
Pfund/DM	3,10-1,70	7,00-5,60	12,1-10,7
FF/DM	24-8	58-42	109-95

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
3 Monate	8-8⅛	4½-4¾	4⅜-4⅝
6 Monate	8⅛-8⅜	4½-4¾	4½-4¾
12 Monate	8½-8¾	4⅝-4⅞	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1590,30
10 US-Dollar (Indian)**	1215,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	206,50	298,21
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,75	247,10
20 belgische Franken	160,25	211,19
10 Rubel Tscherwonez	206,50	262,77
2 südafrikanische Rand	193,50	242,25
Krüger Rand, neu	867,75	1029,14
Maple Leaf	880,75	1043,96
Platin Noble Man	869,00	1050,56
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	216,80	274,74
20 schweiz. Franken „Vreneli"	179,75	233,42
20 franz. Franken „Napoléon"	169,75	222,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	813,00	990,46
20 österr. Kronen (Neuprägung)	160,25	205,49
10 österr. Kronen (Neuprägung)	83,25	112,01
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	376,00	462,84
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	87,25	122,27

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7.10.: Tagesgeld 4,65-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 7.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G-3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 7.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,24) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitzer 850,00 G, VAB 1740,00 T
Düsseldorf: BASF 253,00, IWK –, Linde 540,00 G, Metallges. –, Nixdorf 559,00, Schering 525,00, VEW 147,50
Frankfurt: Allweiler St. 248,00 G, Allweiler Vz. 208,00, BASF 235,00, Frankona 588,00 bB, IWK 299,00, Linde 542,00, Magdeburger Feuer 440,00 B, Magdeburger Feuer Namen 800,00 B, Metallges. 289,00, Moto Meter 215,00, Nixdorf 558,00, Schering 526,00, VEW 146,00, Wibau 9,00
Hamburg: Schering 525,00
München: BASF 234,50 bG, Bremer Wolle 168,00 G, Isar Amper 348,00, IWK 293,00, Linde 540,00 G, Metallges. 285,00, Nixdorf 563,00 bG, Schering 525,00 bG, Stumpf 108,00 G, VAB 1980,00 bG, VEW 144,00, Wanderer 368,00 G

Bezugsrechte

Olivetti St. 20:1:1100 Lire, 10,95, 0,09 DM
Commerzbank Rentenindex: 110,974 (111,021)
Performance-Index: 229,625 (229,564)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 122,68 (120,60); Elektrowerte 219,36 (218,14); Autowerte 477,89 (471,84); Maschinenbau 147,11 (165,70); Versorgungsaktien 146,36 (145,74); Banken 224,68 (223,59); Warenhäuser 84,52 (87,01); Bauwirtschaft 232,25 (234,18); Konsumgüterindustrie 126,16 (125,07); Versicherung 1111,45 (1108,94); Stahlpapiere, 173,74 (170,99)

Kursgewinner:

Brau AG	330,00	+35,00	+11,8%
DAB	120,00	+9,00	+8,1%
Hagedo	110,00	+6,00	+5,7%
Berliner Kindl	132,00	+7,00	+5,6%
Eisenbahn Verkehr	300,00	+14,00	+4,8%
Flachglas	304,00	+14,00	+4,8%
Thyssen Ind.	122,50	+5,50	+4,7%
Deutsche Steinzeug	225,00	+10,00	+4,6%
Deutsche Texaco	208,00	+9,00	+4,5%
Moenus	114,80	+4,90	+4,4%

Kursverlierer:

Wibau	9,00	-1,00	-10,00%
Stollwerck	405,00	-27,00	-6,2%
Asko	1020,00	-60,00	-5,5%
Südd. Zucker	300,00	-16,00	-5,0%
Chemie-Verwaltg.	525,00	-25,00	-4,5%
Hindrichs Auff.	210,00	-8,00	-3,6%
Pfälz. Hypo	560,00	-20,00	-3,4%
Bad.Württ.Bank	570,00	-20,00	-3,3%
Zeiss Ikon	290,00	-10,00	-3,3%
Dt. Conti Rück N	1000,00	-30,00	-2,9%

Dollar-Anleihen

	4.10.	3.10.
11½ EEC 90	103	103,125
10¾ EIB 93	100,625	100,75
11 dgl. 91	102,25	102,375
11½ dgl. 90	104,625	104,75
11⅞ dgl. 95	105,625	105,75
12 dgl. 95	106,25	106,375
12¾ dgl. 90	107,875	108
12¾ dgl. 94	111	111,125
13 dgl. 96	110,125	110,25
10¾ Wld Bk 95	97,625	97,75
10¾ dgl. 88	102	102,125
10¾ dgl. 90	102,25	102,375
10¾ dgl. 93	101,75	101,875
11 dgl. 92	102	102,125
11¼ dgl. 98	102,875	103
11¼ dgl. 88	103,5	103,625
11¼ dgl. 90	103,75	103,875
11⅜ dgl. 89	103,5	103,625
11½ dgl. 90	104,5	104,625
12 dgl. 93	106,75	106,875
12¼ dgl. 94	108,125	108,25
12⅜ dgl. 94	111,5	111,625
7¾ N.Zeald.89	103,375	103,375
8¾ dgl. 87	103,5	103,625
7 Pac.Gas 94	102	100,25
6¾ Penney 92	99,625	99,875
6¾ Procter 92	101,375	102,125
6½ Sears 91	103,125	103,5
6¾ Swed.Ex.91	101,875	100,875
7 TRW 94	102	102,25
6¾ Un.Tech.92	100	100,25
6¾ World Bk90	100,875	101,125

Euro-Yen

	4.10.	3.10.
6¾ ALCorp 91	100,75	100,875
5¾ ADB 88	98,125	98,25
7¾ dgl. 94	103,25	103,5
8½ Austral.91	101,875	102
8¾ dgl. 92	104	104,125
7 Austria 95	102	102,25
6¾ Avon 91	99,5	99,5
7 BP 92	102,75	103
6¾ Denmark 92	100,125	100,625
7 Denm.Bk. 92	100,625	101
7 Dow Chem.94	101,375	101,75
6¾ EDF 95	101,875	102,125
6½ Eurofima86	99,75	99,75
6½ dgl. 95	99,625	99,875
6¾ dgl. 97	100,25	100,375
6¾ Finl.Rep90	100,625	101,125
8¾ dgl. 89	100,75	101,875
6¾ GMAC 90	100	100,25
7¾ Goodyear95	100,75	101,125
6¾ dgl. 94	99,375	99,875
7½ IADB 94	102,875	103,125
7¾ dgl. 93	103,25	103,5
6¾ Intel 92	97,5	97,75
6¾ ITT 92	99,5	99,75
6¾ McDonal.92	100	100
7¾ N.Brunsw.95	102,25	102,625
7¾ N.Zeald.90	102,125	102,25

Lux. Franc Bonds

	4.10.	3.10.
9¾ Alcoa 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	101,75	101,75
6¾ Asian Dv87	97	97
10½ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	100,75	100,75
10¼ Paribas89	102,75	102,75
10½ Ceca 94	104	104
11 dgl. 92	106,5	106,5
13 dgl. 91	104	104
12½ Comsel92	105	105
8 Coptal 88	98	98
8¾ dgl. 89	98,25	98,25
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7½ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	102,6	102,5
12¼ dgl. 88	102	102
12½ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103	103
10 dgl. 94	103,5	103,5
10½ dgl. 87	100,5	100,5
11¾ dgl. 89	100,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9¾ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¾ dgl. 93	102,875	102,875
10½ dgl. 94	105,5	105,5
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
9¾ Hypo Bk.88	101	101
9¼ Ind.B.F.95	100,5	100,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	103	103
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	98,75	98,75
8½ dgl. 87	99,25	99,25
10¾ Lux Bk.91	102	102
12½ dgl. 89	105	105
10½ Lux Al.92	103,5	103,5
12½ Nord L.89	102	102
6 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8½ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	97	97
9¾ Sogenal 92	100,25	101,25
8 Solvay 85	99,25	99,25
10¾ dgl. 87	102	102
10¾ Stockh.86	100	100
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9¾ WorldBk.90	100,5	102,5
10¾ dgl. 89	103	103

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,69418

	4.10.	3.10.
8½ Cop City91	98,5	97
8¾ CCA 91	97,5	97,5
9¾ Gas d Fr.86	99	99
11½ Ned. G.88	102,5	102,5
9¾ Queb. P.94	99,75	99,75
8¾ SDR 94	98	98

RE 9 DM 2,65627

	4.10.	3.10.
7 Bass 91	90	90
8¾ Cp City 86	98,5	98,5
8¾ Iceland 88	98	98
9¼ dgl. 86	99,5	99,5
9¾ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	4.10.	3.10.
7 Acoba 95	90	90
7 Cop.City 95	92	92
7 Ind.Bk.F95	92	92
7¾ KU 95	92	92
7¾ dgl. 93	92	92
8¾ Panama 95	90	90
7 SDR 95	90	90

ECU

	4.10.	3.10.
11¾ Aerop.95	106	106
9¾ ABN 92	105,25	105,5
9¾ ANZ 92	104,25	104,25
10¾ Austria95	107,75	107,75
9¾ BfG 95	100	100
9 M.+Hope 92	101,625	101,625
10¾ Bk.Tok.91	103,75	103,75
10¾ dgl. 91	103,75	103,75
8¾ Bay.Vbk.88	100	100
10¾ CEPME 87	101	101
11¾ dgl. 95	108	108
12¾ dgl. 90	107	107
9¾ CNT 92	104,5	104,75
9¾ dgl. 95	104,5	104,5
12 dgl. 86	99,5	99,5
12¾ dgl. 89	106	106
12¾ dgl. 92	109	109
11¾ CNE 95	108	108
10¾ CECA 89	109,375	109,375
10 Chrysl.91	105,125	105,125
10¾ dgl. 93	105,375	105,375
11¾ Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	105
14¾ Consel90	109	109
9¾ dgl. 92	103,25	103,25
9¾ dgl. 95	103,25	103,25
11½ Cp City94	105	105
10¾ Cap Tel95	105,5	105,5
13¾ Cd.Fonc89	106	106
11½ dgl. 96	109,625	109,75
11¾ Cred N.91	107	107
12¼ dgl. 95	109	109
10¾ Denmark91	107,125	107,125
9¾ Dresd.Bk95	102,25	102,625
12½ EDF 95	108	108
11¾ EEC 95	108,375	107
11¾ EEC 93	106	106
11¾ ELF Ng.88	104	104
10 Eurotom 97	104,75	104,625
12½ dgl. 90	104	104
9¾ Eurofima95	105,5	105,5
11 dgl. 92	108,625	108,625
10¾ EIB 94	105,625	106
11¾ dgl. 94	110,625	110,5
11¾ dgl. 91	108	108
13¾ dgl. 89	103	103
14 dgl. 86	102	102
8¾ Fiat 90	98,75	98,75
11½ Forsm. 98	103,75	103,75
15 G.d.Fr. 89	108	108
10¾ Ghoz. 95	107,75	107,625
8¾ IBM 90	99,125	99,125
11½ IBD 95	105	105
12¾ Ireland91	105,5	105,5
14¾ ISPaolo88	102	102
14 IMB 89	103	103
11½ Italie 90	109	109
14 dgl. 89	107	107
11½ UCB 90	108,5	108,75
10¾ Megal 95	104,5	104,625
13¾ Norsa 90	105	105
8¾ Oliv. 95	99	99,125
10¾ Peugeot90	104,375	104,5
9 Philips 95	101	101,125
11½ P.Bk. 91	107,125	107,125
11½ Queb.P.89	107,375	107,375
13¾ Queb.H.89	107	107
9¾ Rabobk. 95	104	104
11½ R.Xer. 88	105,75	105,75
9 SAS 95	99,875	99,875
11¾ SDR 90	107	107
14 dgl. 92	105	105
11¾ SNCF 94	109	109
13 Solte 87	103	103
11½ S.Afr. 89	98	98
10¾ SATS 2000	95,25	95,25
10¾ Spark.91	104	103,75
9 Sumitomo 95	99,375	99,375
9¾ dgl. 93	100,75	100,75
11 Swed.Ex.89	102	102
11¾ dgl. 95	99,5	99,5
12¾ Brandt 87	105	105
9 U.B Norw.95	99,625	99,625
11¾ dgl. 90	104	104
9¾ WestLB 90	104,5	104,25
10¾ dgl. 91	104,5	–
9¾ World Bk95	105,5	105,5
9¾ dgl. 92	104,375	104,375
10¾ dgl. 89	106,5	106,5
10¾ dgl. 88	106,5	106,5
10¾ dgl. 94	108,25	108,375
11 dgl. 95	108,25	108,25

ECU-Tageswerte

	7.10.	4.10.
Dollar	0,837504	0,847303
Bfr	44,8902	44,8567
DM	2,21269	2,20875
Hfl	2,49241	2,49065
£	0,590415	0,593350
Dkr	8,02538	8,02354
FF	6,74877	6,74199
Lira	1490,97	1493,80
I-£	0,715609	0,714722
Sfr	1,81068	1,80984
öS	15,5273	15,5311
Peseta	135,173	135,399
Skr	6,67449	6,69581
Nkr	6,59744	6,61532
Kan-$	1,14487	1,15572
Esc	137,9351	138,118
Fmk	4,75912	4,77877
Yen	180,650	180,179
Drachme	110,576	110,768

„AUS DEM LEBEN ZWAR IST ER GESCHIEDEN, ABER NICHT AUS UNSEREM LEBEN; DENN WIE VERMÖCHTEN WIR DEN TOT ZU WÄHNEN, DER SO LEBENDIG IN UNSEREN HERZEN WOHNT"
(HEILIGER AUGUSTINUS)

UNERWARTET ENTSCHLIEF HEUTE MEIN GELIEBTER MANN, UNSER GÜTIGER VATER, SCHWIEGERVATER UND GROSSVATER, UNSER BRUDER, SCHWAGER UND ONKEL

WILHELM KOERFER

DR. IUR. UTR.

* 30. 9. 1906 IN KÖLN † 27. 9. 1985 IN PALMA D. M.

MIT WÜRDE HAT ER SEIN LANGES LEIDEN GETRAGEN.
WIR TRAUERN UM DEN GROSSHERZIGSTEN MENSCHEN, MIT DEM GELEBT ZU HABEN WIR DANKBAR SIND.

BRITTA KOERFER GEB. FRANGENHEIM
BRITTA STREMKE-KOERFER
WOLF STREMKE
PHILIP, BRITTA UND HARRIET
DR. JACQUES KOERFER
CHRISTINA KOERFER GEB. FEINE
HANNS KOERFER
ANNA MARIA KOERFER GEB. FRIEDIGER
FRANZ KOERFER
ERIKA KOERFER GEB. WIESEL
MARGA DECKEL-KOERFER
PROF. DR. HANS FRANGENHEIM
GISELA FRANGENHEIM GEB. STRENGER

CHESA CLAVADIEL, CH-7250 KLOSTERS — AM STADTWALD 3, 5300 BONN 2

DAS REQUIEM WIRD MITTWOCH, DEN 9. OKTOBER 1985, UM 10.15 UHR IN DER KIRCHE SANKT PANTALEON, AM PANTALEONSBERG, KÖLN 1, GEHALTEN. DIE BEERDIGUNG IST UM 12.00 UHR AUF DEM FRIEDHOF MELATEN.
ES WÄRE DEM VERSTORBENEN EIN ANLIEGEN, STATT BLUMEN DIE ROTARY FOUNDATION „STUDENTENFÖRDERUNG", 181. DISTRICT, ZU UNTERSTÜTZEN (KTO.-NR. 351 601 RC KÖLN-LAND, BANKHAUS DELBRÜCK & CO. BLZ 370 203 58).

Am 27. September verstarb unser langjähriger Gesellschafter

Dr. jur. Wilhelm Koerfer

In Dankbarkeit und Trauer nehmen wir Abschied von einem Manne, der unsere Gesellschaften durch seine Persönlichkeit maßgeblich geprägt hat. Der Verstorbene leitete die Geschicke unserer Gesellschaften in der Vorkriegszeit und während der schweren Jahre des Wiederaufbaus mit kluger und stets abgewogener Festigkeit. Sein Ansehen und seine menschliche Güte reichten weit über die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaften hinaus. Wir bewahren ihm verpflichtendes Gedenken.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Kölnische Haus- und Grundstücksverwaltung Dr. Koerfer GmbH & Co. — Geschwister Koerfer Gesellschaft bürgerlichen Rechts

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger
Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Nach langem, schwerem, mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden verstarb mein geliebter Mann, mein herzensguter Vater

Karl-Heinz Christiansen

* 20. 1. 1914 † 2. 10. 1985

Hedda Christiansen geb. Kuhn
Barbara Christiansen

2356 Aukrug-Innien
Haus Nordfriesland

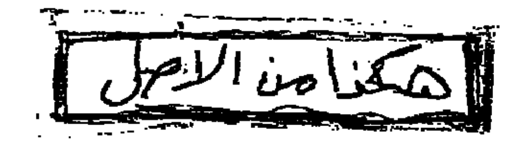
Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Karl-Heinz Christiansen

* 20. Januar 1914
† 2. Oktober 1985

Die WELT trauert um einen liebenswerten Kollegen, der viele Jahre besonders mit Reportagen und Gerichtsfeuilletons journalistische Maßstäbe setzte.

Redaktion und Verlag
DIE WELT



Befreundet und einsam

gaz – Einige können es *einfach* nicht lassen. Fritz J. Raddatz zum Beispiel, der Feuilleton-Redakteur der Hamburger „Zeit", nimmt den Trauergottesdienst für den Verleger Axel Springer in Berlin zum Anlaß, sich in seinem Blatt mit *Krokodilstränen* hinter der Brille über die Art zu beklagen, mit der Springer angeblich den im Juli verstorbenen Schriftsteller Heinrich Böll habe „hetzen" und „jagen" lassen. Eine abgeschmackte, völlig wirklichkeitsfremde Dichotomie wird suggeriert: Hier der „mächtige" Verleger", dort der „machtlose, einsame" Schriftsteller, der möglicherweise noch leben könnte, wenn er nicht so „gejagt" worden wäre.

Dabei hatte die „Zeit" selbst (in ihrem Wochenmagazin), als sie einmal die „mächtigsten Leute der Bundesrepublik" porträtierte, Böll völlig korrekt als einen der Mächtigsten in diesem Lande vorgestellt, weit vor Springer und gleich hinter dem Bundeskanzler rangierend. In der Tat: Heinrich Böll war ein mächtiger Mann, der über viele Medien gebot, und er nutzte seine Macht auch ungeniert aus, manchmal zum Guten, *manchmal* auch zum Schlechteren.

Aber einmal von der Macht abgesehen: Wieso behauptet Raddatz, Böll sei *einsam* gewesen? „Wer sich auch nur *eines* guten Freundes *rühmen darf*", sagt Johann Peter Hebel, „der ist nicht einsam." Hatte Böll, wie zu guter Letzt die Nachrufe wieder zeigten, nicht Dutzende von guten und sogar allerbesten Freunden? Auch Raddatz gehörte übrigens dazu, derselbe Raddatz, der – nach öffentlicher Selbstbekundung – auch ein sehr guter Freund des in Verzweiflung und Einsamkeit gestorbenen Uwe Johnson war.

„Wer die Sowjetunion zum Freunde hat, braucht keine Feinde", sagt ein polnisches Sprichwort der neueren Zeit. Für Uwe Johnson und Heinrich Böll galt offenbar Ähnliches: Wer solche Leute wie sie zum Freund hatte, der war sehr einsam.

Mussets „Lorenzaccio" in München und Köln

Unnützer Tyrannenmord

Hilfe, die Franzosen kommen! Nach Racine und Corneille, Marivaux und Beaumarchais nun auch deren später Nachfahre Alfred de Musset mit seinem Tyrannenmord-Drama „Lorenzaccio". Späte Rache unserer westlichen Nachbarn an Lessing, der sie so nachhaltig von den deutschen Bühnen vertrieb, daß sie fast 200 Jahre lang – Molière ausgenommen – hier nicht wieder Fuß fassen konnten?

Aber auch wenn Luc Bondys Marivaux-Inszenierung „Triumph der Liebe" von vielen Kritikern zur Aufführung der letzten Saison gewählt wurde – hat Lessing nicht am Ende doch recht gehabt? Welchen französischen Stückeschreiber möchte man denn dauerhaft in unserem Dramen-Repertoire etabliert sehen? Gewiß nicht Alfred de Musset. Sein „Lorenzaccio", 1833 *geschrieben, ungekürzt* acht Theaterstunden lang, ist in Deutschland überhaupt erst dreimal gespielt worden – ohne Folgen. Nun also gleich zweimal. Liegt's daran, daß Horst Laube das Stück neu übersetzt hat? Oder am Thema: Tyrannenmord ohne populistische Rückendeckung?

Liest man das Münchner Programmheft, könnte man vermuten, Musset sei ein Urgroßvater der RAF: „Musset, der den revoltierenden Lorenzaccio zu einem Heiligen Mörder macht, hilft uns, aus dem Begründungschaos, das den terroristischen Akt heute wie damals umnebelt, die wahre Verzweiflung herauszuspüren, die der falschen Bewegung ihre Notwendigkeit gibt."

Dagegen muß man Alfred de Musset nun wohl doch in Schutz nehmen. Das Stück ist entstanden unter dem Eindruck zweier französischer Revolutionen (1789 und 1830), deren wohlgemeinte Absichten sich kaum in *Realität umsetzten. Die eine endete* mit Napoleon, die andere mit dem „Birnen"-König Louis-Philippe. Entsprechend romantisch-pessimistisch das Drama Mussets: Der junge Lorenzo, genannt Lorenzaccio, will einen Tyrannen beseitigen, begibt sich an den Hof seines florentinischen Vetters Alessandro de Medici, schleicht sich in dessen Vertrauen, ermordet ihn, wissend, daß die Republikaner ihm nicht folgen werden, und wird am Ende von dem Thronfolger Alessandros liquidiert.

Es ist ein altes deutsches Mißverständnis gegenüber französischen Stücken, ihre „innere Haltung" aufsuchen zu wollen, wo sie in Wahrheit blitzende Spiele des Intellekts meinen, Retortenspiele *mit* allem ästhetischen Funkeln, das die Bühne bietet. Auch Musset liefert kein realitätsbezogenes Argumentationsstück.

Schon der Grundeinfall ist ein reines Gedankenmodell: Lorenzaccio will „irgendeinen" Tyrannen ermorden, also nicht einen, unter dem er konkret leidet. Und er macht sich sogar zum Handlanger des Tyrannen; denn ihn trägt gar nicht der moralische Impetus der Empörung gegenüber erduldetem Unrecht. Mussets Experiment – und damit Lorenzaccios – gilt der Frage: Was geschieht mit der Menschheit, wenn man ihr die Despoten wegnähme? Und die Antwort lautet, gegeben aus der kalten Stringenz einer naturwissenschaftlichen Versuchsanordnung: Nichts, die Menschheit sucht sich einen neuen.

Darin soll nun die Verzweiflung der terroristischen Tat, deren innere Notwendigkeit vermittelt werden? Wer das tut, wer darauf setzt, bringt nur die psychologischen Schwächen und kolportagehaften Untiefen des Stückes zum Vorschein, denn Musset ist weder an psychologischer Motivation noch an dramaturgischer Originalität interessiert.

In der Münchner Inszenierung des „DDR"-Regisseurs Thomas Langhoff quält man sich gewaltig mit der „Verzweiflung" des Titelhelden ab. Manfred Zapatka, der gewiß ein guter *Schauspieler ist, muß dauernd hin-* und herspringen zwischen hohlem Pathos und Zynismus, zwischen Betroffenheit und alberner Theatralik. Damit man nicht auf dumme Gedanken kommt, muß Ignaz Kirchner als mordender und jungfrauenjagender Despot immer den Abscheu mitspielen, den er, der Mensch Kirchner, gegenüber der Rolle, dem bösen Tyrannen hat. Und die Republikaner sind alberne Dümmlinge, die jeden Satz mit dem bekannt hohlen Pathos ihrer Klasse hersagen. Was dabei herauskommt, ist eine Operette zwischen Renaissance-Florenz, restaurativem Frankreich und der Revolutionsdidaktik der Frankfurter Schule.

In Köln wird das Stück dagegen *merkwürdig einsichtig*, weil es *nicht* aus der Hinterhand argumentiert, sondern in Bildern einen Kunst-Versuch ablaufen läßt. Horst Siede veranstaltet ein Maskenfest zwischen venezianischem Karneval und alemannischem Totentanz. Dargestellt werden Obsessionen, Traum und Trauma, Sehnsucht und Angst, Spaß und Tod. Masken treten auf und ab, der Tod und der Meuchelmörder, die Musikanten und die Harlekine. Auf einem Segelschiff sinken Tyrannen und Verschwörer vom Bühnenhimmel herab, als Nonnen verkleidet, das Böse im Gewande der Unschuld.

In diesem Wirbel inszenierter Leidenschaften vollzieht sich die Widerkehr des ewig Gleichen. Der Mörder Rufus Beck ist der ewige Komödiant, der seine Rolle sucht. Und das „Opfer" Alessandro (Jürg Löw) spielt das Böse, für sich und die anderen auch er auf der Suche nach seiner Rolle und ihren Begründungen.

Aber wie das so geht: In München gab's Bravos, in Köln ein paar Buhs.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Wotan im Zeitentunnel – Götz Friedrichs „Götterdämmerung" als Abschluß des Berliner „Ring"

Wenn das Unheimliche alltäglich wird

Mit Richard Wagners „Götterdämmerung" ist in der Deutschen Oper Berlin Götz Friedrichs Inszenierung des „Ring der Nibelungen" zu Ende gegangen. In die Ovationen für Sänger, Chor, Dirigent und Orchester mischte sich allerdings auch wieder schrill Widerspruch.

Dem „Zeitentunnel" Peter Sykoras, dem angströhrenartigen Betonschlauch in die fernste Bühnentiefe, ist Friedrichs Inszenierung wiederum eher abgetrotzt als eingefügt worden. Auch in der „Götterdämmerung" bereitet der Aufriß immer erneut Schwierigkeiten. Natürlich weiß Friedrich sie inszenatorisch zu über*spielen. Aber seine Lösungen*, herbeigezwungen durch das unverrückbare steinerne Szenenkorsett, lösen wiederholt eher Befremden als Zustimmung aus.

Im Rheinschlamm, in letzten grünlich schimmernden Pfützen schlittern schmierig die Rheintöchter an den Laufsteg heran, über den Siegfried aus der Ferne heranzieht. Später reißt die trostlose Jagdgesellschaft diesen Steg auseinander und reiht säuberlich seine Einzelteile zu Bän*ken an den Tunnelwänden: eine Ab*bruchkolonne auf trauriger Wanderschaft.



Den Mythos säkularisiert: René Kollo als Siegfried (Mitte) und Matti Salminen als Hagen (dritter von links) in der Berliner „Götterdämmerung" von Götz Friedrich FOTO: BINDER / THIELE

Das Tafeltuch auf dem Tunnelboden, mit Wein wie mit Blut überschwemmt, wird reliquienhaft umständlich *zusammengefaltet*. Wenn Siegfried stirbt, entnehmen Jäger ihren Taschen schwarze Laken, sich auf ihren Wartebänken darin einzuschlagen: Monumental Trauernde, die den toten Helden indes ungerührt liegen lassen, bis sich nach geraumer Zeit die Szene in die Burg der Gibichungen verwandelt und Gutrune schon angestrengt wegsehen muß, nicht schon vorab über den Leichnam ihres Mannes zu stolpern, bevor Hagen ihn ihr präsentiert. Immer wieder gluckst *die alte Oper in Augenblicken* wie diesen in die schönen neuen Konzepte hinein.

Friedrich bedient sich des riesigen Apparats von Interpretationshilfen, die vor allem das letzte Jahrzehnt be*reitgestellt hat. Das erweist sich* als zwiespältig. Seine Inszenierung kommt denn auch eher über ihre Intelligenz, ihre Lust, immer noch mehr als alles sagen und zeigen zu wollen, wiederholt aus dem Tritt.

Wenn der Siegfried kredenzte Vergessenstrank das „weiße Feld der Gedächtnislosigkeit" (Wapnewski) in ihm aufbaut, erhebt der Held aus dem Busen Gutrunes plötzlich ein clownesk weißgekalktes Gesicht. Er wird es erst abwischen, wenn es ans Sterben geht. Bis dahin aber wird er, vom Gedächtsnisschwund deutlich gemartert, sich immer wieder an die Stirn greifen, der Erinnerung nachtorkelnd, von Kopfschmerz übel gebeutelt – nur ausgerechnet dann nicht, wenn er Brünhilde in Verkleidung entgegentritt: dem aufbrennenden Moment einer einzigartigen Wiederbegegnung. Doch da stellt sich Siegfrieds klagender Kopfschmerz überraschend nicht ein.

Friedrichs Inszenierung hat bezwingende Momente. Wenn Hagen hinter die Thronsessel der Gibichungen tritt, erscheint sein Gesicht über den schmalen Schultern der regierenden Halbgeschwister durch Zerrspie*gel ins Riesenhafte vergrößert:* eine grandiose Idee. Doch bald darf beinahe jeder einmal hinter dem Spiegel verschwinden. Die Unheimlichkeit wird alltäglich.

Gunther in seiner weißen Litewka *ist ein Waschlappen mit Apfelbäckchen*. Gutrune wedelt mit dem Zeigefinger mißbilligend auf den finsteren Halbbruder los: „Böser Hagen!" Der Mythos wird säkularisiert, ohne darüber neue Einsichten aufzuschließen. Und wenn in der suggestiv mächtigsten Szene Alberich aus dem Finstern raunend zu Hagen tritt, geschieht das wie in einem Nachtasyl tiefstimmiger Bösewichte.

Jesus Lopez Cobos hat das Werk mit Sängern und Orchester mit wuchtiger Sorgfalt erarbeitet. Jede Orchesterstimme ist deutlich herausseparriert. Jede erhält das annähernd gleiche Gewicht. Hochspannung vom ersten bis zum letzten Takt wird angestrebt. Das Orchester spielt mit bewunderungswürdiger Konzentration und höchster Deutlichkeit.

Aber es ist durchgehend zu laut. Das macht sein Spiel wiederholt monoton. Die dynamische Skala wird stets nur am oberen Ende aufgefächert. Das reduziert ihren Umfang doch ganz erheblich. Anhaltend bewegt sich der Ausdruck wie am Rande der Hysterie.

Dabei hält Lopez Cobos alle musikalischen Fäden mit größter Sicherheit in der Hand. Doch sie wirken wie Trossen, an denen die „Götterdämmerung" machtvoll dümpelnd vor Anker liegt. Fahrt gewinnt sich die Aufführung wenig. Sie setzt eher auf musikalische Statik, das Riesengeflecht *des wagnerschen Spätstils auf* kolossale Weise aufzudecken. Unversehens gerät sie dabei in umgekehrter Richtung durch den „Zeitentunnel" zum Bombast altwagnerianischer Pathetik zurück, ohne sich indessen bärentragisch umflorte Gläubigkeit zurückzugewinnen.

Wer am lautesten singt, ist in dieser Aufführung Meister. Glücklicherweise paart sich dieses Erfordernis mit sängerischer Großartigkeit. Catarina Ligendza ist eine Brünhilde unerschöpflicher Singenergie, klagend, besessen und hoheitsvoll. Sie trägt Wagners Welt in allem Glanz in der Jubelstimme und entbietet ihr immer neue Reserven an Schönheit. Die Ligendza ist das große Ereignis des Abends.

Matti Salminen als Hagen singt mit ihr gleichauf, ein Baß von unerschöpflichem Volumen, tiefschwarz im Timbre. Um ihn liegt auch beim Wagnergesang immer die Aura des Belcantisten.

René Kollo hat daneben schon schwereren Stand. Sein Bemühen um vergeistigten Vortrag, um Schattierungen, um Ausdrucksfarben, die den Singhelden sonst häufig fremd sind, läßt ihn in der Schlacht mit dem Orchester stimmlich vorzeitig ausbluten. Am Premierenabend hat er jedenfalls nach verheißungsvollem Beginn mit dem dritten Akt dann doch erhebliche Mühe.

Cheryl Studer war eine Norne mit Paradestimme. Sie sang auch die Gutrune. Hornik als Alberich gewann sich wenig Gewicht, Carlson hatte es schwer, der Gunther-Karikatur Leben zu geben. Brigitte Fassbaenders sängerische Leidenschaftlichkeit prägte ihre Waltraute. Die Rheintöchter sangen so makellos, als habe Vater Rhein, Götz Friedrich zum Trotz, an Umweltverschmutzung noch nicht das geringste erfahren.

KLAUS GEITEL

Mit Sonderschauen zu Besucherrekorden – Zum Museumsboom in der Bundesrepublik Deutschland

Bitten die Berliner demnächst energisch zur Kasse?

Den demographischen Unkenrufen vom fortpflanzungsunfrohen Volk der Deutschen schallt frohe Botschaft aus einer unerwarteten Ecke *entgegen. Als Museumsbesucher sind* die Deutschen von immensem Fleiß. 56 747 784 Besuche zählte das Institut für Museumskunde (IfM) in Berlin für 1984 in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin). Das ist gegenüber 1983 eine Steigerung um 4,7 Millionen.

Die tatsächliche Zahl liegt mit Sicherheit deutlich höher, denn von den 2025 angeschriebenen Museen beteiligten sich nur 1800 (oder 88,9 Prozent) an der Berliner Datenerhebung. Und von diesen konnten aus unterschiedlichen Gründen wiederum nur 1586 (oder 78,3 Prozent) Besucherzahlen nennen. Dem dürfte auch nicht entgegenstehen, daß von den auskunftsfreudigen Museen 197 (10,9 Prozent) ihre Zahlen nur anhand von Besucherbüchern ermittelten und 136 (7,6 Prozent) sogar nur per Schätzung.

„Sehr belebend" wirkten sich wieder Sonderausstellungen auf den Besuch aus, wie Andreas Grote, Direktor des Instituts für Museumskunde, in einem Gespräch mit der WELT erläuterte. 1984 sorgten insgesamt 3455 Ausstellungen in 788 Museen für Besucherschub (gegenüber 2875 Ausstellungen in 735 Museen 1983). So *konnte das Römisch-Germanische* Museum in Köln durch die Ausstellung „Irische Kunst aus zwei Jahrtausenden" 300 000 Schaulustige mehr zählen, und das „Gold der Skythen" lockte 182 000 zusätzliche Interessenten in die Staatliche Antikensammlung München.

Inwieweit diese Sonderausstellungen dem ständigen Angebot der veranstaltenden Museen zugute kommen, läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken, weil nur eine Minderheit der Häuser getrennte *Zählungen* durchführt.

Ähnlich positive Wirkungen zeitigte auch die Eröffnung neugestalteter Ausstellungsbereiche. Das Deutsche Museum in München war, wie seit Jahren, auch 1984 mit 1 507 067 Gästen (rund 330 000 mehr als 1983) Spitzenreiter. Die damals wegen des Brandanschlages geschlossene Abteilung Flugtechnik erwies sich nach der Wiedereröffnung 1984 als der große Magnet. Dabei sorgten Grüne und *ähnliche* Gruppen *mit ihrer* Kritik an der Aufstellung eines „Starfighter" zusätzlich für unbezahlte Publicity.

Einen „großen Hammer" nennt Grote den Erfolg der neuen Staatsgalerie *in Stuttgart, die nach ihrer Eröff*nung im März 1984 mehr als eine Million Neugierige anzog. Die Attraktion des vielbeschriebenen und diskutierten Neubaus von James Stirling tat vor allem der separaten Statistik der reinen Kunstmuseen wohl, die sonst für 1984 „nicht so gut ausgesehen hätte" (11 289 230 Besucher gegenüber 10 007 243 im Jahre 1983). Dabei war sogar die Anzahl der Sonderausstellungen in den Kunstmuseen 1984 noch auf 911 (gegenüber 800 im Jahr *davor) gestiegen.*

Der „Zug ins Museum" ist offenbar ein gesamtdeutsches Phänomen. 1983 zählten die „DDR"-Häuser insgesamt 31 483 962 Schaulustige gegenüber 30 699 458 im Jahr davor (1984er Zahlen sind noch nicht bekannt). In die weltberühmten Museen Ost-Berlins kamen 1983 insgesamt 3 220 797 Interessenten gegenüber 3 000 676 im Jahre 1982.

Doch steigende Besucherzahlen lassen offenbar auch die Begehrlichkeit der *Kassenwarte* wachsen. *Das* IfM registrierte in seiner Erhebung für 1984 bei den Museen im Bundesdurchschnitt steigende Eintrittspreise und eine abnehmende Tendenz zu kostenlosem Eintritt.

So gibt es neuerdings auch bei den Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin ernsthafte Überlegungen, den seit vielen Jahren gelobten und genutzten kostenfreien Eintritt abzuschaffen. Das letzte Wort hat in der nächsten Woche der Stiftungsrat, und der wird, wie aus seinen Kreisen zu hören ist, in Zukunft auch Geld von den Gästen sehen wollen – und das nicht nur in Form von (noch) reichlich fließenden freiwilligen Spenden in den Plastikboxen in den *Eingangshallen.*

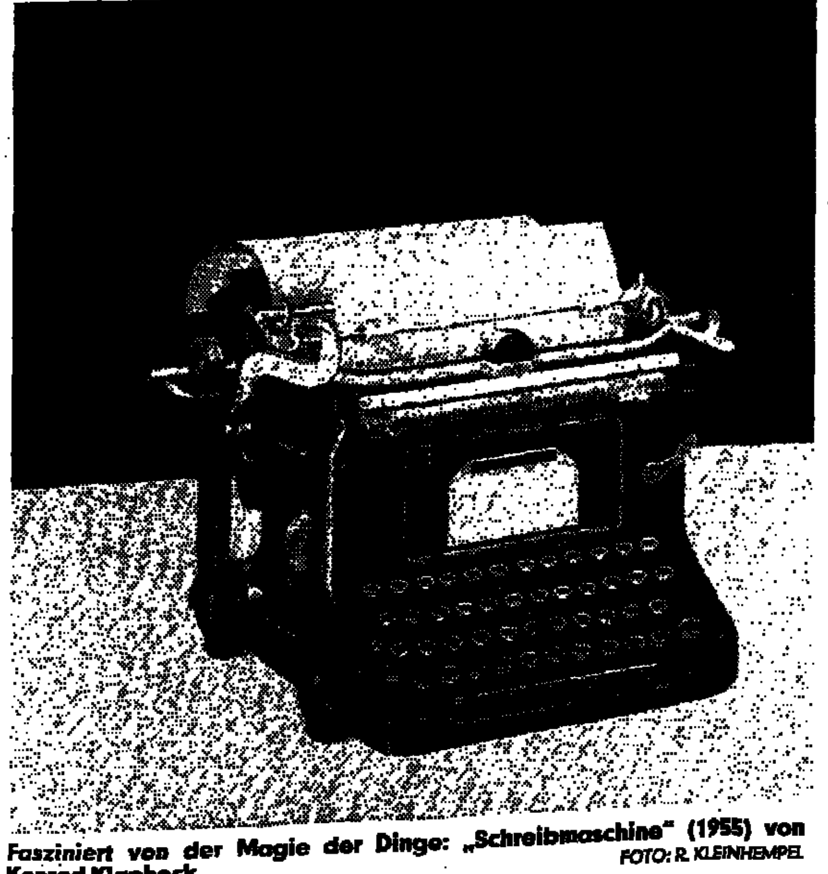
Ob sich diese Entwicklung negativ auf den Besuch auswirken wird? Antworten auf solche und andere Fragen – z. B. wie das publikumsgerechte Museum von morgen aussehen sollte – erwartet man durch die „Trendanalyse von Besucherstrukturen an Museen" (1984 bis 1987). Auf diese Langzeitstudie setzt das Berliner Institut besonders große Hoffnungen, um seiner selbstgestellten Aufgabe als „Ver*schiebebahnhof für Kontakte und In*formationen" *(Grote) gerecht zu* werden.

HEINRICH KÖNIG

Mit Akribie und fotografisch genau gemalt – Die große Konrad-Klapheck-Retrospektive in Hamburg

Der Wille zur Macht als Dämon des Fortschritts

Als fast alle abstrakt, tachistisch oder informell arbeiteten, malte Konrad Klapheck 1955 eine altmodische Schreibmaschine, und zwar mit äußerster Akribie, fast fotografisch genau und doch zugleich von seltsamer Dingmagie erfüllt. Der damals dominierenden lyrischen Abstraktion wollte er nach eigenen Worten eine „prosaische Supragegenständlichkeit" gegenüberstellen. Bei dieser in ikonografischer und formaler Hinsicht ganz eigenständigen Bildwelt, mit der er von Anfang an gegen den herrschenden Strom schwamm und doch schon frühzeitig internationale Anerkennung fand, ist er drei Jahrzehnte lang geblieben. Das dokumentiert die weitgespannte Retrospektive mit Werken von 1955 bis 1985 in der Hamburger Kunsthalle.



Fasziniert von der Magie der Dinge: „Schreibmaschine" (1955) von Konrad Klapheck FOTO: R. KLEINHEMPEL

Damals war Klapheck zwanzig Jahre alt und Schüler von Bruno Goller an der Düsseldorfer Kunstakademie. Der einfühlsame Lehrer, dem er viel verdankte und dessen skurriler Dingfetischismus bei ihm zeitweise auf verwandelter Ebene fortlebt, bestärkte den jungen Maler, auf seinem intuitiv gefundenen Wege zu bleiben, und sagte – wie Klapheck berichtete – angesichts des ersten Schreibmaschinenbildes spontan: „Das sind Sie!"

Damals ahnte Klapheck nicht, daß ihm vierzig weitere Schreibmaschinenbilder und ebenso viele Nähmaschinendarstellungen folgen würden. Marcel Duchamps frühe „Schokoladenmühle" lernte er dann erst ein Jahr später in Paris kennen, und die Pop-Art mit den Warholschen Campbell-Dosen hatte um jene Zeit noch gar nicht begonnen.

Was Klapheck von allen derartigen Vorläufern und Zeitgenossen unterscheidet, ist der Doppelcharakter seiner Objektmalerei als genau erfaßtes technisches Gerät und gleichzeitig als surreale Metapher. Die technischen Objekte, die der Maler exakt abbildet, verwandeln sich unter seinem „zweiten Blick" ganz plötzlich und überraschend in hintergründige Ausdrucksformen menschlicher Eigenschaften, Gefühle und Beziehungen. Eine Schreibmaschine wird dann beispielsweise zum „Potentaten" oder zum „Willen zur Macht", eine Nähmaschine zur „Intrigantin", „Sphinx" oder zum „Gesang der Sirenen", ein Bügeleisen erscheint als „Hausdrachen", eine Dusche als „Diva", ein elektrischer Rasierapparat auf einem Stuhl als „Pascha" und ein Motorrad als „Dämon des Fortschritts", wie einige der stets nachträglich gefundenen, auf ironische Weise treffenden Titel lauten.

Auch banale Redensarten oder ethische Maximen wie „Die Regeln des Anstands", „Die Forderungen der Moral", „Die Qual der Lust", „Die Stimme des Gewissens" oder „Die Technik der Eroberung" werden zuweilen als kennzeichnende und verfremdende Bildtitel herangezogen. „Ich benutze die Dinge nicht als Symbole, sondern ich male sie, so gut ich kann, und lasse mich dann überraschen, was die zu sagen haben", erklärt der Maler.

Während die frühen Bilder noch altmeisterlich und dunkeltonig anmuten und meistens in kleinen Formaten gehalten sind, entwickelte Klapheck seit Mitte der sechziger Jahre auf seinen nunmehr größer gewordenen Leinwänden eine lichtere Farbskala und Monumentalisierung des Ausdrucks. Dabei werden die oft banalen technischen Objekte zum Ikonenhaften gesteigert und in eine ganz eigenständige „peinture" umgesetzt, deren rein malerische Qualität zu einer seltsamen „Poetisierung der technischen Welt" führt, ohne zeitkritische oder autobiographische Aspekte zu verleugnen.

Klapheck erweist sich, das wird hier deutlich, stets von neuem als ein singulärer „Maler des zweiten Blicks", dessen behutsame Verfremdungen Augen und Gedanken fesseln.

HANNS THEODOR FLEMMING

Bis 24. Nov.; Tübingen: 4. Jan. bis 9. Febr. 1986; München: 21. Febr. bis 13. April, Katalog 35 Mark.

JOURNAL

Wird Bejart Nachfolger von Bogianckino?

AFP, Paris

Der Choreograph Maurice Bejart, der das „Ballett des 20. Jahrhunderts" in Brüssel leitet, ist als dritter Kandidat im Gespräch für die Nachfolge des Verwaltungsdirektors der Pariser Oper, Massimo Bogianckino, der zum Bürgermeister von Florenz gewählt wurde. Als weitere Anwärter wurden bisher der Operndirektor von Lyon und Leiter des Opernfestivals von Aix-en-Provence, Louis Erlo, und der künstlerische Direktor der Mailänder Scala, Cesare Mazzoni, genannt. Das Pariser Kulturministerium hat bisher keinen Namen bestätigt. *Über die Besetzung entscheidet der* französische Ministerrat.

Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen

AP, Hannover

Juden sollen in deutschen Geschichtsbüchern von den Kreuzzügen bis zum Massenmord im Zeichen des Nationalsozialismus nicht ausschließlich als Objekte und Opfer der Geschichte erscheinen. Das raten die deutsch-israelischen Schulbuchempfehlungen, auf die sich deutsche und israelische Wissenschaftler in seit 1979 andauernden Verhandlungen jetzt geeinigt haben. Die Empfehlungen zur Behandlung der deutschen Geschichte in israelischen Geschichtsbüchern warnen vor einer Sichtweise, „die die deutsche Geschichte notwendig im Nationalsozialismus kulminieren läßt". Die Geschichte des Nationalsozialismus solle im *Zusammenhang mit dem* europäischen Faschismus und in ihrer Einzigartigkeit dargestellt werden.

Internationales Bloch-Symposion

A. W. Hamburg

An der Hochschule für bildende Künste in Hamburg begann unter dem Titel „Objektive Phantasie" ein Internationales Ernst-Bloch-Symposion aus Anlaß des hundertsten Geburtstages des Philosophen in diesem Jahr. Veranstalter sind die Zeitschrift „Spuren" und die „Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur". Bis zum Freitag werden Ernest Mandel, Jan Philipp Reemtsma, der Komponist Tilo Medek, die Philosophen Hartmut Böhme, Wolfdietrich Schmied-Kowarczik u. a. das Werk Blochs und seine Nachwirkung von den verschiedensten Standpunkten aus beleuchten.

Schwitters-Archive in Hannover vereint

W. K. Hannover

Das Kurt-Schwitters-Archiv der Stadtbibliothek Hannover hat eine bedeutende Leihgabe erhalten. Ernst Schwitters, der in Lysaker bei Oslo lebende Sohn des Merz-Künstlers, übergab jetzt den schriftlichen Nachlaß seines Vaters dem hannoverschen Archiv, damit die beiden umfangreichen Sammlungen räumlich vereint der Forschung leichter zugänglich werden. Wichtigster Teil der Leihgabe sind mehr als 150 Manuskripte literarischer und kritischer Texte, die die bisher in Hannover vorhandenen 25 Autographen ergänzen.

Mangelnde Qualität von DEFA-Filmen

dpa, Berlin

Die mangelnde künstlerische Qualität von Filmen der „DDR"-Filmgesellschaft DEFA hat der Ostberliner „Filmspiegel" beklagt. Das künstlerische Ungenügen vieler Filme der jüngsten Zeit mache sich bereits im Stadium der Drehbuchentwicklung bemerkbar. Daß die Studioleitung zahlreichen Debütanten Chancen einräume, sei zwar „lobenswert und zweifellos nötig, nicht aber um den Preis künstlerischer Aussichtslosigkeit". Auch der „DDR"-Regisseur Egon Schlegel bemängelte die „noch nicht optimale" Art und Weise, wie Filmstoffe entwickelt würden. Es müsse künftig Filme geben, die sowohl in der „DDR" interessierten, zugleich aber auch Franzosen, Italiener, Schweden oder Japaner fesselten.

Nelson Riddle †

Den Top-Stars im amerikanischen Showbusiness lieferte er den bestmöglichen musikalischen Hintergrund – nicht von ungefähr fühlten sich Frank Sinatra und Ella Fitzgerald bei ihm in besten Händen. Aber auch eine „Neutönerin" wie Linda Ronstadt vertraute sich ihm an, wenn sie für eine Plattenaufnahme auf die Historie der amerikanischen Pop-Musik zurückgriff. Perfektioniert hat der in New Jersey geborene Nelson Riddle sein Arrangeur-Handwerk bei Tommy Dorsey und Bob Crosby. Als Dirigent stellte der gelernte Posaunist später eines der besten Unterhaltungsorchester im amerikanischen Musikgeschäft zusammen. Für seine Musik zu „The Great Gatsby" erhielt er 1975 einen „Oscar". Das Showbusiness ist um ein Talent ärmer. Am Sonntag ist Nelson Riddle im Alter von 64 Jahren in Los Angeles gestorben.

no

Wird Lindbergh-Prozeß nun wieder aufgerollt?

Wiedergefundene Akten lassen eine Witwe hoffen

flo, Bonn

Die seit einem halben Jahrhundert verschollen geglaubten, jetzt aber aufgefundenen Justizakten zur Entführung und Ermordung des Lindbergh-Babys nähren wieder Zweifel an der Schuld des 1932 für die Tat zum Tode verurteilten Richard Hauptmann.

Die Akten verbarg der inzwischen verstorbene damalige Gouverneur von New Jersey, Harold Hoffmann, bei sich zu Hause. Er wollte vermutlich eigene Nachforschungen über die Affäre anstellen, da er keineswegs von der Schuld des Deutschen Tischlers Richard Hauptmann überzeugt war.

Das 20 Monate alte Baby war 1932 gekidnappt und trotz einer Lösegeldzahlung von 50 000 Dollar zwei Monate später nahe der elterlichen Wohnung in New Jersey ermordet aufgefunden worden.

Gouverneur Hoffmann, der auch Vorsitzender des bundesstaatlichen Ausschusses für Straferlasse und Begnadigungen war, lieh sich die Akten wahrscheinlich aus, um weitere Untersuchungen auf eigene Faust anzustellen.

Der vor 50 Jahren in der Kleinstadt Flemington in New Jersey abgeschlossene Prozeß galt seinerzeit in den USA als „Verfahren des Jahrhunderts" und war ein reiner Indizienprozeß. Hauptmann leugnete bis zum Schluß, etwas mit dem Verbrechen zu tun zu haben. Er verwickelte sich auch in stundenlangen scharfen Kreuzverhören durch die Staatsanwälte in keine Widersprüche.

Belastet wurde er vor allem dadurch, daß 13 760 gekennzeichnete Scheine des Lösegeldes in seiner Wohnung gefunden worden waren. Allerdings – und das stellte sich erst nach der erzwungenen Herausgabe der FBI-Akten an die Anwälte der Witwe heraus – waren auf ihnen keine Fingerabdrücke Hauptmanns entdeckt worden, wohl aber solche anderer, unbekannt gebliebener Personen.

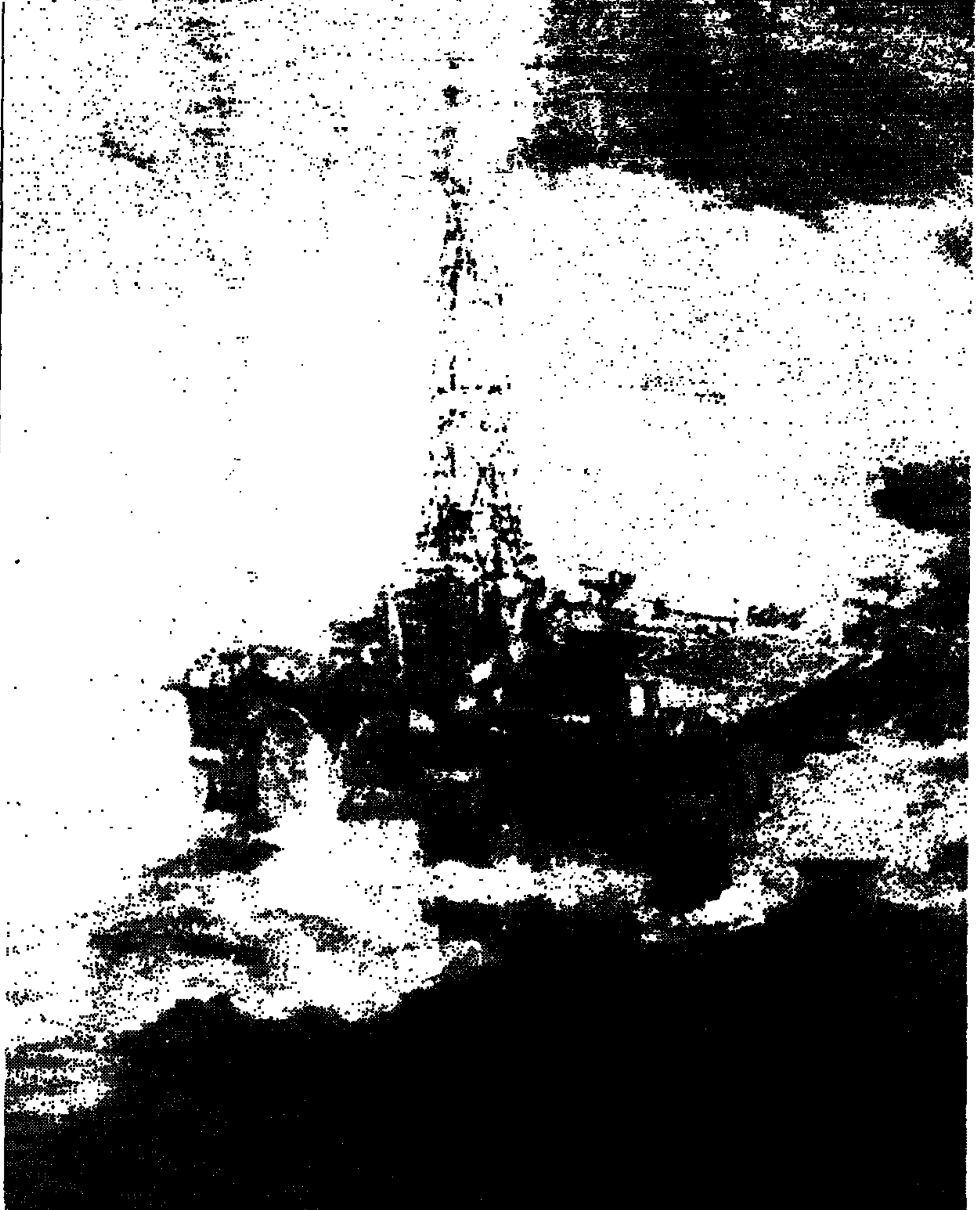
Seit 1981 kämpft die heute 87 Jahre alte Witwe Richard Hauptmanns, Anna Hauptmann, unterstützt von namhaften amerikanischen Anwälten, um die Rehabilitierung ihres hingerichteten Mannes. Sie stützt sich dabei auf Akten des amerikanischen Bundeskriminalamtes FBI, deren Herausgabe ihre Anwälte vor vier Jahren erzwangen. Diese scheinen einige der wichtigsten Zeugenaussagen, die seinerzeit zur Verurteilung führten, in Frage zu stellen.

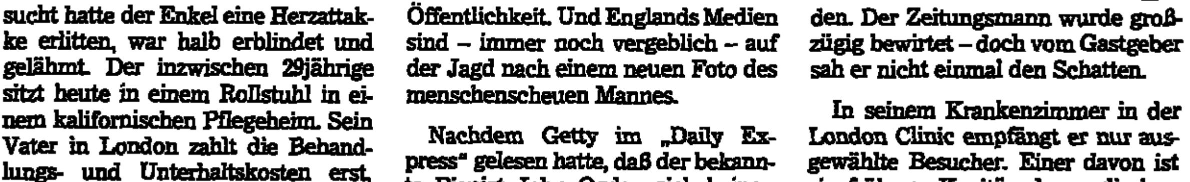
Ein erster Wiederaufnahmeantrag wurde im vorigen Jahr mit der Begründung abgelehnt, die Klagefrist sei längst abgelaufen. Über die Berufung gegen diese Entscheidung entschied ein Bundesgericht ebenfalls ablehnend.

Die Entführung und Ermordung des Babys am 1. März 1932 hatte in Amerika eine Welle der Empörung ausgelöst. Lindbergh, der nach dem ersten Alleinflug über den Atlantik von Long Island bei New York nach Le Bourget bei Paris am 20. und 21. Mai 1927 als Held der Nation gefeiert worden war, stand damals noch auf der Höhe seines Ruhmes.

Die amerikansche Presse forderte kategorisch, daß nun endlich etwas gegen die zunehmenden Kindesentführungen getan werden müsse. Der Kongreß beugte sich den Forderungen der öffentlichen Meinung und bestimmte, daß Kindesentführung mit dem Tode zu bestrafen sei. Er erklärte Kidnapping außerdem zum „Bundesdelikt", was bedeutete, daß die Ermittlungen automatisch vom FBI übernommen wurden.

In dieser angeheizten Atmosphäre begann Anfang 1935 der Prozeß gegen Bruno Richard Hauptmann, der bereits vorbelastet war, weil er 1923 illegal in die USA einwanderte und nie versucht hatte, die amerikanische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Deutscher zu sein, galt wegen der Judenhetze des Dritten Reiches bereits damals in weiten Teilen der USA als Makel.





Vom Feuer zerstört, von der Mannschaft verlassen: die norwegische Bohrinsel „West Vanguard" FOTO: AP

Gasexplosion auf norwegischer Bohrinsel

DW. Stavanger

Die Katastrophe brach blitzschnell über die 80 Ingenieure und Arbeiter herein. Sie hatten Sonntag abend vor der norwegischen Küste eine erste Probebohrung von der neuen Bohrinsel „West Vanguard" aus gesetzt. Reine Routine. Da passierte es. Nach einem gewaltigen Knall wuchs plötzlich ein Feuerball vor ihnen aus der Nordsee und hüllte die Plattform der Ölförderanlage ein. In Panik sprangen einige der Arbeiter ins eiskalte Wasser, das im Umkreis von hundert Metern einer Flammenhölle glich. Doch konnten sie, wie auch die anderen Besatzungsmitglieder der Bohrinsel, von Booten aufgenommen und gerettet werden. Der 28jährige Norweger Oddvar Björdal jedoch ist vermutlich ums Leben gekommen. Noch während der Löscharbeiten wurde die Suche nach ihm aufgegeben.

Samstag erst hatte die Mannschaft die Arbeit auf der neuen Ölplattform aufgenommen, Sonntag abend eine erste Probebohrung gesetzt. In 500 Meter Tiefe stießen sie auf ein Gasreservoir, dessen Inhalt sich explosionsartig den Weg nach oben bahnte. An einem Bohrgestänge muß sich ein Funke entzündet haben, der die Katastrophe auslöste. Das Feuer erlosch erst gestern morgen um neun Uhr, als die Gasreserven erschöpft waren. Die Bohrinsel der staatlichen norwegischen Ölgesellschaft „Statoil" trieb gestern etwa 100 Kilometer vor Trondheim mit 30 Grad Schlagseite in der Nordsee. Bei dem Unglück war eines der acht Stützbeine beschädigt worden. „Statoil"-Sprecher Haakon Lavik erklärte, die Bohrinsel werde schwimmfähig bleiben.

Beim bisher schwersten Unglück auf einer Bohrinsel waren 1980 westlich von Stavanger in der Nordsee 120 Menschen ums Leben gekommen, als die norwegische „Alexander Kielland" im Sturm aus ihren Halterungen riß und kenterte. 37 Arbeiter kamen im August vergangenen Jahres ums Leben, als auf einer Bohrinsel vor der Küste bei Rio de Janeiro eine Gasexplosion einen Brand auslöste.

Die Deutschen haben Angst vor Krebsvorsorge

rev, Hannover

Jeder fünfte Todesfall im Bundesgebiet ist auf eine Krebserkrankung zurückzuführen. Die Hälfte der jährlich 40 000 Krebsopfer könnte noch leben, wenn rechtzeitig Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt worden wären. 59 Prozent aller Frauen und 53 Prozent aller Männer jedoch haben Angst vor solchen Untersuchungen. Auf diese erschreckenden Zahlen hat die Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung in Hannover hingewiesen und gleichzeitig Alarm geschlagen. Das Interesse an kostenloser Vorsorgeuntersuchung sei noch nie so gering gewesen. Zum Auftakt der „Woche der Krebsbekämpfung" erklärte Professor Adalbert Majewski, die seit Mitte der 60er Jahre angebotenen kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen würden heute nur noch von 30 Prozent der Frauen über 20 und von zwölf Prozent der Männer über 45 in Anspruch genommen. Dabei hätten sich laut Infratest-Umfrage die Frauen zu 70 und die Männer zu 59 Prozent grundsätzlich positiv zu Maßnahmen der Früherkennung bekannt. Der krasse Widerspruch zur tatsächlichen Inanspruchnahme sei in der völlig unberechtigten Angst vor der Wahrheit zu sehen: 69 Prozent der Frauen und 64 Prozent der Männer würden abgeschreckt, weil sie eine Therapie befürchten.

Halbverhungert gefunden

dpa, Köln

Über einen Monat lang hielt sich ein 55 Jahre alter alleinstehender Mann in Köln nach einem Zusammenbruch, unbemerkt von seinen Nachbarn, nur mit Leitungswasser am Leben. Der Vermieter wurde schließlich durch den überquellenden Briefkasten alarmiert. Er fand den völlig entkräfteten und halbverhungerten Mann, der nur noch etwa 30 Kilogramm wog, in der Wohnung.

Wal bei Montreal gesichtet

AP, Montreal

Im St.-Lorenz-Strom nördlich von Montreal ist ein großer Wahl gesichtet worden, der sich auf dem für ihn möglicherweise tödlichen Weg stromaufwärts befindet. Der etwa 25 Meter lange Meeressäuger, bei dem es sich vermutlich um einen Finn- oder einen Blauwal handelt, befand sich gestern rund 55 Kilometer von Montreal entfernt.

Explosion auf Gehweg

dpa, Neumünster

Nach einer Zement-Silo-Explosion auf einer Baustelle in der Innenstadt von Neumünster flog ein riesiger Eisendeckel in eine Menschenmenge: Auf einem Bürgersteig wurden sieben Personen zum Teil schwer verletzt. Ein 75 jähriger schwebt in Lebensgefahr.

Lotto-Millionen

dpa, Koblenz

Morgen können die Lottospieler auch beim Mittwochs-Lotto Summen gewinnen, die es bisher nur in der Ziehung am Samstag gab: Erstmals seit Aufhebung der Gewinnbegrenzung kletterte die Gewinnmöglichkeit auf mehr als drei Millionen Mark, berichtet die Toto-Lotto-GmbH Rheinland-Pfalz in Koblenz. Im Jackpot des Spiels 7 aus 38 stünden 2,3 Millionen Mark, und der Jackpot des Zusatzspiels „Spiel 77" sei mit 750 000 Mark gefüllt.

Super-Kreditkarte

SAD, New York

Visa USA inc., Amerikas größtes Kreditkarten-Unternehmen, bringt eine Plastikkarte auf den Markt, die 64 000 Buchstaben oder Ziffern speichern kann. Diese Super-Kreditkarte enthält gleichzeitig eine Kalkulator-Tastatur, so daß sie als Mini-Rechner Währungen umrechnen kann. Außerdem führt sie Buch: Die mit der Kreditkarte getätigten Ausgaben werden addiert – und können monatlich, nachdem der Betrag beglichen worden ist, getilgt werden.

LEUTE HEUTE

Mister Hightec

Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth**, zu dessen politischem Credo immer wieder der Satz gehört, daß man die Zukunft nicht gestalten könne, wenn die Linken „für die Abteilung Visionen" und die Bürgerlichen „nur für die Reparaturen" zuständig seien, gab jetzt dem Grünen-Abgeordneten **Otto Schily** eine Abfuhr. Bei einem Empfang in Bonn gefragt, ob er Schily nicht in seinem Kabinett in Stuttgart unterbringen wolle, erklärte Mister Hightec: „Der ist mir für einen bestimmten Posten zu konservativ."

Miß Ungarn

Nach einem Jahr hat sich die Suche nun doch gelohnt: Ungarn hat seine Schönheitskönigin – die Gymnasiastin **Csilla Andrea Molnar** aus Balaton am gleichnamigen See. Die schönste Frau Ungarns ist 1,78 Meter groß – ihre sonstigen Maße werden verschwiegen. Die Miß-Wahl in Ungarn hatte sich in verschiedenen Wahlgängen über ein ganzes Jahr hingezogen. Die 16jährige Csilla wird ihr Land bei den kommenden Miß-Europa-Wahlen vertreten.

Meisterschaft

Der 32jährige **Bruno Dewaele** gewann die erste in Paris ausgetragene Rechtschreib-Meisterschaft Frankreichs. Der aus Hazebrouck stammende Professor für moderne Literatur hatte sich neun Monate lang auf den von der Literaturzeitschrift „Lire", einer Großbank und zwei Rundfunksendern ausgeschriebenen Wettbewerb vorbereitet. Lohn der Mühen: Eine Weltreise, die ihn durch alle frankophonen Länder führen wird.

Schon in 2. Generation beginnt der Abstieg der Gettys

Von CLAUS GEISSMAR

Im Zimmer Nr. 805 des Privatkrankenhauses „London Clinic" liegt ein Patient, der ein altes deutsches Sprichwort bestätigen kann: Geld macht nicht glücklich. Aber John Paul Getty II. (53) beruhigt es auch nicht mehr. Er hat jetzt so viel davon, daß er nicht mehr weiß, wie er es loswerden soll. Um dieser Sorge abzuhelfen, hat Getty junior eine neue Stiftung ins Leben gerufen. Ihr einziger Zweck: Sie soll in Zukunft sondieren, wem die Getty-Millionen geschenkt werden können.

Der 53jährige ist einer von fünf Söhnen von Getty senior, der 1976 im Alter von 83 Jahren in England starb und als der reichste Mann der Welt bezeichnet wurde – und als einer der knauserigsten. Auf seinem englischen Landsitz Sutton Place hatte er für persönliche Gäste ein Münztelefon einbauen lassen.

Der Geiz des alten Getty hat sich gelohnt. Als die Ölaktien der aus Amerika stammenden Familie im vergangenen Jahr an Texaco verkauft wurden, lag der Erlös bei mehr als 4 Milliarden Dollar. Aber 26 Erben, darunter drei noch lebende Söhne und eine dutzendfache Enkelschar, die schon auf ihre Pflichtteilsansprüche pocht, konnte sich nicht einigen. Der Familienkrach um das Erbe war weit schlimmer als alles, was gemeinhin zu diesem Thema in den Fernsehserien vorgegaukelt wird.

John Paul Getty II., zugleich Vater jenes unglücklichen Getty-Enkels, dem 1973 bei einem Kidnappingfall in Rom ein Ohr abgeschnitten wurde, zahlte für seinen Sohn 1981 keine Arztkosten mehr. Nach einer Heroinsucht hatte der Enkel eine Herzattacke erlitten, war halb erblindet und gelähmt. Der inzwischen 29jährige sitzt heute in einem Rollstuhl in einem kalifornischen Pflegeheim. Sein Vater in London zahlt die Behandlungs- und Unterhaltskosten erst, nachdem er von seiner ersten Frau und Mutter des unglücklichen Sohnes gerichtlich dazu gezwungen wurde.

So tief gehen die Risse in einer Familie, die noch immer soviel Geld hat, daß es eigentlich für alles Glück dieser Welt ausreichen müßte – wenn Glück käuflich wäre. Ein kalifornischer Richter hat das Milliardenerbe inzwischen auf vier Familienstämme aufgeteilt, die je 750 Millionen Dollar erhielten. Eine Milliarde wurde prophylaktisch für das Finanzamt zurückgestellt. Der Londoner Getty-Sohn verfügt nun über einen dieser Stammbeträge vom Krankenbett aus.

Seine Londoner Stadtwohnung am Cheyne Walk liegt direkt an der Themse. Dort ohne seine Zustimmung hineinzukommen, ist unmöglich. Seit zehn Jahren verbirgt er sich vor der Öffentlichkeit. Und Englands Medien sind – immer noch vergeblich – auf der Jagd nach einem neuen Foto des menschenscheuen Mannes.

Nachdem Getty im „Daily Express" gelesen hatte, daß der bekannte Pianist John Ogden sich keinen eigenen Konzertflügel leisten kann, rief er die Zeitung an und schenkte Ogden einen Steinway. Chefredakteur Michael Brown, der das alles vermittelt hatte, wurde zum Lunch in die Wohnung am Cheyne Walk eingeladen. Der Zeitungsmann wurde großzügig bewirtet – doch vom Gastgeber sah er nicht einmal den Schatten.







„Drei Gettys" – aber keine Einheit: oben J. Paul Getty I., legendärer Geizhals, Zyniker und Finanzgenie. J. Paul Getty II. (links), der ungeliebte Sohn, und J. Paul Getty III., der ebensowenig geliebte Enkel mit nur einem Ohr.

In seinem Krankenzimmer in der London Clinic empfängt er nur ausgewählte Besucher. Einer davon ist ein früherer Kapitän der englischen Kricket-Nationalmannschaft. Denn Getty II. ist ein fanatischer Kricketfan. Sein Krankenzimmer ist vollgestopft mit Video-Aufzeichnungen alter Spiele, aber auch Charlie-Chaplin-Filmen und die berühmtesten Sachen von Cecil B. de Mille.

Der schon seit einem Jahr andauernde Krankenhausaufenthalt ist Folge einer Heroinsucht, unter der Getty früher litt. Nicht nur er freilich. Gettys zweite Frau Talitha starb im Alter von 30 Jahren 1971 an einer Überdosis. Der gemeinsame Sohn war zur damaligen Hippie-Flower-Power-Zeit auf den Namen „Tara, Gabriel, Galaxy, Grammophone" getauft worden.

Der Patient im Zimmer Nr. 805 wird an die Exzesse jener Zeiten nun durch eine akute Leberschwäche, durch eine Lungenerkrankung, Diabetes und Kreislaufzusammenbrüche erinnert. Die Beine sind angeschwollen. Seine letzte Freundin hat den Witwer vor drei Jahren verlassen.

Die letzte Erkenntnis des kranken Getty, der von der Familie nicht wie sein Vater John Paul, sondern „Eugene" genannt wird, lautet so: „Was soll ich mit dem ganzen Geld, man kann ja doch nur in einem Bett liegen." Nachdem das Erbe richterlich verteilt war, hat er daher schon im Sommer der Londoner Nationalgalerie 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Aber auch auf diesem Gebiet entwickelt sich eine familieninterne Getty-Ironie: Das Geld, das Getty II. britischen Galerien gibt, sorgt jetzt dafür, daß das kalifornische Getty-Museum in Malibu nicht mehr alle angebotenen großen Kunstschätze der Welt aufkaufen kann.

Auch Getty-Bruder Gordon (51), der seine Millionen zunächst als Erbverwalter machte, stand nicht hoch in der Gunst seines Vaters, der Gordon für einen „verkrachten Operettensänger" abqualifizierte. Und Bruder Ronald mußte gar um seine 750 Millionen kämpfen, weil dem alten Getty die Scheidung von der Ronald-Mutter Adolphine zu teuer kam. Er baute gegen Ronald Vorbehalte ins Testament ein.

Sohn Timmy war schon mit zwölf an einem Tumor gestorben, Sohn George fiel 1973 dem Heroin zum Opfer. Kein einziger Getty-Sohn ist also mit den Familien-Milliarden glücklich geworden. Und John Paul II., der als einziger wie sein Vater in England blieb, verschenkt die Millionen, weil er in seinem Bett im Krankenzimmer Nr. 805 nichts mehr damit anfangen kann. (SAD)

WETTER: Weitere Abkühlung

Wetterlage: Die Kaltfront eines Tiefs über dem europäischen Nordmeer überquert Deutschland von West nach Ost und führt kühlere Meeresluft heran. Am Mittwoch folgt eine weitere Störung nach.

Deutscher Wetterdienst, 7. Oktober 1985, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Am Dienstag zunächst stark bewölkt, im Osten und Süden zeitweise Regen. Im Tagesverlauf in der Westhälfte Bewölkungsauflockerungen, weitgehend trocken. Tageshöchsttemperaturen 14 bis 18 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch 10 bis 6 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden frischer Wind aus Südwest

Weitere Aussichten:

Am Mittwoch in ganz Deutschland stark bewölkt und zeitweise Regen, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	29°
Bonn	19°	Kopenh.	13°
Dresden	21°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	13°
Frankfurt	15°	Madrid	18°
Hamburg	17°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	25°
München	16°	Moskau	14°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	23°	Oslo	13°
Amsterdam	16°	Paris	23°
Athen	27°	Prag	15°
Barcelona	26°	Rom	23°
Brüssel	18°	Stockholm	15°
Budapest	24°	Tel Aviv	27°
Bukarest	22°	Tunis	27°
Helsinki	7°	Wien	20°
Istanbul	22°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.35 Uhr, Untergang: 17.43 Uhr; Mondaufgang: –.– Uhr, Untergang: 16.22 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Gekonnt am Rande des Kitsches vorbei: Serge Jaroff

flo, Bonn

Wenn er mit dem Mittelfinger der rechten Hand einen Haufen riesenhafter Kerle zum brausenden Unisono eines russischen Kirchensanges aufforderte, bebte der Konzertsaal, und im Publikum weinten nicht nur die Russen: In New Jersey starb 89jährig Serge Jaroff, der „Vater der Don Kosaken", der Mann, der die Konzertsäle zum Beben brachte.

Was war das Geheimnis des kleinwüchsigen, 155 Zentimeter großen Dirigenten, der aus einem kaiserlich-russischen Kirchenchor in die Wirren der Revolution geriet, in die Türkei floh, im dortigen Internierungslager einen Chor aus Leidensgenossen bildete, nach Wien kam, abgerissen, in geliehenen Stiefeln auf der Bühne – und dann plötzlich der Erfolg?

Berlin lag ihm zu Füßen, gut: Wer weiß nicht, wie stark in jedem Deutschen eine heimliche Rußland-Liebe seine melancholischen Wellen schlägt, also Berlin, ja. Aber warum auch Frankreich, Amerika, Japan? Serge bezauberte alle. Er überzeugte auch die, denen seine Perfektion den Blick und das Ohr nicht verstellte, die also wissenden Kopfes die Gefühligkeit aufnahmen, die sie anderswo als Kitsch verdammt hätten.

Im Laufe der Jahrzehnte hörte der Chor auf, ein Stück der sogenannten russischen Seele zu sein. Die Männer hörten auf; jüngere folgten, zwar noch des Russischen mächtig, aber kaum mehr Russen und schon gar nicht Kosaken von Geblüt ...

Es begann im türkischen Truppenlager Tschilingir bei Konstantinopel. Da sammelte der zaristische Leutnant Jaroff an einem flackernden Feuer eine Gruppe von Kosaken um sich.

Männer, die ein gemeinsames Schicksal und die Heimatliebe verbanden, Männer in der Verbannung, ohne Zukunft, die aber alle die melancholisch-schlichten Volksgesänge ihrer Heimat liebten. Mit ihnen bildete er einen Chor, der bei den einfachen Gottesdiensten der Internierten singen durfte.

Ein vollendeter Interpret der russischen Seele trat ab: Serge Jaroff starb mit 89 Jahren. FOTO: DPA

Das war die Generalprobe für 8500 Konzerte in der ganzen Welt. Zuerst in der Kirche der bulgarischen Hafenstadt Burgas, dann in Kathedralen und Domen, in Sälen und Opernhäusern, auf freien Plätzen und auf Luxusdampfern ertönten, von stimmgewaltigen Tenören und Bässen gesungen, die Weisen des alten Rußland – die „Abendglocken", „Kalinka", „Stenka Rasin" und „Pferdchen, mein Pferdchen".

Der schüchterne Chorgründer, der sich zwischen den Riesengestalten seines Ensembles zierlich wie ein Kind ausnahm, verstand es, die überschäumende Vitalität und ungebrochene Naturkraft der Sänger aus den Ebenen zwischen Wolga und Dnjepr mit einer ausgefeilten Singtechnik zu vereinen. Er gab seinem Chor die orchestrale Wirkung – machtvoll und doch differenziert, hauchzarte Oberstimmen neben dem dunklen Brausen tiefer Bässe.

Serge Jaroff, Sohn eines Großkaufmanns, lernte auf der synodalen Akademie für Kirchenmusik in Moskau, wo auch Peter Tschaikowsky und Sergej Rachmaninow gelehrt haben. Unmittelbar danach geriet der junge Musikstudent in die Wirren des Bürgerkriegs. Als Angehöriger der Weißgardisten kämpfte er für den Zaren gegen die Kommunisten und verließ mit geschlagenen Einheiten 1918 Rußland. In den USA wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig seßhaft – die „Wanderung" vom Don an den Hudson-River hatte ihr Ende gefunden.

ZU GUTER LETZT

„Wanderer fordern europaweit Tempolimit." Aus einer AP-Meldung